

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

137 · März 2002

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 195

Essay

HARALD WERNER

Reales Sein und neoliberales Bewußtsein 197

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

ANDRÉ BRIE

Zukunft der Arbeit: Eine alternative Agenda
für Vollbeschäftigung 206

JÜRGEN STAHL

Wohneigentum und die Linke 222

Hightech – Perspektiven

WOLF GÖHRING

Was kommt nach dem E-Commerce? – Eine Perspektive
für die Informationsgesellschaft 233

HELGE MEVES

Der Dampfmaschinenkapitalismus
und das Kommunikationsmedium Internet 245

Risiko Gentechnik

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT

Die Selbstbestimmung der Frau und die Gentechnologie 253

ILJA SEIFERT

Würdevoll oder würdehalb? 260

Konferenzen & Veranstaltungen

ARNDT HOPFMANN

Ab wann ist der Mensch ein Mensch –
politisch gesehen? 269

Nachruf

- DIETHER DEHM
Bourdieu contra Tuis 272

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 276

Bücher & Zeitschriften

- Margit Stolzenburg (Hrsg.):
Biografien des 20. Jahrhunderts.
Elf europäische Frauen im Interview
(CAROLA MÖLLER) 278

- Peter Auer/Heiko Hausendorf (Hrsg.):
Kommunikation in gesellschaftlichen
Umbruchsituationen. Mikroanalytische Aspekte
des sprachlichen und gesellschaftlichen Wandels
in den Neuen Bundesländern
(WOLFDIETRICH HARTUNG) 279

- Helmut Thielen:
Die Wüste lebt. Jenseits von Kapital und Staat
(HELLA HERTZFELDT) 282

- Norman Paech/Gerhard Stuby:
Völkerrecht und Machtpolitik
in den internationalen Beziehungen
(GREGOR SCHIRMER) 284

- Summaries 286

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 288

VorSatz

Hinter uns liegen Wochen der Gipfelstürmerei. Damit ist nicht gemeint, daß zu dieser Jahreszeit Menschenmassen in die Hochgebirge strömen und die Touristenzentren bevölkern, um sich beim Skifahren, bei Funsport oder einfach so zu erholen und dabei die alpine Umwelt zu zerstören. Obwohl auch das der Betrachtung wert wäre. Sie könnte zeigen, wie elitär sich ein Teil der ökologischen Bedenkenträger gebärdet. Das alpine ökologische Gewissen ist ja erst erwacht, seit auch Krethi und Plethi sich dort tummeln, und die Reichen und Schönen und Mächtigen nicht mehr in Sankt Moritz unter sich sind, also seit sich die Tourismusindustrie entwickelt und die frühere winterliche Hochgebirgsidylle zu ihrem Verwertungsraum zur Sekundärnutzung von Humankapital gemacht hat.

Aber davon sollte hier eigentlich nicht die Rede sein, gab es doch kürzlich wirklich wichtige Gipfel. Da waren das Weltwirtschaftsforum in New York, die Nato-Strategietagung in München und der Sozialgipfel in Porto Alegre, alles geographisch säuberlich geschieden. Auf dem Weltwirtschaftsforum in New York verabredeten die politischen und wirtschaftlichen Eliten der selbsternannten großen Wirtschaftsakteure – unter Verwendung oder Vermeidung schöner Worte –, den Siegeszug des Neoliberalismus fortzusetzen, nur eben noch konsequenter und effizienter. Zur Nato-Tagung nach München waren neben den politischen und militärischen Eliten und ihren Vordenkern auch Demonstranten gekommen, obwohl sie nicht nur nicht eingeladen, sondern ausdrücklich ausgeladen waren. Die Polizei meldete, daß es 8 000 seien, worüber sich die 25 bis 30 Tausend auf dem Marienplatz und Umgebung schier krumm lachten, wenn sie nicht gerade von eben jener Polizei krumm geschlagen wurden. Bei solcher Art Unterhaltung bekamen sie gar nicht so recht mit, daß im Saal selbst Sonderbares vonstatten ging. Während die Repräsentanten der USA eine ganze Liste von »Schurkenstaaten« vortrugen, dabei klar machten, daß der Krieg in Afghanistan erst der Anfang gewesen sei, und von den Verbündeten wesentlich höhere Rüstungsausgaben forderten, wenn sie dabei mitmachen dürfen sollen, waren die anwesenden westeuropäischen Eliten davon mehrheitlich wenig begeistert. Also nichts mehr von »uneingeschränkter Solidarität«. Sie bezweifelten – nimmt man alle Schnörkel beiseite – Sinn und Rechtfertigung einer Kriegsausweitung. (Was macht dann eigentlich die Bundesmarine vor der Küste Somalias?) Für eine Ausweitung der Rüstung würden sie in ihren Ländern keine Legitimation finden – und bestätigten damit die Demonstranten vor dem Saal.

Es wären in München sicher noch mehr Demonstranten gewesen, hätten nicht gleichzeitig so viele am Sozialgipfel in Porto Alegre teilgenommen. Die in New York und München verhandelte imperialistische Praxis (um dieses als altertümlich geltende Wort hier nachdrücklich zu verwenden) wurde in Porto Alegre einer scharfen Kritik unterzogen. Die Reichen und Mächtigen dieser Welt treffen sich schon lange und verabreden ihre Strategien der neoliberalen Globalisierung sowie deren militärischer Durchsetzung und Absicherung. In Porto Alegre trafen sich die Habenichtse und Nobodies dieser Welt, um gemeinsam dagegen zu kämpfen. Im Abschlusdokument heißt es: »Wir sind eine globale Solidaritätsbewegung, vereinigt durch unsere Bestimmung, die Konzentration des Reichtums, die Verbreitung der Armut und der Ungleichheit sowie die Zerstörung unserer Erde zu bekämpfen. ... Wir sind dabei, eine breite Allianz gegen ein System zu errichten, das auf Patriarchat, Rassismus und Gewalt beruht, das die Interessen des Kapitals gegenüber den Bedürfnissen und Erwartungen der Völker privilegiert.«

»Das ist der Gipfel!« sagte jüngst eine Frau neben mir im Supermarkt. Gemeint waren die Preise für Brot und Fleisch, die bei der Umstellung von DM auf € klammheimlich um ein Viertel in dem einen Fall und gar um ein Drittel in dem anderen gestiegen waren, zumal es auch schon in den Vormonaten Anstiege gegeben hatte. Politik und offizielle Statistik bestreiten die Verallgemeinerbarkeit solcher Alltagsbeobachtungen und geben die Teuerungsrate für Januar mit 2,1 Prozent an. Hier wird die Problematik von Durchschnitten deutlich. In die Berechnung der Teuerungsrate gehen alle Waren ein, solche die jeder täglich braucht wie Brot, Kartoffeln, Butter und so weiter, aber auch Luxusartikel wie Schmuck, teure Karossen, Designerklamotten und ähnliches. Nun kann es ja sein, daß die Preise beispielsweise für Diamanten stabil geblieben oder gar gesunken sind. Aber davon haben all die nichts, die ihr Geld brauchen, um ihr Leben zu bestreiten. Als arm gilt offiziell, wer weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Einkommen erreicht, deren Anteil ist in den letzten Jahren von 13 auf 15 Prozent angestiegen. Daneben gibt es noch eine Gruppe mit »prekären Wohlstand« (früher als »relativ arm« bezeichnet) bei drei Viertel des Durchschnitts, auch deren Anteil ist gestiegen von 33 auf 36 Prozent. Wer nur 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat, für den bedeutet eine Teuerungsrate von zwei Prozent, daß es plötzlich höchstens noch 48 Prozent sind! Es sieht alles danach aus, daß die Währungsumstellung zu einer weiteren Umverteilungsaktion von unten nach oben genutzt wird.

Widerstand gegen Neoliberalismus und Militarismus ist überall erforderlich, auch in Deutschland. Der kürzlich verstorbene französische Soziologe Pierre Bourdieu hat einmal gesagt: »Die Emanzipationsbewegungen sind dazu da, um zu beweisen, daß eine gewisse Dosis an Utopismus, jene magische Negierung des Realen, die man anderswo als neurotisch bezeichnet, sogar dazu beitragen kann, eine praktische Negierung des Realismus zu ermöglichen.« Es ist klar, wo unsere Zeitschrift auch weiterhin ihre Aufgabe sieht.

DIETMAR WITTICH

HARALD WERNER

Reales Sein und neoliberales Bewußtsein

Wettbewerbsfähigkeit als Kernelement des gesellschaftlichen Wertesystems

Inzwischen hat man sich daran gewöhnt, daß Schröders Politik der Neuen Mitte den Begriff soziale Gerechtigkeit heute anders buchstabiert als noch vor dem Regierungswechsel. Kaum jemand wundert sich auch noch, daß die Wirtschafts- und Steuerpolitik so sehr den neoliberalen Vorgängern ähnelt. Schröder hat Wort gehalten: »Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen.« Wundern muß nur, daß sich die SPD-Anhängerschaft – wenn man einmal von Lafontaine abieht – so schnell daran gewöhnt hat. Selbst große Teile der Gewerkschaften, die noch vor wenigen Jahren gegen den Neoliberalismus Sturm liefen, haben sich mittlerweile seine Prinzipien zu eigen gemacht. Natürlich nicht als Neoliberalismus, sondern als Modernisierungskonzept. Man könnte dies alles mit der lang anhaltenden Wirkung der neoliberalen Offensive begründen, doch bei näherem Hinsehen hat der schleichende Bewußtseinswandel weniger mit ideologischen als mit recht praktischen Umbrüchen zu tun.

Das Alltagsdenken folgt den realen Umbrüchen in Arbeits- und Wirtschaftswelt, wobei es den sozialen Tatsachen eine andere Bedeutung und den hergebrachten Werten einen neuen Inhalt gibt. So bestreitet zum Beispiel heute kaum jemand, daß die ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen in den vergangenen zwei Jahrzehnten drastisch zugenommen hat. Selbst die Bundesregierung bestreitet dies nicht, wie ihr Armuts- und Reichtumsbericht zeigt. Das soll nicht heißen, daß die erschreckenden Zahlen über die Zunahme der Armut oder das skandalöse Wachstum leistungsloser Millioneneinkommen in der Gesellschaft positiv beurteilt werden. Aber sie werden wesentlich stärker als früher entweder wie eine unabwendbare Naturerscheinung hingenommen oder sogar den Verlierern dieser Entwicklung selber angelastet. Öffentliches Ärgernis über Ungleichheit macht sich bestenfalls breit, wenn, wie im Falle des Mannesmann-Managements, die gewohnten Grenzen der Abzockerei überschritten werden. Sehr viel häufiger grummelt es freilich an den Stammtischen, wenn die Rede auf Sozialmißbrauch oder Faulenzertum kommt.

Wenn Bundeskanzler Schröder eine Faulenzerdebatte eröffnet oder andere sozialdemokratische Spitzenpolitiker laut über die Notwendigkeit von Ungleichheit nachdenken, dann muß man sich dar-über im klaren sein, daß hier nicht in erster Linie Meinungsbildung betrieben wird, sondern längst schon vorhandene Meinungen populistisch bedient werden. Denn im gleichen Maße, wie sich in den vergangenen

Harald Werner – Jg. 1940; Sozialwissenschaftler mit Forschungs- und Publikationsschwerpunkten in den Bereichen Industriosozio-logie, Sozialpsychologie und Subjektwissenschaft, Referent der PDS-Bundestagsfraktion und gewerkschaftspolitischer Sprecher des Parteivorstandes. Der Aufsatz entspricht weitgehend einem Referat, das der Autor in einer Werkstatt zur Kampagne *fair-teilen* in der IG-Metall-Bildungsstätte Sprockhövel gehalten hat.

Die Vermutung, die soziale Ungleichheit werde zunehmen, findet in aktuellen Meinungsumfragen so viel Zustimmung, daß man meinen sollte, für eine neue Politik der Umverteilung, für die Verteilung von oben nach unten ließe sich eine breite Mehrheit mobilisieren. Doch gerade daran bestehen erhebliche Zweifel.

Immer häufiger wird soziale Gerechtigkeit nicht als Verteilungsgerechtigkeit, sondern als Wettbewerbsgerechtigkeit interpretiert und der Wettbewerb selbst zum scheinbar unbestechlichen Regulator der Verteilung von Einkommen und Vermögen erhoben.

Die Menschen erliegen einer Mystifikation ihrer Verhältnisse, weil sich die realen Verhältnisse so sehr verändert haben, daß die alten Deutungsmuster, zum Beispiel die Deutung sozialer Gerechtigkeit, untauglich werden, um sich in der gewandelten Wirklichkeit zu recht zu finden.

Die Berichte von der Frankfurter und New Yorker Börse kommen noch vor dem Wetterbericht; meistens sind sie auch länger, wenn auch mit gleichen Fehleinschätzungen, und der Stand des DAX hat mindestens die Bedeutung der Bundesligatabelle erreicht.

beiden Jahrzehnten die Ungleichheit im Lande vertieft, veränderten sich auch die Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit. Diese Veränderung im gesellschaftlichen Bewußtsein ist nicht mit einigen wenigen Faktoren zu erklären wie etwa mit dem Hinweis auf die zunehmende soziale Kälte der Gesellschaft oder die Tendenz zunehmender Individualisierung. Auch die nachhaltige Wirkung neoliberaler Ideologien gibt keine ausreichende Erklärung für den tiefgehenden Wandel des gesellschaftlichen Denkens, denn Ideologien entstehen nicht in den Köpfen, sondern in der Wirklichkeit.

Im übrigen, das sei am Rande bemerkt, habe ich den Eindruck, daß wir erst jetzt, nachdem die Ära Kohl drei Jahre vergangen ist, eine gewisse Vollendung der neoliberalen Ideologie erleben. Ein Meilenstein dabei war natürlich das *Schröder-Blair-Papier* vor rund zwei Jahren, aber noch interessanter ist, daß die in der Wolle gefärbten Neoliberalen der Union jetzt erst, zwei Jahre nach der Geburtsurkunde der neuen Sozialdemokratie, ihre neue soziale Marktwirtschaft erfanden. Bei Schröder und Blair hieß es als erstes, nicht mehr Gleichheit im Ergebnis, sondern Gleichheit der Chancen. Die Erben Erhards haben zwei Jahre gebraucht, um aus seiner Maxime »Wohlstand für alle« die Parole »Chancen für alle« zu machen.

Ich neige deshalb viel mehr zu der Annahme, daß solche Bewußtseinstatsachen wie das Abfinden mit der sozialen Ungleichheit, das Hinnehmen von wachsender Armut auf der einen und explodierendem Reichtum auf der anderen Seite eine Folge tiefgreifender Veränderungen des Alltagslebens sind. Wenn nach den eigentlichen Veränderungen der Wirklichkeit gefragt wird, also nach den wirkenden Faktoren, so sollte man zunächst einmal bei den *Veränderungen in der Produktion des gesellschaftlichen Lebens* beginnen. Manche mögen das banal finden, das ist es aber bei weitem nicht, wenn man dem plappernden Zeitgeist folgt. Ihm zufolge leben wir statt dessen in einer Spaß- oder Erlebnisgesellschaft, in der die Menschen von Informationen leben, sich vernetzen und inszenieren, grenzenlos kommunizieren, aber scheinbar nicht mehr arbeiten. Die Arbeits- und Austauschbeziehungen, der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital spielen im medialen Selbstbild dieser Gesellschaft bestenfalls eine untergeordnete, wenn überhaupt eine Rolle.

Hatten wir schon in der alten Bundesrepublik der siebziger Jahre festgestellt, daß das Fernsehen die Menschen in allen nur denkbaren Situationen zeigt, nur nicht in gewöhnlicher Arbeit, so hat diese *Banalisierung des Intimen* heute so ziemlich alle Lebensregungen erreicht, während sie die anstrengende Herstellung materieller Lebensgüter hinter Börsenkursen und Aktienemissionen versteckt. Dem Augenschein nach, und das ist nun einmal die Grundlage sinnlichen Bewußtseins, sind die wertschöpfende Arbeit und der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital aus dem Wirtschaftsleben verschwunden und einer allgemeinen Kultur der Selbständigkeit und der flexiblen Vernetzung der Arbeitenden gewichen. Andererseits wurde in den Medien wahrscheinlich noch nie so viel über Wirtschaftsfragen informiert wie heute.

Die Paradoxie ist leicht zu erklären. Sie verdankt sich der simplen Tatsache, daß die Wirtschaftstätigkeit, und damit die Arbeitstätigkeit, in der Öffentlichkeit auf den Wettbewerb reduziert wird. So wie an der Bundesligatabelle nicht das Fußballspielen zählt, sondern der Ausgang

einer Konkurrenz, die wahlweise auch auf einem Tenniscourt, auf einer Piste für Formel 1 Rennwagen oder auf einer Radrennstrecke ausgetragen werden kann, so interessiert auch an der Wirtschaft nur noch der Rang in der Wettbewerbsskala.

Es läßt sich trefflich darüber streiten, ob wir unsere aktuelle Wirklichkeit als Informations- oder Wissensgesellschaft, als Erlebnis- oder als Risikogesellschaft bezeichnen sollen. Eines ist sie auf jeden Fall: eine Wettbewerbsgesellschaft. Noch nie standen Wettbewerbsorientierung und Wettbewerbsfähigkeit so sehr im Zentrum des gesellschaftlichen Wertesystems und der allgemeinen Sinnstiftung wie heute. Politiker, Künstler, Sportler und eben auch ganz unprominente Menschen dürfen sich heute alles erlauben, sie dürfen nur nicht verlieren. Nicht der Zweck heiligt die Mittel, sondern der zweckfreie Erfolg. Und Erfolg ist, was sich auszahlt. Auch Reichtum und Armut werden nicht mehr am Koordinatensystem von Leistung und Gerechtigkeit gemessen, sondern sind gleichwertige Ausdrücke von Erfolg und Mißerfolg.

Bis dahin folgen einem in der Regel alle, die sich kritisch mit dem kulturellen Wandel auseinandersetzen, ohne darüber nachzudenken, daß dies vielleicht weniger mit Kultur als mit Ökonomie zu tun hat. Viel zu häufig wird über der Wertediskussion vergessen, daß das Prägendste in dieser Gesellschaft immer noch die reale Wertschöpfung ist. Wobei man diese Frage freilich nicht so beantworten darf, daß von abstrakten ökonomischen Gesetzen ausgegangen wird wie etwa dem Wertgesetz. Es gilt, von den konkreten Durchsetzungsformen der Wertschöpfung auszugehen.

Wir haben uns mittlerweile daran gewöhnt, diese Umbrüche als *Paradigmenwechsel* zu bezeichnen, ohne aber zu erkennen, daß dem früher oder später auch andere Bewußtseinsformen und gesellschaftliche Deutungsmuster folgen. Subjektive Momente wie Wertewandel oder Brüche in den Sinngewebungen werden zu schnell mit anderen subjektiven Umbrüchen wie der Individualisierung erklärt, nicht aber mit dem Paradigmenwechsel in der gesellschaftlichen Ökonomie und der Betriebsweise.

Zwei Momente des Umbruchs

Ohne diesen Paradigmenwechsel hier detailliert und mit Jahreszahlen zu belegen, hat dieser große Umbruchprozeß in den vergangenen beiden Jahrzehnten mit zwei eng miteinander verbundenen Entwicklungen zu tun. Die erstrangige Entwicklungslinie ist dabei das Nachlassen der kapitalistischen Wachstumsdynamik in der Mitte der siebziger Jahre, das Wachsen überakkumulierten – das heißt nicht mehr profitablen – Kapitals und der sich zuspitzende Kampf zwischen den weltwirtschaftlichen Giganten Japan, USA und Westeuropa bei der Aufteilung begrenzter Märkte. Die zweite Entwicklungslinie ist, daß für die Forcierung der Konkurrenz Technologien herangewachsen waren, mit denen sich außerordentliche Konkurrenzvorteile erzielen lassen. Gemeint ist die Entwicklung der Kommunikations- und Informationstechnologien, deren schnelle Integration in den Produktions- und Austauschprozeß zu einer strategischen Frage wurde.

Nun muß man sich aber vor Augen halten, auf welcher Ausgangsbasis sich diese Umbrüche vollzogen. Die Märkte zeigten Sättigungstendenzen, die Wachstumsraten fielen immer bescheidener aus, und das

Wenn wir heute ein verändertes gesellschaftliches Verständnis von sozialer Gerechtigkeit vorfinden, dann muß man die Ursachen dieser Veränderung zunächst in den Umbrüchen der Ökonomie und der industriellen Beziehungen suchen.

überakkumulierte, jetzt überaus flexibel gewordene Kapital stand immer noch vor den gleichen Verwertungsproblemen. Unter diesen technologisch neuen und ökonomisch deregulierten Bedingungen konzentrierte sich die Wertschöpfung immer stärker auf die Vernichtung der Konkurrenten. Dies war die Geburtsstunde des Standortkrieges, des nationalen Wettbewerbsstaates und des Casinokapitalismus.

So lange die Märkte expandieren und neue Nachfrage erschlossen werden kann, konkurrieren die Unternehmen mit den Mitteln der Produktivitätssteigerung und der Qualitätsverbesserung um einen möglichst hohen Anteil an der wachsenden Nachfrage. Wenn jedoch die Märkte ebenso begrenzt sind wie die Nachfrage, wenn die Arbeitsproduktivität wesentlich schneller expandiert als der Absatz, wenn deshalb das investierte wie das flüssige Kapital immer weniger Profit abwirft, dann verwandelt sich die gewöhnliche Konkurrenz in einen Kampf der feindlichen Brüder, wie es Marx nannte.

Jedes Kapital kann sich dann nur noch verwerten, wenn es andere Kapitale entwertet, vernichtet und vom Markt drängt. Die Konkurrenz um Marktanteile verwandelt sich in einen Vernichtungswettbewerb, dem sämtliche Unternehmensentscheidungen untergeordnet werden und der die gesamte Gesellschaft in eine Art Generalmobilmachung zwingt. Diese eigentlich nicht neue Situation eines kapitalistischen Verdrängungs- und Eroberungskampfes hat allerdings durch die neuen Technologien und die Eröffnung eines globalen Wettbewerbs völlig neue Dimensionen bekommen. Die wichtigste dabei ist wahrscheinlich die allgemeine Beschleunigung und die wachsende Bedeutung des Zeitfaktors.

Weil nun nicht mehr nur die großen die kleinen, sondern vor allem die schnellen Konzerne die langsameren schluckten, ging der Kampf der verfeindeten Brüder vom Stellungs- zum Bewegungskrieg über. Mobilität, Flexibilität und das Erringen eines meist nur geringen Zeitvorsprungs wurden dementsprechend zu entscheidenden Faktoren des weltweiten Standortkrieges. Damit nicht genug, schuf die globale Einsatzbereitschaft des flüssigen Kapitals auch gänzlich neue Akkumulationsmöglichkeiten. Unterstützt durch die globale Deregulierung drängten immer größere Teile des Kapitals in Finanzgeschäfte, um wie Heuschreckenschwärme über globale Märkte und Branchen herzufallen, sie mit Investitionsmitteln zu überschütten und sich nach dem Abschöpfen der Profite wieder zurückzuziehen. Diese Dominanz der Finanzwirtschaft über die reale Wertschöpfung trug zusätzlich dazu bei, daß sich die industriellen Beziehungen nicht nur an die Vernichtungskonkurrenz in der Realwirtschaft anpassen mußten, sondern auch an die Zuckungen der Finanzmärkte. Ganz egal, welche gesellschaftliche Entwicklung man nach diesem Umbruch herausgreift – sie alle paßten sich schneller oder mit Verzögerung der neuen ökonomischen Situation an und produzierten ihr eigenes ideologisches Erklärungsmuster.

Wettbewerbskorporatismus

In der Bundesrepublik trafen diese Veränderungen auf einen entwickelten Sozialstaat, auf die tief gestaffelte Zusammenarbeit von Unternehmen, Gewerkschaften und Staatsapparat, die je nach Sichtweise als Sozialpartnerschaft, soziale Marktwirtschaft oder später dann auch als

Rheinischer Kapitalismus (Albert) bezeichnet wurde. Heute, nachdem der Beginn dieses Umbruches fast schon ein Vierteljahrhundert zurückliegt, mag es manchmal den Anschein haben, als hätte sich an der Form der Sozialpartnerschaft nur wenig, an den Ergebnissen aber sehr viel verändert. Der Anschein trügt jedoch, denn nicht nur die Ergebnisse sind schlechter geworden, sondern auch die Geschäftsbedingungen.

Die frühere Partnerschaft, bei der die aktive Beteiligung der Beschäftigten an der Modernisierung gegen wachsende Einkommen und Sozialleistungen getauscht wurde, ist endgültig vorbei. Der Wandel vom Sozialstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat setzte sich auf der Ebene der industriellen Beziehungen als ein Wechsel von der Sozialpartnerschaft zum *Wettbewerbskorporatismus* durch. Und Korporatismus heißt nicht Kooperation, also Zusammenarbeit, sondern Unterordnung. Es geht um die Unterordnung der abhängig Beschäftigten unter das angeblich gemeinsame Ziel der Wettbewerbssteigerung.

Wolfgang Streeck, einer von Schröders Architekten des Bündnisses für Arbeit, nennt dies eine »neue Friedensformel zwischen Kapital und Arbeit...«, die allmählich den Platz der alten Nachkriegsformel« (zitiert nach Hans-Jürgen Urban: Beschäftigungsbündnis oder Standortpakt, Hamburg 2000: 32.) von Vollbeschäftigung, laufenden Lohnsteigerungen und gleicher Verteilung einnimmt. Und weiter schreibt Streeck, »dass es sich beim heutigen System der industriellen Beziehungen ... um die Ausrichtung des Beschäftigungssystems auf die Imperative gemeinschaftlicher Wettbewerbserfolge handelt, während die vergangenen industriellen Beziehungen unabhängig von wirtschaftlichen Schwankungen auf die stabile Stellung der Arbeiter und Gewerkschaften zielten« (ebenda: 33). Der Genauigkeit halber muß man hervorheben, daß Streeck mit diesen Sätzen nichts anderes beschrieben hat als eine längst schon existierende Wirklichkeit. Die alte sozialpartnerschaftliche Praxis hatte sich in den Betrieben sehr früh schon in gemeinschaftliche Wettbewerbsstrategien von Betriebsräten und Management verwandelt und den Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital in die Entschließungen von Gewerkschaftstagen abgeschoben. War es die ursprüngliche Aufgabe der Gewerkschaften, die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten abzubauen, so wurden immer mehr Betriebsräte dazu gezwungen, um der Solidarität in der eigenen Stammebelegschaft willen, die Konkurrenz zu anderen Belegschaften und Stand-orten zu vertiefen. Dies alles hatte nicht nur Konsequenzen für die gewerkschaftliche Praxis, sondern vor allem auch für das gesellschaftliche Bewußtsein der Gewerkschafter.

Dieser Wandel darf nicht subjektiviert und allein den handelnden Personen zugeschrieben werden. Entscheidend ist, daß die Ursachen dieses Bewußtseinswandels in den Veränderungen des realen Kapitalismus selbst zu suchen sind. Die alltägliche Erfahrung mit einer Ökonomie, die nur noch Gewinner und Verlierer unterscheidet, reißt allmählich auch Betriebsräte und gewerkschaftliche Modernisierer in den Strudel gegenseitigen Herunterkonkurrierens. Das Erreichen des vorgegebenen Renditeziels oder die Senkung der Arbeitskosten werden plötzlich zum entscheidenden Mittel der Arbeitsplatzsicherung, während volkswirtschaftliche Vernunft, Solidarität oder sogar soziale Gerechtigkeit für das praktische Handeln an Bedeutung verlieren. Und das unabhängig davon, ob die Handelnden daran festhalten.

In der früheren Sozialpartnerschaft konnten Gewerkschaften und Betriebsräte noch mit den Unternehmern um den Gegenwert des sozialen Friedens feilschen, heute feilschen die Unternehmer um den Preis, den sie für den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen oder Standortschließungen verlangen können.

Die Wettbewerbsgemeinschaft mit dem Management – häufig alternativlos im Kampf um den eigenen Standort – übt einen eigenartigen Zwang auf die Betriebsräte aus. Sie zwingt nicht nur zur Akzeptanz der betriebswirtschaftlichen Logik, sie verlangt, daß man sie sich zu eigen macht, sie aktiv einsetzt und andere Ziele in den Hintergrund rückt.

Gesellschaftliches Bewußtsein, Deutungsmuster, oder wie immer man die psychische Reflexion der gesellschaftlichen Realität bezeichnen will, entstehen in erster Linie aus praktischem Handeln und aus sinnlicher Erfahrung und erst in zweiter Instanz aus der Aneignung theoretischer oder politisch-programmatischer Sichtweisen. Das war nie anders in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, und das bloße Hinschauen reichte nie, um nicht nur unter der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu leiden, sondern sie auch zu verstehen.

Insofern standen und stehen die Gewerkschaften immer vor der gleichen Aufgabe, nämlich Brücken vom Augenschein zum gedanklichen Verstehen zu schlagen. Doch unabhängig davon, daß viele Antworten der Linken hinfällig oder einfach nur in Vergessenheit geraten sind, konfrontiert uns die Praxis des Wettbewerbskorporatismus mit der komplizierten Situation, daß nicht nur die Arbeitswelt, die betriebliche Praxis, sondern auch die klassischen Konflikte andere geworden sind. Je mehr Beschäftigte gezwungen werden, sich aktiv an der Erreichung von Wettbewerbszielen zu beteiligen, und je öfter die eigenen Interessen nur durchgesetzt werden können, indem man sich dem Zwang der Wettbewerbssteigerung und sogar der Steigerung des Aktienwertes beugt, desto häufiger wird das hierfür notwendige Gedankengut zur Basis für die Interpretation von Gesellschaft, zur Entwicklung von Werturteilen und zur Beurteilung von Leistung. Arbeiterbewußtsein war natürlich immer schon von Widersprüchen gekennzeichnet. Zum Beispiel davon, daß sich das Ziel der Leistung eigentlich im Lohn erschöpft und trotzdem noch mit einem ausgeprägten Leistungsbewußtsein einhergeht, das sich auf das Erreichen des materiellen Arbeitsziels stützt, auf Qualität, Nützlichkeit und auch Überlegenheit des Gebrauchswerts. In der Wettbewerbsgemeinschaft des Shareholderkapitalismus verliert das keineswegs seine Bedeutung, es wird sogar wichtiger für den Sieg über die Konkurrenz. Aber es kommen völlig andere, nämlich profit-wirtschaftliche Leistungsparameter hinzu, die über das Arbeitsprodukt hinausgehen und ursprünglich in das Pflichtenheft des Managements gehörten: Kostensenkung, Einsparung von Arbeit, Erhöhung der Kapitalrentabilität und die Identifikation mit der Markt- und Börsenstrategie des Konzerns. Die Verschlinkung der Unternehmen, die Delegation unternehmerischer Aufgaben an Arbeitsgruppen und nicht zuletzt eben die Beteiligung der Betriebsräte an der Umsetzung unternehmerischer Ziele geben dem Begriff des *Arbeitskraftunternehmers* eine sehr praktische Grundlage.

Je mehr sich der Stolz auf die eigene Leistung in der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit ausdrückt, desto größer der Stellenwert der Wettbewerbssteigerung in der Beurteilung aller gesellschaftlichen Prozesse. Steigende Wettbewerbsfähigkeit wird zu einem positiv besetzten Wert, an dem vor allem auch politische Konzepte gemessen werden.

Die Erweiterung der klassischen Arbeitstugenden um unternehmerisches Denken zieht zwangsläufig Veränderungen in der Werteskala nach sich. In der Betriebspolitik, bei der Entwicklung gewerkschaftlicher Strategien, aber vor allem auch in der Beurteilung gesellschaftlicher Prioritäten drängen sich plötzlich Anforderungen nach Flexibilität, Rentabilität und Eigenverantwortung nach vorn. Es verändert sich auch das Leistungsbewußtsein. Folglich wird es auch für das Alltagsbewußtsein immer plausibler, daß der Abbau staatlicher Sozialtransfers, die Senkung von Unternehmenssteuern oder etwa der Rückzug der Unternehmer aus der paritätischen Finanzierung der Rente zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich ist.

Kaum eine politische Maßnahme, die sich inzwischen nicht auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beruft. Selbst das Bündnis für

Arbeit, für das es genügend andere Gründe gibt, mußte sich den Zusatz »Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit« zulegen, um in die Zeit zu passen. Ich behaupte, die gegenwärtige Politik wäre undenkbar, wenn die Wettbewerbsorientierung nicht seit langem schon zur maßgeblichen Tugend im betrieblichen Alltag geworden wäre. Viele Prinzipien, die die Politik verkündet, haben Millionen Arbeitnehmer in den Unternehmen sehr früh schon als scheinbar unausweichliche Überlebensstrategien kennenlernen müssen. Und viele haben daran mitgewirkt, diese Strategien im Zuge der Standortsicherung umzusetzen – sozial abgefedert, aber scheinbar alternativlos.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die betriebliche Praxis zwangsläufig zur Übernahme neoliberaler Deutungsmuster zwingt. Die meisten, die sich bei der Verteidigung ihrer Standorte am gegenseitigen Herunterkonkurrieren beteiligen, wissen um die Widersprüchlichkeit dieses Ko-Managements. Und nach wie vor sind die Gewerkschaften die entschiedensten Gegner neoliberaler Politik. Doch die gewissermaßen auf einer Metaebene geführte Kritik des Neoliberalismus gerät immer häufiger in Widerspruch zur betrieblichen Akzeptanz dieser Prinzipien. Aber sie gerät auch in einen offenen Gegensatz zur Beteiligung der Gewerkschaften an der Senkung der Lohnnebenkosten und der wachsenden Bereitschaft, alles auf den Prüfstand zu stellen, was die Flexibilität und Mobilität des Kapitals einschränkt.

Die Psychologie der Wettbewerbsgesellschaft

Immer wenn man verschiedene kapitalistische Entwicklungsstapen aus sozialpsychologischer Perspektive betrachtet, wird man finden, daß sich die Tugenden, Methoden und Wertvorstellungen der wirtschaftlichen Tätigkeit allmählich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durchsetzen. Allerdings hielt sich die Reichweite dieses Einflusses immer noch in Grenzen, solange die staatlichen Apparate und öffentlichen Institutionen ihren Eigensinn bewahrten und sich häufig auch als Korrektiv des Wirtschaftslebens verstanden.

Doch die Verwandlung des Nationalstaates und des Wohlfahrtsstaates in einen nationalen Wettbewerbsstaat führt zur absoluten Gleichschaltung des öffentlichen Lebens mit der Logik des Standortwettbewerbs. Der Staat und die öffentlichen Institutionen orientieren sich nicht mehr nur an den volkswirtschaftlichen Interessen des Kapitals, sondern verhalten sich selbst wie Unternehmen, die mit anderen Unternehmen konkurrieren. So konzentrieren sich Konzerne auf das Kerngeschäft und werfen selbst Forschungsabteilungen als Ballast ab, während sich der Staat aus allem zurückzieht, was zunächst nur Kosten verursacht. Das schlanke Unternehmen trennt sich von Dienstleistungen, die Zulieferer zu niedrigeren Preisen anbieten müssen, und der schlanke Staat privatisiert seine öffentliche Daseinsvorsorge und produziert damit immer neue Niedriglohnbereiche. Konzerne kündigen Massenentlassungen an, um den Börsenwert zu erhöhen, und Staaten verkünden Sozialkürzungen, um Investitionen einzuwerben.

Man könnte diese Kolonialisierung der staatlichen und öffentlichen Institutionen durch die Logik des Shareholderkapitalismus als Durchkapitalisierung bezeichnen. Aber es ist eben nicht nur die gewohnte Anpassung der Gesellschaften an die Verwertungsbedürfnisse des nationalen Kapitals, es handelt sich um eine *Verwandlung des Staates und der*

Die neoliberalen Strategien in Wirtschaft und Politik gewinnen ihre Plausibilität aus dem praktischen Erleben und graben sich deshalb so tief ins Alltagsbewußtsein ein, weil sie den Charakter einer persönlichen Erfahrung gewonnen haben.

Am Ende ist Neoliberalismus nicht mehr als eine Metapher für eine besonders grobschlächtige Variante des »Marktradikalismus«, während die Beteiligung am wechselseitigen Herunterkonkurrieren sozialer Standards »Moderität« signalisiert.

In Krankenhäusern, Kultureinrichtungen, Universitäten und teilweise auch in den Gewerkschaften ist es üblich geworden, nicht nur die Sprachformen, sondern auch die Denkweise der Betriebswirtschaft zu übernehmen. So kann es nicht ausbleiben, daß sich deren binäre Logik von Kaufen und Verkaufen oder von Gewinn und Verlust in gesellschaftlichen Sphären durchsetzt, die ursprünglich nicht dazu geschaffen wurden, sich zu rechnen oder die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland zu erhöhen.

öffentlichen Institutionen in Marktteilnehmer. Die soziale Psychologie der Wettbewerbsgesellschaft kann man am ehesten mit der psychologischen Situation eines Staates im Kriegszustand vergleichen. So wie die militärische Mobilmachung die Tugenden des Krieges bis hinein in den letzten Kleingartenverein trägt und die gesamte Nation auf den Sieg ausrichtet, verursacht der permanente Appell an die Steigerung der Wettbewerbskräfte eine Ausrichtung der Gesellschaft an den Methoden des globalen Wirtschaftskrieges. Die Fernsehnachrichten von der Börse werden wie Lageberichte inszeniert, und der Stand der D-Mark beziehungsweise des Euros gegenüber dem US-Dollar gilt mittlerweile als aussagefähigste Kennziffer über die Lage der Nation. Wachstumsraten verwandeln sich in Schicksalsdaten von Regierungen, und längst schon ist es zur akzeptierten Methode geworden, die Nationen im internationalen Vergleich an ihrer Schlagkraft als Wirtschaftsstandort zu messen. Allerdings findet die Parallele mit dem Militärischen insofern ihre Grenzen, als die ganze Angelegenheit weniger wie ein Kampf um Leben und Tod als wie eine Art Weltmeisterschaft mit hohem Unterhaltungswert ausgetragen wird. Das Ganze muß Spaß machen. Und weil sowohl der Börsenwert von Unternehmen als auch der Stand von Währungen eine Sache des Glaubens sind, gewinnt die Inszenierung von Stärke und Siegesgewißheit eine entscheidende Rolle in Wirtschaft und Politik. Man ist locker, cool, insgesamt gut drauf und natürlich grundständig positiv. Schwer zu sagen, ob die Methoden des Showgeschäfts in Wirtschaft und Politik eingezogen sind oder umgekehrt. Auf jeden Fall verwischen sich in der Spaßgesellschaft die Grenzen, und wenn der Börsenboom der vergangenen Jahre von den Shareholders als die große Party gefeiert wurde, dann kommt selbst der gegenwärtige Crash noch wie ein launiger Aschermittwoch daher.

Das vergangene Jahrhundert hat zwei negative Visionen für die Zukunft der modernen Gesellschaften hervorgebracht: Orwells diktatorischen Überwachungsstaat und Huxleys ›schöne neue Welt‹, in der die Menschen von einer Unterhaltung in die andere gehetzt werden und sich zu Tode amüsieren. Es scheint, daß die zweite Vision Wirklichkeit geworden ist.

Leistung ist, wenn man Erfolg hat, und wer Erfolg hat, hat auch etwas geleistet. Dem folgt dann der Umkehrschluß, daß die Verlierer ihre Lage selbst zu verantworten haben.

Wie aber wehrt man sich gegen die Zumutungen einer Spaßgesellschaft, die immer mehr soziale Ungerechtigkeit, Elend und Perspektivlosigkeit produziert und keinen Raum mehr für Nachdenklichkeit läßt? Erschwerend kommt hinzu, daß die Inszenierung der Party nicht nur den Kritiker zum Spaßverderber oder modernisierungsunfähigen Dinosaurier macht, sie hat die Wahrnehmung sozialer Unterschiede verändert. Wo es Gewinner gibt, muß es auch Verlierer geben, und wer dies in Frage stellt, rührt am Dogma des alleinseligmachenden Wettbewerbs, stellt ihn als Voraussetzung des Wohlstands in Frage und will Gerechtigkeit durch Gleichmacherei ersetzen.

Im öffentlichen Bewußtsein wird ein Zirkelschluß vollführt und das Vorhandensein des überbordenden Reichtums zu seiner Ursache erklärt. Erfolg wird zum alleinigen Maßstab der Leistung erhoben, wodurch Mißerfolg, also zum Beispiel Arbeitslosigkeit oder Einkommensarmut nicht als Benachteiligung, sondern als Leistungsschwäche erscheint. Reichtum dagegen, monströse Millioneneinkommen oder sogar Spekulationsgewinne rechtfertigen sich durch den Erfolg, der sich grundsätzlich als Leistung versteht. Dementsprechend hat der Reichtum mittlerweile sämtliche Zurückhaltung aufgegeben und inszeniert sich hemmungslos wie Schumi auf dem Siebertreppchen.

Was aber folgt daraus für die Kritik der bestehenden Verhältnisse und für eine neue Politik der Umverteilung von oben nach unten? Natürlich wird es weiter notwendig sein, Statistiken zu veröffentlichen, anschaulich und begreifbar darzustellen, wie weit arm und reich

auseinanderdriften. Zweifel sind jedoch angebracht. Der von der Bundesregierung vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht demonstriert eindrucksvoll, wie selbst aus richtigen und ernüchternden Zahlen falsche und beruhigende Schlüsse gezogen werden können. So lange nicht die Armut als Voraussetzung des Reichtums dargestellt und der Reichtum nicht als Verursacher weiterer Armut entlarvt wird, lassen sich auch keine Argumente für Umverteilung finden.

Notwendig sind keine Berichte, die jeweils für sich genommen Armut oder Reichtum dokumentieren oder meinetwegen auch in einer Dokumentation vereinigen. Notwendig sind Verteilungsberichte, die der schlichten Tatsache Geltung verschaffen, daß Reichtum kein Ergebnis von Erfolg und Armut keine Folge unglücklicher Umstände ist, sondern mit den in der Primärverteilung angelegten Defekten beginnen. Schließlich ist daran zu erinnern, daß man die Zahlen nicht für die Rechnung halten darf. Wer weder grenzenlos reich noch unendlich arm ist, wird sich vom Ausmaß der sozialen Spaltung selten berühren lassen, so lange er nicht weiß, welche Folgen Armut und Reichtum für ihn selber haben.

Überbordender Reichtum ist nicht nur ein sozialer Skandal, er ist die Voraussetzung für die Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft und eine der wichtigsten Triebkräfte für die scheinbar unausweichliche Bedrohung durch den globalen Markt. Reichtum vernichtet Arbeitsplätze, indem er sowohl die produktiven Investitionen als auch die arbeitsplatzschaffende Nachfrage beschränkt – und vieles mehr. Armut darf nicht Mitleid verursachen, sondern Furcht vor ihren Folgen. Denn es ist ein fatale Illusion anzunehmen, daß die Ausbreitung von Armutszonen mit Niedriglohnsektoren oder der sogenannten zweiten Chance verhindert werden kann. Armut verursacht ganz andere Kosten als die Gewährung von Sozialhilfe, sie wird mit nachlassender Produktivität bezahlt, mit Verlust an menschlicher Schöpferkraft und mit dem Verlust an innerer wie äußerer Sicherheit.

Ich denke auch, daß wir trotz aller geschilderten Mystifizierungen der gesellschaftlichen Prozesse und bei aller Wirksamkeit von Ideologien immer noch auf eines vertrauen können, nämlich auf die List des Widerspruchs. Was Zahlen häufig nicht können, vermag die Enthüllung der absurden Rechtfertigungsideologien staatlicher Reichtumspflege. Manch eine der Plaßmann-Karikaturen in der *Frankfurter Rundschau* leistet mehr Aufklärungsarbeit als viele ihrer Sonderseiten.

Wie wir überhaupt überzeugender werden müssen, wenn es darum geht, der Spaßgesellschaft mit ihren eigenen Mitteln zu begegnen. Schließlich aber wird kein Weg daran vorbeiführen, das gedankliche Begreifen zu fördern, denn ohne dies wird es nicht gehen. Tatsachen können nachdenklich stimmen, Witz kann Widersprüche sichtbar machen, doch *letzten Endes beginnt das Verändern der Wirklichkeit immer noch mit dem Verändern von Denkgewohnheiten.*

ANDRÉ BRIE

Zukunft der Arbeit: Eine alternative Agenda für Vollbeschäftigung



André Brie – Jg. 1950;
Dr. phil., von 1976 bis 1990
Politikwissenschaftler am
Institut für Internationale
Beziehungen in Potsdam,
von 1990 bis 1999 Wahl-
kampfleiter der PDS,
seit Juli 1999 Mitglied des
Europäischen Parlaments.
Foto: privat

Zwischen den Vorstellungen des sozialdemokratischen Dritten Wegs und der konservativen Zukunftskommissionen sind die Gemeinsamkeiten zum Teil sogar groß: die Betonung der herausragenden Rolle unternehmerischer Initiative für ein starkes Wachstum, die Befürwortung eines Niedriglohnssektors, die Akzeptanz wachsender sozialer Ungleichheit durch eine »Modernisierung des Gerechtigkeitsbegriffs« (SPD-Grundsatzprogrammdebatte; Blair-Schröder-Papier), die Befürwortung fortgesetzter Marktliberali-

Seit dem Lissabonner EU-Gipfel von 2000 ist ›Vollbeschäftigung‹ wieder ein offiziell vertretbares Ziel, wenngleich durch die europäischen Regierungen und die EU-Kommission erstens die Frage nach der sozialen und ökologischen Qualität von Arbeitsplätzen ignoriert wird und zweitens jüngste Dokumente dieses Ziel offensichtlich nur noch propagandistisch aufrecht erhalten.¹ Dennoch bleibt es lohnenswert, die Verkündigungen offensiv aufzugreifen und ihnen ebenso wie linken Vorstellungen einer ›Auflösung der Arbeitsgesellschaft‹ das Ziel einer *Vollbeschäftigung neuen Typs* entgegenzusetzen.

Das »Ende der Arbeit«?

Trotz großer Unterschiede in den jeweiligen Strategien fanden Linke wie Konservative in den achtziger und neunziger Jahren einen gemeinsamen Nenner in der Analyse der Beschäftigungsproblematik: Der Arbeitsgesellschaft gehe die Erwerbsarbeit aus, weil inzwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung weitgehend entkoppelt seien und der Produktivitätsfortschritt mit Mikroelektronik und Biotechnologie auf breiter Front ›technologisch bedingte Arbeitslosigkeit‹ schaffe. Bei einem Teil der Linken führte diese Analyse zur Ankündigung eines »Kollaps der Moderne« (Robert Kurz), zu den Thesen vom »Ende der Arbeit« (Jeremy Rifkin) oder von einer »80 : 20-Gesellschaft« (Schumann/Martin), wonach der Weiterbetrieb des High-Tech-Turbo-kapitalismus nur noch ein Fünftel der bisherigen Arbeitskräfte zum Funktionserhalt benötige. So sei die Zukunft jenseits der schrumpfenden oder zusammenbrechenden ›Arbeitsgesellschaft‹ zu gestalten – durch geldlos vermittelte kooperative Produktion (Kurz), die Stärkung der Zivilgesellschaft und des ›Dritten Sektors‹ (Rifkin), eine neue Subsistenzwirtschaft (Maria Mies) oder auch durch die »Neue-Arbeit«-Konzeption (Frithjof Bergmann). Moderatere Kräfte der Linken entwarfen eher vermittelnde Konzepte der Transformation der Arbeitsgesellschaft in eine »Erlebnis- und Kulturgesellschaft« (die Toskana-Fraktion der SPD Ende der achtziger Jahre) oder eine »Tätigkeitsgesellschaft« (kirchliche Kreise und Sozialinitiativen in ihrem Umfeld).

Im konservativen Spektrum (›Kommission für Zukunftsfragen‹ der Freistaaten Bayern und Sachsen) wurde hingegen der Übergang von der »arbeitnehmerzentrierten, kolonnenhaft formierten Industriegesellschaft« zur »unternehmerischen Wissensgesellschaft« propagiert. Im Gegensatz zu den Linken ging es den Konservativen nicht um gemeinschaftliche »Alternativ- oder Subsistenzproduktion«, sondern um die beschleunigte Auflösung des Arbeitnehmerstatus durch Förderung

einer »Renaissance der Selbständigkeit«, um ein neues Leitbild vom »Arbeitnehmer als Unternehmer seiner Arbeitskraft« und um mehr soziale Ungleichheit als notwendiger Motor für höheres Wachstum. Schnittstellen zur Diskussion der Linken ergaben sich bei den Themen »Bürgergeld/negative Einkommensteuer« (bei den Linken hieß das »Existenzgeld« oder »garantiertes Grundeinkommen«) und »Bürger- und Freiwilligenarbeit« (bei den Linken: »zivilgesellschaftliches Engagement«).

Auch die Thesen vom »beschäftigungslosen Wachstum« und »technologischer Arbeitslosigkeit« sind in dieser verabsolutierten Pauschalität nicht haltbar. Um einen aktuellen Aspekt notwendiger Relativierung herauszugreifen: Der Beitrag der Computertechnologie zum Wachstum der Faktorproduktivität wird von verschiedenen Forschern für die Periode 1995 bis 1999 mit 0,2 bis 1,17 Prozent zwar nicht als unbedeutend oder vernachlässigbar eingeschätzt. Dennoch war das Wachstum der Faktorproduktivität mit Computertechnologie (1995 bis 1999 im Jahresdurchschnitt bei 1,8 Prozent) geringer als zum Beispiel 1950 bis 1965 ohne Computertechnologie (2,7 Prozent). Die französische *Caisse des dépôts et consignations* behauptet in einer Studie zu den USA, daß etwa das Wachstum der Faktorproduktivität mit einem Prozent 1999 ebenfalls geringer ausfiel als zwischen 1983 und 1989 mit 1,4 Prozent – der ersten Phase der Informatisierung der US-Wirtschaft.² Insofern scheint es, daß sowohl der Produktivitätsschub durch die Computerisierung als auch seine negativen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Beschäftigungsniveau insgesamt (nicht jene in einzelnen Branchen!) häufig überschätzt oder dramatisiert werden.

Zudem lassen sich aus der bloßen Tatsache des Anwachsens der Produktivität noch keine Rückschlüsse auf die Dynamik der Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung ziehen. Nur im Zusammenhang von Wirtschaftswachstum, Produktivitätsanstieg und quantitativer Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung (was nicht nur ein demographisches, sondern auch ein soziales und kulturelles Phänomen ist) können Beziehungen zwischen technologischem Fortschritt und Arbeitslosigkeit zutreffend bestimmt werden.

Selbst in Westdeutschland entstanden zwischen 1982 und 1992 bei eher schwachem Wirtschaftswachstum rund drei Millionen neue Arbeitsplätze. Es gab also Beschäftigungswachstum trotz im Vergleich zu den Wirtschaftswunderjahren geringerem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Allerdings reichte in Deutschland die neu entstehende Beschäftigung nach 1973 nie aus, um die Erwerbslosigkeit dauerhaft zurückzuführen. Das Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer in Westdeutschland nahm von 1991 bis 1997 um sieben Prozent ab und stieg erst von 1997 bis 2000 wieder um drei Prozent. Für Gesamtdeutschland lag das Arbeitsvolumen sogar im Jahr 2000 noch um sechs Prozent unter dem von 1991, was die gespaltene Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in West und Ost seit dem Beitritt der ehemaligen DDR widerspiegelt.

Die über einen langen Zeitraum negative Beschäftigungsentwicklung in Deutschland von 1991/92 bis 1998 ist im internationalen Vergleich eher ein Sonderfall (vgl. Tabelle 1). Trotz gleichfalls moderater BIP-Wachstumsraten erlebten etwa die Niederlande und die USA in

sierung für mehr wirtschaftliche Dynamik, die Teilprivatisierung der Gesundheitsvorsorge und der Rentenversicherung, die Schlüsselrolle der Förderung bestimmter Hochtechnologien in der Wirtschaftspolitik etc.

Linke wie konservative Anhänger der These vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« setzten übrigens gleichermaßen auf »Entstaatlichung« in den Sphären Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Frieder O. Wolf analysierte dies sehr klarsichtig: »Die Abspaltungsstrategie einer Befreiung von der Erwerbsarbeit, die Propaganda von der künftigen Rolle der Arbeitnehmer als Unternehmer ihrer Arbeitskraft und das Askeseprogramm der Subsistenzökonomie ergänzten sich so aufs Vorzüglichste in dualwirtschaftlichen Ausstiegs- und Armutsökonomie-Konzepten. Gemeinsam bildeten sie die Grundlage von Politikentwürfen zur Ergänzung des für unabänderlich gehaltenen neoliberalen Programms der Gesellschaftspolitik.«
Frieder O. Wolf: Vollbeschäftigung neu bestimmen, Berlin 1999.

Zwischen 1961 und 1993 wäre im Durchschnitt ein Wachstum von 3,3 Prozent notwendig gewesen, um die Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt zu senken. Zwischen 1982 bis 1993 wäre lediglich ein Wachstum von 2,6 Prozent erforderlich gewesen, für 2000 wird von einer »Beschäftigungsschwelle des Wachstums« von rund zwei Prozent ausgegangen. Weeber kommt vor diesem Hintergrund zu dem Schluß: »Die Entkoppelung zwischen

Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt kann deshalb strukturell nicht bestätigt werden.«

J. Weeber: Wachstum ohne Beschäftigung?, in: WSI-Mitteilungen, 9/1995, S. 598 ff.

Für die Entwicklung von 1974 bis 1998 läßt sich feststellen, das jede Rezession einen höheren Sockel an Erwerbslosen schuf, so daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 1975 (1,1 Mio.) über 1985 (2,3 Mio.) bis 1997 (4,5 Mio.) immer höher stieg. Ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Entwicklung seit 1990 ist zweifellos der Zerstörung der Wirtschaftsbasis Ostdeutschlands im Gefolge der Vereinigung zuzuschreiben.

Die gegenwärtig in Wissenschaft und Medien geführte Debatte um beschäftigungspolitische Vorbilder erinnert in manchen Aspekten an den erbittert geführten Diskurs der sozialistischen Linken in den sechziger und siebziger Jahren, ob denn nun das sowjetische, chinesische, albanische, jugoslawische, kubanische Beispiel oder der ›Reformkommunismus‹ Dubčeks das bessere Modell für den Sozialismus abgeben. Wo es fast nur noch darum geht, was am besten im eigenen Land vom jeweiligen Referenzmodell kopiert werden soll, bleibt grundlegend innovatives, eigenständiges Denken und die Suche nach der eigenen Situation angemessenen Lösungswegen leicht auf der Strecke.

den neunziger Jahren ein beständiges Beschäftigungswachstum, und auch in anderen europäischen Staaten konnte der negative Trend umgekehrt werden. Am spektakulärsten ist sicher Irland, das seine Arbeitslosenquote von rund 17 Prozent in 1986 auf 4,1 Prozent in 2001 reduzieren konnte.

Tabelle 1

Veränderungen von Kenndaten des Beschäftigungswachstums im Zeitraum 1983 bis 1995 (Angaben in Prozent)

Land	Wachstum der Anzahl beschäftigter Personen	Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	Wachstum der Erwerbsquote
Dänemark	7,5	4,4	5,0
Westdeutschland	8,5	6,4	- 0,4
Großbritannien	9,9	3,4	2,9
Niederlande	22,5	8,9	2,1
USA	23,2	10,7	4,3

Quelle: Heinz Werner: Countries with successful Employment Policy – What is behind their success?, IAB Labour Market Research Topics 33, 1999.

Im Jahr 2001 gibt es eine Reihe von europäischen und außereuropäischen Industriestaaten, die nach Einschätzung der Europäischen Kommission in einer Situation »nahe der Vollbeschäftigung« sind (gemeint sind Arbeitslosenquoten um oder unter fünf Prozent): die Niederlande (2,6 Prozent), Österreich (3,1 Prozent), Portugal (3,7 Prozent), Irland (4,1 Prozent), Luxemburg (2,1 Prozent), Dänemark (4,6 Prozent), Großbritannien (5,3 Prozent), Schweden (5,5 Prozent), USA (4,4 Prozent) und Japan (4,8 Prozent; hier handelt es sich allerdings um einen Anstieg). Viele dieser Staaten hatten noch zu Beginn der neunziger Jahre Arbeitslosenraten von sieben bis zwölf Prozent. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wurde mit jeweil sehr unterschiedlichen Strategien und unter sehr unterschiedlichen Bedingungen erreicht – und über die Qualität der neuen Arbeitsplätze und den sozialen und ökologischen Gehalt des Beschäftigungswachstums läßt sich mit gutem Grund streiten (erinnert sei nur an die Stichworte ›Working Poor‹ oder ›Arbeitspflicht‹ – ›Workfare‹); ganz zu schweigen davon, daß ein Teil der ›Jobwunder‹ in den USA, den Niederlanden und Großbritannien den Veränderungen in der statistischen Erfassung geschuldet ist.

An dieser Stelle geht es mir aber zunächst nur um zwei nüchterne Feststellungen: *Erstens* kann für die Thesen vom ›Ende der Arbeit‹ und vom ›beschäftigungslosen Wachstum‹ die internationale Entwicklung in den neunziger Jahren kaum als Beleg dienen – das ›Ende der Arbeitsgesellschaft‹ wurde wieder einmal zu früh verkündet.

Zweitens gibt es offenbar auch im Zeitalter der Globalisierung Spielräume für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die einen Beschäftigungsaufbau ermöglichen. Dies sage ich nicht, um eine ›Modelldiskussion‹ nach dem Motto zu führen: Von den USA, von den Niederlanden oder von Dänemark zu lernen, heißt siegen lernen. Es geht mir vielmehr um die Erkenntnis, daß ein ›policy mix‹ aus Wirtschafts-, Haushalts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Strukturpolitik durchaus dazu beitragen kann, neue Beschäftigung zu schaffen und vielleicht sogar die Erwerbslosigkeit zu überwinden.

Bürgerarbeit, Eigenarbeit, Erwerbsarbeit – ein erweiterter Arbeitsbegriff?

Aus kirchlichen, ökologischen und sozialpolitischen Kreisen wird die Frage aufgeworfen, ob ›Arbeit‹ denn umstandslos mit ›Erwerbsarbeit‹ gleichgesetzt werden könne. Schließlich gibt es auch den Bereich der überwiegend unbezahlten Haushalts- und Erziehungsarbeit, der Eigenarbeit (Heimwerken), der ehrenamtlichen Freiwilligen- oder Bürgerarbeit oder der nachbarschaftlichen und verwandtschaftlichen Hilfe. Diese unbezahlten Tätigkeiten seien eben auch Arbeit und müßten gegenüber der Erwerbsarbeit ›aufgewertet‹ werden. ›Gleichwertigkeit‹ der unbezahlten Tätigkeiten durch moralische Aufwertung und Anerkennung? Da werden sich die Erwerbslosen aber freuen!

Gegen eine solche moralische ›Neubewertung‹ der Arbeit formuliert Gerhard Bosch treffend: »Die Arbeit von Erwerbstätigen, die erfahren, daß ihre Tätigkeit nachgefragt wird, ihre Arbeitsprodukte einen Preis haben, ihre Motivation durch gute Arbeitsbedingungen erhöht oder deren Status und Selbstbewusstsein durch Qualifikation und Professionalisierung gestärkt werden, wird gesellschaftlich höher bewertet als die Arbeit, die in Nischen angesiedelt ist, dürftig oder gar nicht entlohnt wird, wobei man zum Teil das Gleiche wie Beschäftigte im öffentlichen Dienst nur zu schlechteren Bedingungen und ohne Qualifikation tun muss.«³

Dieser nüchterne Blick auf die Realitäten beabsichtigt keineswegs, die unbezahlten Tätigkeiten nun im Gegenzug abzuwerten. Carola Möller führt uns anhand einer Studie der Statistiker Dieter Schäfer und Norbert Schwarz über den Wert der unbezahlten Arbeit der privaten Haushalte vor, in welcher Relation erwerbsmäßig organisierte marktwirtschaftliche Produktion und private ›Haushaltsproduktion‹ zueinander stehen: »...der Berechnung liegt der effektive Durchschnittslohn einer Hauswirtschafterin zugrunde. Für 1992 sind dies brutto 25 DM und netto 14,70 DM. In Westdeutschland beträgt demnach die Nettowertschöpfung der Haushalte an der gesamten Nettowertschöpfung (3,3 Billionen DM) 36 Prozent. Dieser Anteil liegt höher als z. B. die Nettowertschöpfung im produzierenden Gewerbe.«⁴ Der Beitrag der ›unsichtbaren‹, unbezahlten, nicht marktwirtschaftlich organisierten Haushaltsarbeit zu Wohlstand und Reproduktion der Gesellschaft ist also sehr beträchtlich und eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die erwerbsförmig organisierte Marktwirtschaft überhaupt funktionieren kann. Dieser Tatsache wird in den offiziellen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Diskussionen kaum Rechnung getragen.

Was folgt daraus für die Forderung nach ›Anerkennung‹ der unbezahlten Arbeit? ›Moralische Anerkennung‹ ist leicht, weil sie nichts kostet – aber etwa ›Lohn für Hausarbeit‹? Dies würde ganz offensichtlich selbst bei einem ›niedrigen Ansatz‹ (Hauswirtschafterinnenlohn) das marktwirtschaftlich organisierte ökonomische System überfordern, wenn nicht zum Einsturz bringen.

Und die ›Aufwertung der Bürgerarbeit‹? Das Konzept der sächsisch-bayerischen Zukunftskommission zu Bürgerarbeit und Bürgergeld behauptet, zivilgesellschaftliches Engagement stärken zu wollen. Grundsätzlich soll Bürgerarbeit unentgeltlich geleistet werden, aber ihre Attraktivität soll durch Zugaben wie Anerkennung von Rentenzeiten oder kostenlose Kindergärtenplätze erhöht werden. Nur wer existen-

»Während in der Erwerbsgesellschaft die Erwerbsarbeit dominiert, sind in einer Tätigkeitsgesellschaft die drei Elemente der Triade der Arbeit (Erwerbsarbeit, Private/Öffentliche Eigenarbeit, Bürgerschaftliches Engagement – AB.) relativ gleichwertig und es bestehen zwischen ihnen Durchlässigkeiten und fließende Übergänge. (...) Arbeitslose sind in einer Tätigkeitsgesellschaft nicht arbeitslos, sondern erwerbslos, denn sie können prinzipiell in allen anderen Arbeitsbereichen tätig sein.«
Gerd Mutz: Tätigkeitsgesellschaft, in: Politische Ökologie, Nr. 54 (Mai/Juni 1998), S. 59.

Gerhard Bosch gibt den Wert der Eigenarbeit, gemessen am zeitlichen Input, mit 43 Prozent (+/-10) des Bruttosozialprodukts an (Gerhard Bosch: Anmerkungen zum Neuen Bericht an den Club of Rome: Wie wir arbeiten werden, Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW 1998). Er verweist allerdings darauf, daß der Arbeitsinput der Eigenarbeit ohne Bewertung seiner ökonomischen Effizienz gemessen wurde. Würde Eigenarbeit in Erwerbsarbeit umgewandelt, so wird sie rationalisiert und schrumpft im Volumen.

tiell darauf angewiesen ist, soll als Bürgerarbeiter auch Bürgergeld bekommen – hier in Form einer Umwandlung bisheriger Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, was zur Existenzsicherung häufig nicht ausreicht. In ganz und gar ›alternativer‹ Prosa formuliert die Kommission: »In demselben Maße, in dem Bürgerarbeit attraktiv wird, (...) sinkt die Nachfrage nach Erwerbsarbeit.« Die »Fixierung auf Erwerbsarbeit als wichtigsten sinnstiftenden Lebensbereich« soll aufgebrochen werden. Letztlich geht es ihr auch darum, mit von »Gemeinwohlnachnehmern« organisierter Bürgerarbeit bisher vom Sozialstaat oder von Wohlfahrtsverbänden erbrachte Leistungen billiger zu machen. Damit mutiert die »Aufwertung von Bürgerarbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement« zu einem Programm, den Sozialstaat abzubauen und in diesem Bereich bestehende Erwerbsarbeit überflüssig zu machen. Darüber hinaus führt die Vermischung von Erwerbsarbeit und Ehrenamt zur »Bürgerarbeit« letztlich zur Aushöhlung ehrenamtlichen Engagements, das für jedes demokratische Gemeinwesen unverzichtbar ist.

Auch der Vorschlag von Orio Giarini und Patrick Liedtke zur Neubewertung der Arbeit bedient eine ›alternative‹ Rhetorik, indem er die Gleichbewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit fordert.³ Die Gleichbewertung bezahlter und unbezahlter Arbeit wollen sie über ein ›Drei-Schichten-Modell‹ der Arbeit herstellen. Die erste Schicht umfaßt staatlich organisierte Arbeit (1.000 Stunden pro Jahr) zu einem eine »bescheidene Existenz« ermöglichenden Mindestlohn, für die auch ältere Menschen bis zu 78 Jahren herangezogen werden sollen. Die Kosten für diese Schicht sollen durch die Umwidmung sämtlicher Ressourcen für Arbeitslose und Sozialausgaben (also auch ein Teil der Renten) aufgebracht werden. Die zweite Schicht ist ein unregulierter privater Sektor mit Arbeitszeiten von einigen wenigen bis zu 100 Wochenstunden. Die dritte Schicht schließlich besteht aus freiwilligen, unbezahlten gemeinnützigen Tätigkeiten. Dem Staat soll jedwede Intervention in die zweite oder dritte Schicht untersagt werden. Menschen im erwerbsfähigen Alter (von 18 bis 78 Jahren) können ihre Zeit in flexiblen Kombinationen auf diese drei Schichten der Arbeit verteilen. Alles in allem ein Konzept, das nur in mehr ›Arbeitsbeschaffung‹ und mehr ›Polarisierung‹ enden kann.

So finde ich in der Debatte um die ›Neubewertung‹ der Arbeit und die ›Gleichbewertung‹ bezahlter und unbezahlter Arbeit vielerorts entweder nur moralische ›Anerkennungspostulate‹ oder geschickt bemäntelte neoliberale Vorschläge zum Abbau des Sozialstaats. Das Erwerbssystem muß so gestaltet sein, daß es eine streßfreie Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Freiwilligenarbeit für Frauen und Männer ermöglicht. Folglich geht es primär um eine Umverteilung der Erwerbsarbeit wie der Eigen- beziehungsweise Haushaltsarbeit mit dem Ziel der Beseitigung der Diskriminierung von Frauen. Dies wird nicht ohne Veränderungen der Arbeitsteilung, der Bewertung von Arbeit, der Arbeitsorganisation und der Arbeitsinhalte vonstatten gehen können.

Wachstum für Vollbeschäftigung – Vollbeschäftigung für mehr Wachstum?

Vornehmlich aus Europa vernehme ich seit dem EU-Gipfel von Lissabon die frohe Botschaft, daß ›Vollbeschäftigung‹ bis 2010 erreichbar

Gerhard Bosch skizziert die Folgen der Umsetzung dieses Programms von Giarini/Liedtke zutreffend: »Durch die geforderte Deregulierung des ersten Arbeitsmarktes und die Erwerbspflicht für Rentner bis 78 Jahre würden das Arbeitsangebot ausgeweitet werden und die Löhne sinken. Da der Staat kaum für 10 oder mehr Millionen Personen sinnvolle Arbeit organisieren kann, würde das geforderte große Arbeitsbeschaffungsprogramm in Beschäftigungstherapie enden. Insgesamt kommt es bei einer Realisierung der Vorschläge von Giarini/Liedtke zu einer Polarisierung der Gesellschaft.«
Gerhard Bosch: Anmerkungen zum Neuen Bericht an den Club of Rome: Wie wir arbeiten werden, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW 1998.

sei. Dies könne gelingen, wenn die Wirtschaft in der Europäischen Union bis 2010 im Jahresdurchschnitt um drei Prozent wächst und die EU damit zur »dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Ökonomie der Welt« werde. Bis 2010 soll es also in einer ersten Phase um Vollbeschäftigung durch Wachstum gehen, danach um mehr Wachstum durch Vollbeschäftigung.

›Vollbeschäftigung‹ ist nach dieser Diktion hergestellt, wenn die Beschäftigungsquote (der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 16 und 64 Jahren) in der EU 70 Prozent und die Frauenerwerbsquote 60 Prozent beträgt. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt die EU auf einen ›policy mix‹, der die Erzielung von Haushaltsüberschüssen, folglich den Abbau der Staatsschuld (›solide Finanzen‹), die Begrenzung der Inflation bei zwei Prozent, die weitere Liberalisierung und Flexibilisierung der Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte zur Dynamisierung der Wirtschaft und eine Innovationspolitik für mehr High-Tech (Internetökonomie, e-Europe, Förderung der Gen- und Nanotechnologie) kombiniert. Während ›Vollbeschäftigung‹ in den neunziger Jahren allgemein noch als ›unerreichbar‹ und ›utopisch‹ galt, vollzogen die EU und ihre Mitgliedstaaten einen markanten Perspektivenwechsel weg von den düsteren Szenarien vom ›Ende der Arbeitsgesellschaft‹.

Den Hintergrund für eine neue Perspektive der ›Vollbeschäftigung‹ bilden insbesondere Langfristschätzungen über die demographische Entwicklung in Europa. So behauptet das *Institute for Prospective Technological Studies*, daß die EU lediglich bis 2006 noch mit einem leichten Anstieg des Erwerbspersonenpotentials zu rechnen habe, was die Lage auf den Arbeitsmärkten bis dahin angespannt halten soll. Ab 2008 oder 2010 werde bis mindestens 2030 aufgrund des geringeren Nachstroms junger Erwerbspersonen und der Zunahme der Zahl der Rentnerinnen und Rentner mit einer fortgesetzten Schrumpfung des Arbeitskräfteangebots zu rechnen sein.⁶

Aus dieser Analyse folgert das IPTS, daß die EU und ihre Mitgliedstaaten bereits jetzt »aktivierende Politiken« einleiten müßten, um ab 2008 oder 2010 gravierende Engpässe auf den Arbeitsmärkten zu vermeiden. Die Botschaft ist deutlich: Europa geht keineswegs die Arbeit aus – es ist vielmehr zu befürchten, daß ab 2010 zuwenig und für die expandierenden Sektoren zusätzlich nicht hinreichend ausgebildete Arbeitskräfte verfügbar sein werden, um die Wirtschaft auf Wachstumskurs zu halten.

Ich halte es vor diesem Hintergrund für angemessen, von einem neuen Paradigma der EU zu sprechen. Unter der Parole ›Arbeit, Arbeit, Arbeit‹ geht es um eine großangelegte »Aktivierung« bis hin zu dem Punkt, »dass jeder, der sich bewegen kann und staatliche Hilfe beansprucht, seine Kinder allein lassen, aus dem Krankenbett aufstehen, seine Behinderung überwinden und aus dem Ruhestand zurückkommen muss, um zu arbeiten. Noch niemals seit der Abschaffung des Arbeitshauses ist Arbeit so leidenschaftlich und so zielstrebig aufgewertet worden«⁷. Und dies alles aus der Sorge heraus, daß die Wirtschaft angesichts der demographischen Entwicklung andernfalls nicht hinreichend expandieren könne.

Das neue Paradigma enthält – ähnlich wie die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft – eine Reihe von Widersprüchen. Der erste Wider-

Als Potentiale dieser »Aktivierung« werden die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, von älteren Arbeitnehmern (bis hin zur Lebensarbeitszeitverlängerung), der Erwerbslosen und eine verstärkte Einwanderung aus Drittstaaten diskutiert. Für die Informationstechnikbranche wird bereits für 2002 ein europaweiter Mangel von 1,6 Millionen qualifizierten Arbeitskräften festgestellt. Und auch bei Facharbeitern, Ingenieuren und Managementkräften gebe es in einer Reihe von Mitgliedstaaten festgestellte Engpässe.

In Deutschland gab es 2000 rund 8,9 Millionen Teilzeitbeschäftigte (rund 26 Prozent der Gesamtbeschäftigten), von denen etwas über vier Millionen zur Gruppe der geringfügig Beschäftigten gehörte. Gegenüber 1991 wuchs das Teilzeitvolumen in Deutschland bis 2000 um 41 Prozent, während das Vollzeitvolumen um 11 Prozent abnahm.

Eine umfassende Übersicht über die bestehenden Niedriglohnbereiche bieten Gerd Pohl und Claus Schäfer: *Niedriglöhne. Die unbekannte Realität: Armut trotz Arbeit*, Hamburg 1996. Verschiedene Varianten von Niedriglohnstrategien werden in dem Band von Claus Schäfer: *Geringere Löhne – mehr Beschäftigung*, Hamburg 2000, diskutiert und fundiert kritisiert.

spruch betrifft die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven. Angesichts der erlahmten Konjunktur in den USA, der anhaltenden Stagnation in Japan und der gedämpften Wirtschaftsaussichten auch in Europa ist es wohl illusionär, daß bis 2010 in Europa jahresdurchschnittliche Wachstumsraten von drei Prozent erreichbar sind. Ohnehin ist die quantitative gesamtwirtschaftliche Dynamik seit der Krise 1973 strukturell und offensichtlich dauerhaft abgeschwächt.

Der zweite, vielleicht größte Widerspruch betrifft die in Europa und Deutschland sich verfestigenden Strukturen einer ›dualen Wirtschaft‹, denen das Beschäftigungswachstum folgt. Auf der einen Seite gibt es seit 1998 ein leichtes Mehr an Vollzeitbeschäftigung bei Technikern, Ingenieuren, leitenden Angestellten und ›professionals‹ im allgemeinen. Auf der anderen Seite dominiert allerdings ein ungebrochen hohes Wachstum bei befristeten und Teilzeit-Arbeitsverhältnissen, die 1999 etwa 30 Prozent der Gesamtbeschäftigung in der EU ausmachten, bei Frauen gar 45,7 Prozent. Obwohl die Gleichstellung der Frauen als offizielles Ziel im Rahmen der Vollbeschäftigungsstrategie gilt, zementieren die Strukturen der ›dualen Wirtschaft‹ die geschlechthierarchische Arbeitsteilung, weil Frauenbeschäftigung überwiegend als Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung wächst. Wenn das Erreichen von ›Vollbeschäftigung‹ nur an einer bestimmten Marke der ›Beschäftigungsquote‹ festgemacht wird, so reicht ein weiteres Wachstum prekärer Beschäftigung, von Teilzeit- und befristeten Arbeitsplätzen, von Leih- und Zeitarbeit etc. aus, um die angestrebte Erwerbsquote zu erfüllen. Hier offenbart sich der *fehlende soziale Gehalt* der angestrebten ›Vollbeschäftigung‹. Sie akzeptiert eine verschärfte soziale Polarisierung und eine fortschreitende Zerstörung der sozialen Integrität der Lebensverhältnisse.

Verschärfend kommt hinzu, daß die duale Wirtschaftsstruktur nicht nur einfach hingenommen wird, sondern durch eine gezielte Niedriglohnstrategie vertieft werden soll. Den unteren Teil der Arbeitseinkommenspyramide bilden bereits heute nicht nur die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (ca. 3,7 Millionen in Deutschland), sondern auch sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte mit niedrigen Einkommen (ca. 1,5 Millionen in Deutschland), Teilzeitbeschäftigte mit niedrigen Einkommen, Scheinselbständige, ein Teil der Beschäftigten auf dem Zweiten Arbeitsmarkt (ca. 80.000 in Westdeutschland und 300.000 in Ostdeutschland, zum Beispiel mit ›Sondertarifen‹ für Beschäftigungsgesellschaften) sowie Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen (ca. 180.000 in Deutschland). Nach dem Prinzip ›fördern und fördern‹ werden vor allem Langzeiterwerbslose und Sozialhilfeempfänger durch drohende Kürzungen oder Streichungen der Unterstützungsleistungen dazu veranlaßt, auch schlecht entlohnte und qualifikatorisch perspektivlose Arbeitsangebote anzunehmen.⁸ Die Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck und Rolf Heinze von der Benchmarking-Gruppe im Bündnis für Arbeit plädierten für klare Einschnitte: qualifizierte Berufsarbeit, Flächentarif, Kündigungsschutz usw. sollten nur noch für den industriellen Bereich gelten, nicht mehr für den expandierenden Dienstleistungssektor. So könnten Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen. Ihr Vorschlag für einen subventionierten Niedriglohnsektor würde die Steuerzahlenden zwischen acht und 16 Milliarden Euro kosten. In Ostdeutschland lassen sich längst die kontraproduktiven Kon-

sequenzen dieser scheinbaren Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems feststellen. Das niedrige Lohnniveau führt zur Abwanderung und Abwerbung vor allem von Menschen mit höherer Qualifikation, zur Entwertung vorhandener Qualifikationen, zu weit verbreiteter Demotivierung von Arbeitslosen und zur Beeinträchtigung des gesamten wirtschaftlichen und sozialen Umfelds.

Die Umsetzung der Niedriglohnstrategie wäre nicht nur kontraproduktiv für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern auf längere Sicht würde sie durch den Verlust einer breiten Basis qualifizierter und motivierter Beschäftigter auch die Innovationskraft der Wirtschaft untergraben. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht schwächt die Niedriglohnstrategie die Massenkaukraft und schmälert die Nachfrage.

Der dritte Widerspruch des neuen Paradigmas betrifft die Flexibilisierung der Erwerbsarbeit und die Erosion des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses. Zwar ist das *Deutsche Institut der Wirtschaft* (DIW) mit einer jüngsten Untersuchung der These von der ›Erosion der Normalarbeit‹ mit dem Befund entgegengetreten, daß immer noch die große Mehrheit der Erwerbstätigen in Europa vollzeitbeschäftigt arbeitet (das heißt mehr als 30 Stunden pro Woche)⁹, dennoch wird selbst die Vollzeitbeschäftigung von vielfältigen Formen der Flexibilisierung erfaßt und spiegelt eine stark heterogenisierte Erwerbslandschaft wider. Die vorherrschende betriebsbedingte Flexibilisierung betrifft nicht nur die Arbeitszeiten (Gleitzeit, Jahres- und Lebensarbeitszeitkonten, ›Vertauensarbeitszeit‹ etc.), sondern auch die Arbeitsgestaltung (Intensivierung, Zunahme von Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit, weil schnelle Reaktionsfähigkeit auf kurzfristige Marktschwankungen und Kundenwünsche gefordert sind), die Arbeitsorganisation (zum Beispiel Zeitorganisation als neue Arbeitsaufgabe), die Beteiligungs- und Entlohnungsformen, die Art und Dauer von Beschäftigungsverhältnissen (Leih- und Zeitarbeit, befristete Beschäftigung, Arbeit auf Abruf, Projektarbeit, neue Selbständigkeit), die Auflösung des Arbeitsortes (Telearbeit) und die Tendenz zur ›Subjektivierung der Arbeit‹ (Indienstnahme der ›unternehmerischen‹ Fähigkeiten der Beschäftigten, Qualifikationserwerb außerhalb der formalen Erwerbsarbeit, Training sozialer Kompetenz, Einbeziehung subjektiver Ansprüche).

Erst recht ist nicht einzu- sehen, warum mit Milliarden- subventionen ein Heer von Fensterputzern, Liftboys, Tütenpackern, Haushalts- hilfen usw. kriert werden soll, wo mit dem gleichen Geld gesellschaftlich sinn- vollere Arbeitsplätze auch für Geringqualifizierte zum Beispiel in Bereichen wie Umweltsanierung, Stadt- erneuerung, Recycling und Abfallvermeidung zu tarif- vertraglichen Konditionen geschaffen werden könnten.

Tabelle 2

Erwerbsformen in der EU 1996

(Anteile an der Gesamtbeschäftigung in Prozent)

	Standardisiert Frauen	Standardisiert Männer	Entstan- dardisiert Frauen	Entstan- dardisiert Männer	Selb- ständig Frauen	Selb- ständig Männer
Deutschland	49,9	76,8	44,4	14,2	5,7	9,0
EU 14	53,0	64,8	35,2	15,1	11,8	20,1

EU 14 = ohne Schweden

Nach einer Studie waren 28 Prozent der befragten Arbeitnehmer schmerzhaften und ermüdenden Arbeitshaltungen ausgesetzt, 45 Prozent mußten bei intensiver Lärmbelastung arbeiten, 33 Prozent mit schweren Lasten umgehen. Rückenschmerzen (30 Prozent), Streß (28 Prozent), Übermüdung (20 Prozent), Muskelschmerzen in Armen und Beinen (17 Prozent) blieben auch 1996 die verbreitetsten Gesundheitsprobleme am Arbeitsplatz. 1996 waren 54 Prozent der Befragten einem hohen Arbeitstempo ausgesetzt (1991: 48 Prozent), 56 Prozent mußten mit zeitlich strikten und engen Arbeitsvorgaben zurechtkommen (1991: 50 Prozent) – vgl. European Foundation for the Improvement of Living Conditions: Second European Survey on Working Conditions (1996), Dublin 1997. Eine Pilotstudie der Europäischen Agentur für Arbeitsschutz und Gesundheit am Arbeitsplatz verweist darüber hinaus auf das enorme Wachstum neuer Risiken wie RSI und Erkrankungen des Muskel- und Skeletapparats – vgl. European Agency for Safety and Health at Work: The State of Occupational Safety and Health in the European Union, Summary Report, Bilbao 2000.

Auffällig ist der hohe Anteil verfallender Zeitguthaben bei Gleitzeit- und Jahresarbeitszeitkonten, der in der Privatwirtschaft rund 21 Prozent und im öffentlichen Dienst gar 38 Prozent beträgt. Die Arbeitgeber eignen sich so unbezahlte Mehrarbeit in bedeutsamer Größenordnung an – und dies zusätzlich zu den Kosteneinsparungen bei neuen

Tabelle 3

Entstandardisierte Erwerbsformen in der EU 1996
(Anteile an der gesamten entstandardisierten abhängigen Beschäftigung in Prozent)

	Befristete Vollzeit	Befristete Teilzeit	Unbefristete Teilzeit	Geringfügige Beschäftigung
Deutschland Frauen	18,2	46,6	6,6	28,6
Deutschland Männer	71,1	7,0	2,7	19,2
EU 14 Frauen 27,4	39,4	12,3	20,9	
EU 14 Männer 69,4	11,4	6,5	12,6	

EU 14 = ohne Schweden

geringfügige Beschäftigung = unter 15 Wochenstunden

Flexibilisierung, ›Arbeitsanreicherung‹ und neue Managementkonzepte haben keineswegs zu einer ›Humanisierung der Arbeit‹ geführt, sondern zu einer Kombination von teils erweiterten individuellen Spielräumen der Beschäftigten einerseits und alten und neuen Belastungen andererseits. Die ›alten‹ körperlichen Gesundheitsbelastungen durch Arbeit (Rückenschmerzen, Belastungen von Gelenken und Muskeln, Lärm etc.) blieben zum Beispiel zwischen 1991 und 1996 in Europa weitgehend konstant oder erhöhten sich leicht. Hinzu kam das Ansteigen neuer psycho-sozialer Belastungen wie Streß durch Arbeitsintensivierung, den Druck kurzer Lieferfristen etc.

Hinzu kommt, daß die neuen Modelle zur Flexibilisierung der Arbeitszeit (›atmende Fabrik‹) eine deutliche Tendenz zeigen, die Geschehnisse im Unternehmen vom Arbeitsmarkt abzukoppeln und so neuen Beschäftigungsaufbau zu vermeiden. Nach einer Umfrage des *Deutschen Industrie- und Handelstages* aus dem Jahr 2000 wenden in Deutschland inzwischen rund 60 Prozent der Unternehmen eine oder mehrere Modelle flexibler Arbeitszeitgestaltung an. Jahresarbeitszeitkonten sorgen etwa dafür, daß bei guter Auftragslage 48 Stunden und mehr pro Woche gearbeitet wird, bei schlechter Auftragslage hingegen deutlich weniger (bis runter auf 25 Wochenstunden). Dies schafft bestenfalls Beschäftigungssicherheit für die Kernbelegschaften, während eine Ausweitung des Auftragsvolumens größtenteils am Arbeitsmarkt vorbei geht. Die befragten Unternehmen nannten konsequenterweise als Hauptgründe für die Einführung flexibler Arbeitszeiten die Vermeidung teurer Überstunden (60 Prozent) und von Neueinstellungen (28 Prozent).¹⁰

Auch diese Verhältnisse werfen die Frage nach dem sozialen Gehalt der ›Strategie für Vollbeschäftigung‹ auf. Die negativen Seiten betriebsbedingter Flexibilisierung werden inzwischen durchaus eingestanden. Abhilfe soll eine neue Verbindung von Flexibilität und Sicherheit schaffen – im Eurokauterwelsch »Flexicurity« genannt. So wie die Flexicurity-Debatte derzeit geführt wird, kann sie zwar eine Abmilderung der schlimmsten Zumutungen der Arbeitsflexibilität herbeiführen (zum Beispiel durch soziale Sicherung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, Mindestlohnregelungen, ›Übergangsarbeitsmärkte‹, ›beschäftigungssichernde‹ Arbeitszeitflexibilität wie Jahresarbeitszeitkonten usw.).¹¹ Weil die Ergebnisse der Arbeitsmarktderegulierung allerdings als ›Geschäftsgrundlage‹ akzeptiert werden, verändern die Flexicurity-Konzepte die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung nur wenig und finden sich mit verfestigten Niedriglohnstrukturen weitgehend ab.

Der vierte Widerspruch der Strategie ›Wachstum für Vollbeschäftigung und Vollbeschäftigung für mehr Wachstum‹ betrifft die Haushalts- und Verteilungspolitik. Zwar wird angesichts der bereits vorhandenen Engpässe bei qualifizierten Tätigkeiten und der noch wachsenden Nachfrage im Rahmen des Übergangs zur ›Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft‹ immer lauter nach verstärkter Aus- und Weiterbildung, neuen Qualifikationsprofilen, Verbesserungen des Bildungssystems und von Forschung und Entwicklung sowie nach Konzepten für das ›lebenslange Lernen‹ gerufen. Doch fehlen aufgrund des ›Vorrangs für das Sparen‹ die nötigen Ressourcen auf Seiten der öffentlichen Haushalte und die Unternehmen zeigen sich ebenfalls nicht gewillt, die betriebliche Aus- und Weiterbildung im erforderlichen Umfang zu finanzieren. Weil man sich so um die Frage herumdrückt, wer die Kosten für die nötige breit angelegte ›Qualifizierungsoffensive‹ tragen soll, verlegt man sich auf kurzfristige Strategien, die schlimmsten Lücken durch Anwerbung ›der besten Köpfe‹ aus dem Ausland zu füllen. Damit folgt die Politik dem Ruf nach einer ›Globalisierung der Arbeitsmärkte‹, die unter anderem qualifizierte Fachkräfte kostengünstiger beschaffen soll, indem anderswo – insbesondere in ›Entwicklungsländern‹ – getätigte ›Investitionen in Humankapital‹ einfach für den eigenen ›Wirtschaftsstandort‹ requiriert werden.

›Vollbeschäftigung für mehr Wachstum‹ läßt sich zusammenfassend als eine Strategie charakterisieren, die die soziale Seite der Erwerbsarbeit völlig vernachlässigt: sinnhafte, angereicherte und gesundheitsförderliche Tätigkeiten, auskömmliche Einkommen, sozial- und tarifvertragliche Schutzrechte, demokratische Teilhabe am Wirtschaftsgeschehen. Die Qualität der Arbeit, die Gleichstellung von Frauen und die Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung werden weitgehend ausgeblendet. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und persönlicher Lebensführung hat keine Priorität – kurzum, es ist ›Vollbeschäftigung‹ ohne soziale Gerechtigkeit.

Vollbeschäftigung neuen Typs: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik als Verteilungspolitik

Eine alternative Agenda für Vollbeschäftigung muß davon ausgehen, daß sich das Problem der Erwerbslosigkeit nicht einfach durch gesteigertes Wirtschaftswachstum lösen läßt. Seit den achtziger Jahren stagniert es im wesentlichen auf niedrigem Niveau.

Ein zukunftsfähiges Leitbild der Vollbeschäftigung muß zudem Abschied nehmen vom bisher geltenden patriarchalischen Modell des ›männlichen Familienernährers‹. Folgende Eckpunkte können eine ›Vollbeschäftigung neuen Typs‹ grob umreißen: Jede arbeitswillige und arbeitsfähige Person muß *erstens* Zugang zu *existenzsichernder, sozial gesicherter Erwerbsarbeit* haben, in der sie ihre produktiven Fähigkeiten entwickeln kann. Durch eine ›soziale Grundsicherung‹ wird das sozio-kulturelle Existenzminimum garantiert, um Armut zu verhindern und die demokratische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auch für jene zu ermöglichen, die zeitlich begrenzt oder dauerhaft keiner Erwerbsarbeit nachgehen können. Es kann allerdings nicht darum gehen, mit Instrumenten wie der sozialen Grundsicherung das ›Arbeitsangebot zu verknappen‹ und somit die Empfängerinnen und Empfänger dieser Leistung dauerhaft vom Erwerbsarbeitsmarkt

Zeitarrangements, die Überstundenzuschläge bei Mehrarbeit entfallen lassen. Vgl. Hartmut Seifert: Zeitkonten: Von der Normalarbeit zu kontrollierter Flexibilität, in: WSI Mitteilungen, 2/2001.

Hinsichtlich der äußerst begrenzten Problemlösungskapazität von wirtschaftlichem Wachstum stimme ich Norbert Reuter zu, »daß Gesellschaft und Staat künftig nicht umhin kommen werden, sich wesentlich stärker auf Verteilungsfragen statt auf Wachstumsfragen zu konzentrieren. Neben einer veränderten Steuer- und Abgabepolitik mit dem Ziel, den Faktor *Kapital* im Gleichklang mit seiner wachsenden Bedeutung im Produktionsprozeß an der Finanzierung staatlicher und sozialer Ausgaben zu beteiligen, und einer Wiederbelebung der in der Vergangenheit erfolgreichen Arbeitszeitverkürzung erscheint vor allem eine verstärkte Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, der speziell für Langzeitarbeitslose dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten bieten würde, unumgänglich.«
Norbert Reuter: Arbeitslosigkeit bei ausbleibendem Wachstum – das Ende der Arbeitsmarktpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/97 vom 22. August 1997.

auszugrenzen und auf eine ›bescheidene Existenz‹ zu verpflichten. Einer demokratischen Vollbeschäftigungspolitik geht es vielmehr darum, keine strukturellen Asymmetrien zu Lasten der Arbeitsplatzsuchenden und keine oligopolistische Vermachtung des Arbeitsmarkts zugunsten der Unternehmer zuzulassen. Die Entscheidung für Erwerbsarbeit muß deshalb auf der anderen Seite notwendig eine freiwillige sein und darf nicht durch Zwang herbeigeführt werden.

Zweitens muß die *Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und persönlicher Lebensführung* umfassend hergestellt werden. Erwerbsarbeit und Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit sollen künftig gleichmäßig zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden. Drastisch verkürzte Tages- und Wochenarbeitszeiten (zum Beispiel 6-Stunden-Tag und 30-Stunden-Woche) können große Potentiale für eine durchgreifende Umverteilung der Erwerbsarbeit erschließen und eine gerechte Neuverteilung von Erwerbsarbeit und Versorgungsarbeit (Hausarbeit, Kindererziehung, ehrenamtliches Engagement) ermöglichen. Ferner geht es darum, die Spielräume für individuelle Zeitgestaltung der Beschäftigten zu erweitern, die Gleichstellung der Frauen durchzusetzen und sinnvolle Arbeitsinhalte und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Eine flexible Lebensgestaltung, bei der sich Zeiten der Erwerbstätigkeit mit Phasen von Aus- und Weiterbildung, von Kindererziehung und Pflege, von ehrenamtlichem Engagement oder zeitweiser Selbständigkeit abwechseln, muß *drittens* durch *vollen sozialen Schutz* abgesichert werden. Das Steuersystem muß individualisiert und der Sozialschutz auf die soziale Sicherung von Individuen und insbesondere auch von Kindern ausgerichtet werden.

Viertens kann mit Blick auf wachsende ökologische Gefährdungen Beschäftigung nicht mehr einfach durch gesteigertes Wirtschaftswachstum erreicht werden, sondern Erwerbsarbeit muß nachhaltiges, dauerhaft umweltverträgliches Wirtschaften fördern.

Die Durchsetzung der ›Vollbeschäftigung neuen Typs‹ ist damit umfassende Gesellschaftspolitik – die Arbeitsmarktpolitik alleine wäre damit überfordert. Das Berliner Memorandum *Beschäftigungspolitik – Die europäische Dimension* stellt zu Recht fest: »Somit müssen zukünftig auch die Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs-, Forschungs-, Umweltpolitik etc. schwerpunktmäßig nach dem Ziel ausgerichtet werden, einen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme zu leisten.«¹² Wesentliche Rahmenbedingungen für diese Politikbereiche werden heute auf der europäischen Ebene definiert. Deshalb kommt auch eine nationalstaatliche Politik für Vollbeschäftigung nicht umhin, an der europäischen Ebene anzusetzen.

Die EU braucht dringend einen alternativen gesamtwirtschaftlichen ›policy mix‹ und eine Kooperation zwischen der Europäischen Zentralbank sowie der Wirtschafts-, Fiskal- und Lohnpolitik der Mitgliedstaaten. Es kommt darauf an, eine entspanntere Geldpolitik mit einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik, einer binnenwirtschaftsorientierten Strategie für Nachhaltigkeit und einer Haushaltspolitik zu kombinieren sowie die öffentlichen Investitionen, Forschung und Bildung sowie die Entwicklung der Humanressourcen zu stärken.

Das ökonomische Potential der Währungsunion muß für die Verwirklichung einer Beschäftigungs-, Umwelt- und Sozialunion genutzt

Die Außenwirtschaftsabhängigkeit der EU liegt bei nur acht bis zehn Prozent. Bei den einzelnen Mitgliedstaaten variiert sie zwischen 25 und rund 53 Prozent. Eine gemeinschaftlich konzipierte EU-Wirtschaftspolitik könnte sich daher viel stärker auf die europäische Binnenwirtschaft und Binnenachfrage konzentrieren, ohne negative Folgen wie eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit im Weltmarkt oder einen wachsenden Zustrom ›ausländischer‹ Exporte fürchten zu müssen. Denn die Nachfrage der ›einheimischen‹ Unternehmen und Privathaushalte kann sich bis zu 92 Prozent in Produkte und Dienstleistungen *made in Europe* umsetzen. Wird der osteuropäische Raum in diese makroökonomische Kooperation einbezogen, so gewinnt *Europa* tatsächlich jene wirtschaftspolitische Souveränität zurück, die seine Nationalstaaten im Zuge neoliberaler Globalisierungsstrategien zu einem guten Teil verloren haben.

werden. Europa könnte sich mit einer binnenwirtschaftsorientierten Industrie-, Struktur-, Umwelt- und Beschäftigungspolitik auf einen ökologisch tragfähigen Entwicklungspfad begeben. Im Zentrum steht dabei eine moderne Regionalisierungspolitik zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und des ökologischen Wirtschaftens. Nachhaltige Regionalisierungspolitik zielt auf einen höheren regionalen Beitrag der Versorgung mit Energie, Lebensmitteln, Freizeit, Kultur, Tourismus, Verkehr etc. Sie stellt neue Kooperations- und Finanzierungsbeziehungen zwischen öffentlicher Wirtschaft, Privatunternehmen und einem gestärkten Sektor zwischen Markt und Staat her.

Die EU könnte die Unternehmens- und Vermögensbesteuerung harmonisieren, mit einem föderalen Finanzausgleich die Handlungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates wiederherstellen und Einkommens- und Entwicklungsunterschiede einebnen. Die Währungsunion bietet sogar das Potential für eine gleichgerichtete, aktive Haushaltspolitik ihrer Mitgliedstaaten als Alternative zur Sparpolitik der neoliberalen Ära. Jeder von der öffentlichen Hand einigermaßen klug investierte Euro zieht wegen der Größe des europäischen Binnenmarkts etwa drei Euro an privaten Investitionen und Konsumentenausgaben nach sich. Die öffentlichen Investitionen wären damit bei einem durchschnittlichen effektiven Steuerniveau von 30 Prozent weitgehend selbstfinanzierend. Eine expansive Haushaltspolitik kann in mittlerer Sicht also ohne neue Verschuldung gestaltet werden. Damit können zum Beispiel Investitionen in Forschung und Bildung finanziert werden, die den erwarteten hohen Fachkräftebedarf vorausschauend abdecken helfen.

Die staatliche Gesamtverschuldung kann mittelfristig durch eine Besteuerung hoher Einkommen, explodierender Unternehmensgewinne und Vermögen gemäß ihrer wachsenden ökonomischen Leistungsfähigkeit zurückgeführt werden. Um Investitionen und die Einkommensentstehung in der Realwirtschaft zu fördern, muß die spekulative Anlage auf den Finanzmärkten durch entsprechende steuerliche Anreize (Tobin-Steuer, Börsenumsatzsteuer) eingeschränkt werden. Die Einkommensumverteilung von den Vermögensbesitzern und den Haushalten mit hohen Einkommen hin zu den Haushalten mit niedrigen Einkommen wirken sich zudem positiv auf die Nachfrage (nach umweltverträglich hergestellten und langlebigen Produkten) aus. Sie sind damit keineswegs »wirtschaftsfeindlich«, sondern stabilisieren sowohl die Absatzerwartungen von Industrie und Dienstleistern als auch die Beschäftigung. Ein veränderter makroökonomischer »policy mix« auf europäischer Ebene könnte insgesamt somit günstige Rahmenbedingungen schaffen, um gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklung, einen gestärkten sozialen Zusammenhalt, Gleichstellung der Frauen und »Vollbeschäftigung neuen Typs« zu ermöglichen.

Das Projekt *Arbeit und Ökologie* der Hans-Böckler-Stiftung ist jüngst der Frage einer integrierten Strategie für Nachhaltigkeit, Beschäftigung und sozialer Integration im bundesdeutschen Rahmen nachgegangen. Gegenüber einem »Status-Quo«-Szenario wurden ein eher »wachstumsorientiertes« ökonomisch-soziales Szenario und ein ökologisch-soziales Szenario mit Hilfe eines makroökonomischen Modells durchgespielt. Beide Alternativszenarien zeigten in punkto Umweltverträglichkeit und Abbau der Erwerbslosigkeit deutlich positivere Resultate als das »Status-Quo«-Szenario.

Wirtschaftstheoretisch stützt sich die Forderung nach einer höheren Besteuerung von Vermögen und Spitzeneinkommen auf das Haavelmo-Theorem vom *balanced budget multiplier*. Der norwegische Wirtschaftsnobelpreisträger Haavelmo hatte 1945 modelltheoretisch nachgewiesen, daß durch erhöhte direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte erzielt werden können. Sofern die privaten Haushalte die Steuern nicht rückwälzen können, ergibt sich im makroökonomischen Modell, daß das Sozialprodukt im gleichen Umfang wächst (Faktor eins), wie der Staat die zusätzlichen Einnahmen ausgibt. Steuererhöhungen von zum Beispiel zehn Milliarden Euro würden in eine Erhöhung des Produktionsvolumens um zehn Milliarden Euro umgesetzt. Der staatliche Transfer von den Haushalten mit hohen Einkommen zu den Haushalten mit niedrigen Einkommen stabilisiert oder erhöht die Massennachfrage und sorgt so für den Absatz des erhöhten Produktionsvolumens. Weil die Haushalte mit hohen Einkommen eine geringere marginale Konsumneigung als die Haushalte mit niedrigen Einkommen haben, wirkt die stärkere Besteuerung der hohen Einkommen nicht dämpfend auf die Gesamtnachfrage. Havelmo hat vielmehr gezeigt, daß die durchschnittliche Konsumneigung aller Haushalte mit Umverteilung höher ist als ohne Umverteilung.

Die Ergebnisse der Simulationsrechnungen des sozial-ökologischen Szenarios sind durchaus ermutigend: bis 2020 sinkt die registrierte Erwerbslosigkeit auf 3,1 Prozent, die Lohnquote steigt auf 68,8 Prozent (-Status Quo: 59,4 Prozent), die Stundenproduktivität steigt jahresdurchschnittlich um 2,2 Prozent. Sogar das reale Bruttoinlandsprodukt steigt jahresdurchschnittlich noch um 1,9 Prozent, obwohl alle Reduktionsziele bei Energie und Rohstoffen erreicht werden (Anstieg der Ressourcenproduktivität um 108 Prozent bis 2020) – vgl. Deutsches Institut der Wirtschaft, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Projekt-Abschlussbericht »Arbeit und Ökologie«, Berlin/Wuppertal 2000.

Eine Gruppe anerkannter Arbeitsmarktexpertinnen und -experten hat vorgerechnet, daß eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um drei auf 34 Stunden, die Halbierung der Überstunden und einige weitere Maßnahmen zwischen 1994 und 2000 2,9 und 3,4 Millionen neuer Arbeitsplätze in der Bundesrepublik schaffen könnten – vgl. Beirat Arbeitsmarktpolitik der Berliner Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen: Berliner Erklärung zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000, Berlin 1994.

Das sozial-ökologische Szenario setzte einerseits auf einen Mix aus wirtschafts-, sozial- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen: Tobin-Steuer, Energie- und Materialinputsteuer, Einkommensumverteilung, Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bis 2020 mit Lohnausgleich, gesicherte und qualifizierte Teilzeitangebote für Frauen und Männer, Gleichstellungsmaßnahmen, Bürgergeld beziehungsweise negative Einkommensteuer nach dem Modell der Friedrich-Ebert-Stiftung, niedrigere Mehrwertsteuer für soziale Dienstleistungen etc. Andererseits fußt dieses Szenario auf umweltpolitischen Zielen und Maßnahmen: CO₂-Reduktion um 75 Prozent bis 2050, Stoffstrommanagement zur Verringerung des Rohstoffverbrauchs der Wirtschaft um 90 Prozent, vorsorgende Chemiepolitik, Kontrolle beziehungsweise Auslaufen von Risikotechnologien, Atomausstieg bis 2010, Stop des Verkehrswachstums und der intensivierten Flächennutzung etc.

Das sozial-ökologische Szenario bietet damit einen sinnvollen strategischen Rahmen für eine alternative Agenda auf dem Weg zur Nachhaltigkeit und zur Vollbeschäftigung neuen Typs. Wie die Hans-Böckler-Stiftung bereits selbst feststellt, sind die einzelnen vorgeschlagenen Instrumente innerhalb dieses Gesamtrahmens durchaus zu verändern oder zu ergänzen. Während ich vielen Ziel- und Instrumentenvorschlägen des sozial-ökologischen Szenarios folgen kann, möchte ich deshalb zu einigen Gesichtspunkten Widerspruch anmelden oder weiterreichende Perspektiven diskutieren.

So ist zum Beispiel die Kritik des DIW am Konzept Bürgergeld beziehungsweise negative Einkommensteuer durchaus nachvollziehbar: hohe Kosten (rund 60 Milliarden Euro), Verdrängungseffekte zu Lasten gering qualifizierter Arbeitskräfte, Orientierung auf »Verknappung des Arbeitsangebots« und die sich daraus ergebenden Fallen für die Betroffenen. Die Tobinsteuer ist im sozial-ökologischen Szenario im Gegensatz zu den ursprünglichen Vorschlägen ihres Erfinders sehr niedrig bemessen. Gewichtiger erscheint mir jedoch das langsame Tempo der Arbeitszeitverkürzung. Die letzte Runde der Arbeitszeitverkürzung in Deutschland in der Metall- und Druckindustrie von 1984 bis 1995 brauchte immerhin nur elf Jahre, um die Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden zu senken. Vielen Beobachtern erschien dies schon damals als ein zu langer Zeitraum. Die Beschäftigungseffekte eines entschiedeneren Tempos bei der Arbeitszeitverkürzung dürften deutlich höher liegen, als der recht gemäßigte Szenarioansatz vermuten läßt.

»Der Arbeit wieder ein menschliches Maß geben« und »Kürzer arbeiten, besser leben« sind deshalb zentrale Leitmotive für eine neue Vollbeschäftigungspolitik. Die bloße Erhöhung der Teilzeitangebote schafft nicht die Bedingungen für eine reale Gleichstellung der Frauen. Die Alternative lautet: *kollektive Arbeitszeitverkürzung*. Ein genereller 6- oder 5-Stunden-Tag mit existenzsichernder Entlohnung und voller sozialer Absicherung schafft die Möglichkeit, daß Frauen wie Männer sowohl gleichberechtigt am Erwerbsleben teilnehmen als auch Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeiten zu gleichen Teilen schultern können. Der Ausbau des Angebots an Kindergärten, Ganztagschulen und Pflegediensten ist erforderlich, um die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und persönlicher Lebensführung umfassend sicherzustellen und so eine gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu ermöglichen. Die Öffnungszeiten von öffentlichen Diensten, Bildungs-

Sozial- und Kultureinrichtungen müssen an die veränderten Arbeitszeitmuster angepaßt werden.

Kollektive Arbeitszeitverkürzung bedeutet nicht, daß auf individuelle Arbeitszeitwünsche keine Rücksicht genommen wird. Es gilt, weitergehende individuelle Freistellungsansprüche und ›Wahlarbeitszeiten‹ arbeits- und sozialrechtlich und tarifvertraglich abzusichern: zum Beispiel das Elternfreistellungskonto, das Weiterbildungsjahr oder die Weiterbildungsteilzeit, das Sabbatjahr, Alters- oder Berufseinstiegszeit, freiwillige sozial gesicherte Teilzeit um 20 Wochenstunden etc. Dies beinhaltet auch ein garantiertes Recht auf Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung für alle Teilzeiterwerbstätigen und Freigestellten. Teilzeitarbeit und Freistellungen dienen so auch als Brücke zu einem *neuen Normalarbeitsverhältnis*.

Vor dem Hintergrund der heutigen betriebsbedingten Flexibilisierungsmodelle hängt der beschäftigungspolitische Erfolg ganz entschieden vom ›Wie‹ der Arbeitszeitverkürzung ab. »Beschäftigungspolitisch macht es einen gewaltigen Unterschied, ob ein Betrieb mit einem Durchschnitt von 35, 40 oder 45 Stunden atmet«, bemerkt Gerhard Bosch.¹³

Weiterhin gilt es, Leistungsverdichtung in der Arbeit als Folge kürzerer Arbeitszeiten zu verhindern (Rationalisierungsschutzklauseln in Tarifverträgen, humangerechte Arbeitsorganisation, Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, Zielvereinbarungen mit genügend ›Luft‹ zur Bewältigung unvorhergesehener Entwicklungen). Für besonders belastende Tätigkeiten (zum Beispiel Schicht- und Nacharbeit, Mehrfachbesetzungssysteme, Springertätigkeiten) mit erhöhten gesundheitlichen Risiken sollten die Arbeitszeiten mit einem Gewichtungsfaktor versehen werden. Für die betroffenen Beschäftigten ergäbe dies weiter verkürzte Arbeitszeiten und erhöhte Zeitausgleich-Zuschläge bei Mehrarbeit. Arbeitszeitverkürzung kann so mit Maßnahmen zur Humanisierung der Erwerbsarbeit verknüpft werden. Zumindest für die unteren und mittleren Erwerbseinkommensgruppen muß ein voller (für die mittleren ein gestaffelter) Lohnausgleich die Arbeitszeitverkürzungen begleiten.

Weitere Unklarheiten im ökologisch-sozialen Szenario der Hans-Böckler-Stiftung entstehen durch das vage Konzept der ›Mischarbeit‹, das Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit und freiwilliges Engagement umfaßt. Dies betrifft zum einen den konstatierten Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und die daraus erwachsenden Herausforderungen. Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbsstrukturen in Deutschland, so ist mittlerweile die deutliche Mehrheit der Tätigkeiten im tertiären oder Dienstleistungssektor zu finden. Ich stimme Martin Baethges Analyse zu, daß in Deutschland »sich diese Tätigkeiten, auch wenn es sich um Dienste handelt, im institutionellen und normativen Rahmen industrieller Produktion vollzogen und entwickelt haben. Das heißt, daß sie keine eigenständigen Muster der Spezialisierung und Arbeitsorganisation, keine eigenständigen Qualifizierungsnormen und Interessenvertretungsorganisationen, keinen eigenen Begriff von Effizienz und Produktivität ausgebildet haben.«¹⁴ Letzteres wird zum Beispiel im Bereich der Pflegedienste deutlich, wenn für das Waschen, Kämmen, Rasieren etc. Zeitvorgaben im Stil der tayloristischen Arbeitsorganisation gemacht werden und die für die Qualität und auch

1997 entfielen auf den primären Sektor 3,8 Prozent, auf den sekundären 31,7 Prozent und auf den tertiären Sektor 64,5 Prozent der Beschäftigten. Bei einer Betrachtung nach Tätigkeiten waren in Deutschland 1996 sogar 71 Prozent Dienstleistungstätigkeiten, gegenüber 73 Prozent in den USA.

Helga Krüger mahnt uns zu Recht: »Destandardisierungen in den Dienstleistungen sind ein kulturelles Erbe der Nachrangigkeit zwischen verschiedenen Feldern der gesellschaftlichen Arbeit, die im Zeitalter der Industrialisierung durch die Geschlechterfrage gelöst wurde. (...) Es gilt, das ererbte Zusammenspiel von Qualifikation, Bildung und Geschlecht zu durchbrechen. Der Verzicht darauf führt in amerikanische Verhältnisse.«

Helga Krüger: Ein expandierender Arbeitsmarkt mit sieben Siegeln, in: Frankfurter Rundschau vom 16. Februar 2000.

›Effizienz‹ dieser Arbeit nötige emotionale Zuwendung oder das Gespräch aus dem Raster herausfallen.

Der stark von Frauenbeschäftigung geprägte Dienstleistungssektor ist zu großen Teilen nicht in das duale Ausbildungssystem integriert, verfügt kaum über geschützte Berufsbezeichnungen und dadurch definierte Qualifikationsprofile, es fehlt weitgehend jede Brückenfunktion zwischen Erstausbildung und Weiterbildungen und es gibt einen hohen Anteil von vollzeitschulischen Ausbildungsangeboten unterschiedlichster Ausprägung, oft ohne Ausbildungsvergütung und mit beträchtlichen Schulgeldforderungen. Gesellschaftliche Gestaltung der Dienstleistungsarbeit erfordert eine Orientierung auf Qualität, die Überführung der Dienstleistungsausbildungen in Ausbildungsberufe nach Berufsbildungsgesetz und den Abschied von der unbezahlten Aneignung von Qualifikationen, die auf mitgebrachten ›weiblichen Sozialisationseffekten‹ beruhen. Erst so kann ein egalitäres Modell von Geschlecht und Arbeit zum Tragen kommen.

Es scheint durchaus realistisch, den Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft auf eine Hochqualifikation beziehungsweise Hochpreisstrategie zu stützen. So war der Bereich qualifizierter Dienstleistungen (Ingenieursleistungen, Untersuchungslabors, EDV-Dienstleistungen, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung etc.) in den neunziger Jahren der dynamischste Bereich mit hohen Beschäftigungszuwächsen. Betrachte ich die Forderung nach dem Ausbau ›ökoeffizienter Dienstleistungen‹, so stellt sich hier die besondere Herausforderung zur Herausbildung entsprechender Qualifikationsprofile und Managementfähigkeiten, die das für diese Dienstleistungsart charakteristische Zusammenspiel von Dienstleistern und qualifizierten Facharbeitern beziehungsweise Handwerkern ermöglichen. Innovation, Qualifizierung und Qualität der Arbeit lassen sich auch in diesem Bereich nur dann gewährleisten, wenn die Tätigkeiten gut bezahlt sind.

Der Übergang zur ›Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft‹ muß nicht notwendig dazu führen, daß die niedrig Qualifizierten dauerhaft aus der Arbeitsgesellschaft ausgeschlossen werden. Zum einen wird der Anteil gering qualifizierter Arbeitskräfte mit der Zeit abnehmen. Bei den Jugendlichen in der Bundesrepublik liegt er derzeit bei rund zehn Prozent. Diese Quote wird sich auch durch noch so viele Qualifikationsangebote kaum mehr drastisch verringern lassen. Doch auch für Geringqualifizierte gilt: Arbeitsplätze lassen sich angereichert und weniger monoton gestalten, voller tarif- und sozialrechtlicher Schutz und existenzsichernde Einkommen sind unbedingbar. Neue Beschäftigungspotentiale können durch den ökologischen Umbau entstehen: eine Chemiewende in Richtung einer neuen Pflanzenchemie oder die Energiegewinnung aus gasifizierter Biomasse erfordern zum Beispiel Arbeiten, die auch mit niedriger Qualifikation geleistet werden können (Abernten der Pflanzen, Pelletieren von Biomasse etc.). Andere Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen durch den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft oder bei Recyclinghöfen sowie in Forstwirtschaft und Naturschutz. Weitere Alternativen bietet der Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Der Weg in eine ›Dienstbotengesellschaft‹ von schlechtbezahlten Tüteneinpackern, Fahrstuhlbegleitern und Kundenbegrüßern ist weder die beste noch die einzige Alternative.

Demgegenüber bietet das ökologisch-soziale Szenario der Hans-Böckler-Stiftung durch die Kombination von Bürgergeld beziehungsweise negativer Einkommensteuer, ›Eigenarbeit‹ und möglicher geringfügiger Beschäftigung ein Einfallstor für die weder sozial- noch innovationspolitisch tragfähige Niedriglohnstrategie. Dies ist den Autorinnen durchaus bewußt, doch sie schieben die Verantwortung allein auf die Gewerkschaften ab. Diese sollen das Problem mit Mindestlöhnen und Flächentarifverträgen entschärfen. Daß eine andere Entwicklungsrichtung des gesamten Dienstleistungssektors und entsprechende staatliche Rahmensetzungen vonnöten sind, wird bis auf wenige Bereiche nicht thematisiert.

›Vollbeschäftigung neuen Typs‹ kann nur gelingen als *umfassende Transformation der Arbeitsgesellschaft* – sowohl in der Sphäre der Erwerbsarbeit als auch der unbezahlten Versorgungsarbeit. Sie ist gebunden an eine Perspektive der nachhaltigen Entwicklungen in ihren drei Dimensionen – ökonomisch, sozial und ökologisch. Darin geht es nicht mehr vorrangig um mehr Wirtschaftswachstum, sondern um Verteilung und umweltverträglichen Wohlstand für alle. Wie das Projekt *Arbeit und Ökologie* der Hans-Böckler-Stiftung herausgearbeitet hat, erscheint sie als ein machbares Ziel. Sie benötigt eine Mehr-Ebenen-Strategie – alternative gesamtwirtschaftliche Politik auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung, Gleichstellung der Frauen, alternative Arbeitsmarktpolitik und dauerhaft öffentlich geförderte Beschäftigung, ökologischen Strukturwandel und Bildungspolitik für die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen und partizipatorische Arbeitsorganisation – und damit eine umfassende Gesellschaftspolitik. Sie folgt einem erweiterten Begriff von ›sozialer Gerechtigkeit‹, wie ihn Axel Honneth umschrieben hat. Vollbeschäftigung verkommt zur leeren Worthülse, wenn sie nicht eng mit der Sicherung der Integrität der sozialen Lebensverhältnisse verwoben ist.

»Die Einbeziehung der Natur, die Hervorhebung des kulturellen Pluralismus, die Verzeitlichung in Richtung zukünftiger Generationen, alles das sind Innovationen und Bereicherungen, ohne die eine Vorstellung sozialer Gerechtigkeit heute nicht mehr zeitgemäß wäre.«

Axel Honneth: Identitätsfindung durch einen erweiterten Gerechtigkeitsbegriff. Sozialphilosophische Überlegungen zum Grundsatzzprogramm der Grünen, Frankfurt 2001 (mimeo).

- 1 So beispielsweise die am 15. Januar 2002 veröffentlichte »Mitteilung der Kommission für den Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung in Barcelona«, KOM (2002)14 endgültig, Brüssel, den 15. Januar 2002.
- 2 Daten nach Bourdin-Bericht an den französischen Senat zu den makroökonomischen Perspektiven 2000 – 2005, Paris, 15. November 2000.
- 3 Gerhard Bosch: Anmerkungen zum Neuen Bericht an den Club of Rome: Wie wir arbeiten werden, Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW 1998.
- 4 Carola Möller: Die gesellschaftliche Gesamtarbeit neu gestalten, in: Das Argument 226, 1998.
- 5 Vgl. Orio Giarini, Patrick Liedtke: Wie wir arbeiten werden, Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998.
- 6 Vgl. IPTS: Employment Map: Jobs, Skills and Working Life on the Road to 2010, December 1999.
- 7 Stuart Hall: The Great Moving Nowhere Show, in: Marxism Today, December 1998.
- 8 Eine eingehende Kritik des ›Fördern und Fordern‹-Ansatzes leisten Achim Trube und Norbert Wohlfahrt: »Der aktivierende Sozialstaat« – Sozialpolitik zwischen Individualisierung und einer neuen politischen Ökonomie der inneren Sicherheit; in: WSI Mitteilungen, 1/2001.
- 9 Vgl. Unbefristete Vollzeitbeschäftigung nach wie vor dominierende Erwerbsform in Europa, in: DIW-Wochenbericht, 9/2001.
- 10 Vgl. Flexible Arbeitszeit, in: Handelsblatt vom 20. April 2000.
- 11 Einen Überblick zur Flexicurity-Debatte bieten die WSI-Mitteilungen, 5/2000.
- 12 Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen: Berliner Memorandum, Berlin, November 1997.
- 13 Gerhard Bosch: Flexibilisierung der Arbeitszeit und Umverteilung von Arbeit, in: WSI Mitteilungen, 7/1996.
- 14 Martin Baethge: Der unendlich langsame Abschied vom Industrialismus und die Zukunft der Dienstleistungsbeschäftigung, in: WSI Mitteilungen, 3/2000.

JÜRGEN STAHL

Wohneigentum und die Linke



Jürgen Stahl – Jg. 1953; Dr. phil. habil., studierte Philosophie in Jena, wo er zur Entwicklung der Dialektik in der klassischen bürgerlichen Philosophie und europäischen Aufklärung promovierte und sich habilitierte, ist gegenwärtig als Selbständiger tätig und arbeitet in der Wörterbuchwerkstatt des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« mit.
Foto: privat

1 Vgl. ND vom 21. 7. 2000

2 Vgl. Bericht der Kommission »Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern« (Kurzfassung) sowie die verschiedenen Stellungnahmen, in: Wohnungspolitischer Rundbrief, 1/2001, hrsg von der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag und PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, S. 7 ff.

Spätestens seit der »Wende« haben Linke auch im Osten Probleme mit dem Wohneigentum. Immer dann, wenn dieses Thema in der Debatte unter Sozialisten auftaucht – wie vor einiger Zeit zum Beispiel im *Neuen Deutschland*¹ –, sind sofort Reaktionen zu konstatieren, wonach dies doch kein Thema für die politische Linke sei. Immobilien-eigentum nämlich ist etwas für im Kapitalismus »Angekommene«, für die mehr oder weniger »Reichen«. Politische Anstrengungen der Linken hätten sich statt mit Wohneigentum und dessen Förderung vor allem mit den sich in den Mietquartieren konzentrierenden Problemen zu befassen. Und als im Herbst 2000 PDS-Politiker zum Bericht der vom Bundesbauminister eingesetzten Expertenkommission² Stellung nahmen, und gar die dort vorgeschlagene Abrißförderung derzeit als eine erforderliche Handlungsrichtung unter anderen bezeichneten, war sogleich das Verdikt von der Gefolgsamkeit gegenüber der Vermieterlobby zu vernehmen.

Die Frage lautet schlicht: Sollen demokratische Sozialisten die aktive Gestaltung der volkswirtschaftlich komplexen und politisch unmittelbar relevanten Felder der Wohnungspolitik sowie der Stadt- und Raumentwicklung der »Regulation« durch den Markt oder vielleicht besser anderen politisch und wirtschaftlich agierenden Parteien, Institutionen und Personen überlassen und sich statt dessen auf die Vertretung von sozial Benachteiligten beschränken? Das würde bedeuten, sich in der gegebenen sozialpolitischen Realität wesentlich passiv zu verhalten und bestehende politische Eingriffsmöglichkeiten ungenutzt zu lassen. Suchen dagegen Linke das ihnen gegebene politische Feld aktiv auszufüllen, so sind sie sehr schnell mit den komplexen Widersprüchen von Raum- und Stadtentwicklung, Sozial- und Wohnungspolitik, Mieterschutz, Eigentumsförderung, sozio-demographischen Entwicklungen sowie Energie- und Stoffkreisläufen konfrontiert.

Der Kommunalpolitiker wird dabei sicherlich von anderen Zwängen getrieben als der Landes- oder Bundespolitiker; aber alle stehen in ihrem Handeln vor dem gleichen Problem: Für was engagieren wir uns? Durch welche Ziele zeichnet sich eine authentische linke Politik aus? Oder anders gefragt: Wo nimmt linke Politik aktuelle Trends auf, befördert zum Beispiel tradierte Wohnformen, und wo stellt sie aktuelle Entwicklungen in Frage, befördert statt dessen deren Umgestaltung zugunsten sozialer, politischer und ökologischer Innovationen?

Ich meine, daß linke Politik sehr wohl verpflichtet ist, sich mit der Wohnproblematik, mit Wohneigentumsbildung und damit verbunde-

nen Fragen auseinanderzusetzen und Handlungsstrategien zu entwickeln. Die »Behausung«³ ist nun einmal die elementare Voraussetzung und Bedingung für individuelles und gesellschaftliches miteinander-Leben. Zugleich sind wir Zeugen und Akteure gravierender sozialer, demographischer, ökonomisch-ökologischer Veränderungen in Europa⁴, die das Verhältnis von Landschaft und Stadt, Produktion, Lebensweise und Kultur stark beeinflussen. Um so mehr scheint mir linke Politik gefordert, sowohl mögliche oder reale Gefährdungen zu analysieren als auch die sich vollziehenden Entwicklungen auf sich darin verbergende Fortschrittspotentiale zu prüfen. Insoweit die Realität bundesdeutscher Wohnungspolitik sich wesentlich als Wirtschaftspolitik darstellt⁵, geht es darum, diese in ihrem notwendig komplexen Anspruch einzulösen, statt ihr nur »nachbessernd« zu folgen.

Wohnen – Ort der Selbstverwirklichung

Wohnen betrifft nicht schlechthin ein bauliches Objekt in seiner Funktion, Leben beziehungsweise Arbeiten in geschützter Situation zu ermöglichen. Vielmehr steht jedes Haus in einem sozialen und historischen Kontext. Es war in der marxistischen Theorie Lothar Kühne, der nachdrücklich darauf hinwies, daß das Haus als »System räumlicher Organisation vielschichtiger und komplexer Bereiche des Lebens menschlicher Gemeinschaften«⁶ fungiert. Die Stadt ist damit »ein soziätares Raumkontinuum, unmittelbar gesellschaftlicher Raum«⁷. Wohnen erweist sich folglich als formbestimmt durch die gesellschaftliche Daseinsweise. Es tritt in der durch die Herrschaft des Kapitals geprägten Gesellschaft wesentlich in Warenform auf. Grund und Boden sind in den Verwertungsprozeß von Kapital eingebunden. Dessen Preis leitet sich aus der zu erzielenden Rendite ab. Die Mietform des Wohnens ist dessen konzentrierter Ausdruck. Dabei ist zu beachten, daß die Mietform historisch erst im Kapitalismus massenhaft relevant wird⁸ und sich unmittelbar mit dem Prozeß der Urbanisierung im Gefolge der Industrialisierung in den letzten 200 Jahren verbindet. Stadtlandschaften erscheinen deshalb heute nicht von ungefähr als Metaphern für Wüstenei, für den in der Masse untergegangenen, depravierten Menschen, dem die soziale Bindung und Kommunikation abhanden gekommen scheint. Im Gegenzug sucht bewußte Stadtentwicklung, der Öffentlichkeit als Zentrum urbaner Kultur – etwa in Gestalt von Höfen, Plätzen, Promenaden – eine neue, zeitbezogene Funktion zuzuweisen, während sich der finanziell potente einzelne in der Privatheit der Eigentumswohnung oder des Einfamilienhauses der von ihm empfundenen Kluft von gebauter Realität und gesellschaftlicher Funktion mehr oder weniger zu entziehen sucht.

Gerade das selbstgenutzte Wohneigentum und vor allem das Eigenheim erscheint in diesem Licht als reale Möglichkeit, sich den Zwängen der aus der Kapitaldominanz erwachsenden und im städtischen Raum konzentriert ihren Ausdruck findenden Verhaltens- und Verkehrsformen zumindest partiell auch räumlich durch den Rückzug in das Refugium des selbst bestimmten Wohnens zu entziehen. Das Einfamilienhaus mit Garten gilt nach wie vor als Inbegriff der Privatheit, auch wenn – wie im industriellen Einfamilienhausbau

3 Vgl. Wendelin Strubelt: Zukünftiges Wohnen – gesellschaftliche Dimension und soziale Funktion, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Informationen zur Raumentwicklung, Zukunft Wohnen, Heft 10-11/1995, S. 665.

4 Das hier dargestellte bezieht sich auf die im west- und mitteleuropäischen Raum ausgebildeten Wohnformen. Das ist deswegen hervorzuheben, weil zum einen unter anderen geographischen und sozialen Bedingungen sich historisch andere Entwicklungen auch in bezug auf das Wohnen vollzogen haben, zum anderen sich die politische Aktivität der deutschen Linken sich wesentlich auf diesen Raum bezieht.

5 Vgl. Günther Suchy: Modelle zur Erhöhung der Wohneigentumsquote, Frankfurt/M. u.a. 1999, S. 41.

6 Lothar Kühne: Haus und Landschaft. Zu einem Umriss der kommunistischen Kultur des gesellschaftlichen Raumes, in: Kühne, L., Aufsätze, Dresden 1985, S. 23.

7 Ebenda, S. 28.

8 Vgl. dazu auch die informativen jeweiligen Abschnitte zu »Wohnung« in Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Bd. 1-5, Berlin 1980 ff.; Wolfgang Rappert: Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum »Wirtschaftswunder«, München 1986, S. 117 ff.

9 Ernst Hubeli: Neue Öffentlichkeiten, neue Privatheiten, in: Werk, Bauen + Wohnen, Heft 11/1995, S. 20.

sinnfällig erlebbar – der Garten längst zu einem »Geviert verkümmert, das der freien Einzeltierhaltung ähnelt«⁹.

Es erstaunt schon, daß der in suburbanen Zonen um Städte oder in der Form von unorganischen Wucherungen über traditionelle Siedlungsstrukturen stattfindende Eigenheimbau kaum in den Blickpunkt einer kritischen Öffentlichkeit gerät. Zu sehr scheint sich die Erfüllung individueller und gesellschaftlicher Erwartungen darin zu manifestieren, ganz im Gegensatz zu anderen Wohnformen. Nachteile wie erhöhter Flächenverbrauch, zusätzliche Verkehrsströme, Versorgungsqualität und demographischer Wandel werden von Bauwilligen, Bewohnern, Planern und Entscheidungsträgern zugunsten der Bereitstellung von naturnahen Bauplätzen, die der Gemeinde neue, potente Steuerbürger versprechen, bereitwillig verdrängt. Die »Flucht aus der Stadt« erscheint, isoliert betrachtet, als werbewirksamer, die historische Entwicklung umkehrender Trend. Dabei ist sie doch nur eine komplementäre Erscheinungsform der städtischen Entwicklung in Ballungsräumen.

Grundlegend für ein zeitgemäßes Verständnis der Wohnproblematik in industriell hoch entwickelten europäischen Räumen scheint mir der Gedanke, daß auch und gerade das Wohnen »Ort der Selbstverwirklichung«, Demonstration »eigener Identität«¹⁰ in sehr vielfältigen Formen ist. Und von diesem Aspekt kann und sollte sich das politische Engagement ableiten. Es geht darum, die Grundversorgung aller Gesellschaftsmitglieder zu sichern, ohne andere, darüber hinausgehende Formen mit dem Verdikt des »Spießbürgertums« zu denunzieren. Unter dem Gesichtspunkt der individuellen Selbstverwirklichung geht es um die Beförderung von unterschiedlichen Wohnformen unter Beachtung ökonomischer, sozialer, ökologischer, kultureller und demographischer Faktoren. Deshalb muß jede politisch wirksame Kraft unter den gegebenen Umständen ein Handlungskonzept für die historisch entstandenen, unterschiedlichen Formen des Wohnens und des Eigentums und ihrer künftigen Entwicklung finden.

Wohnungspolitik im Widerstreit von sozialen Ansprüchen, ökologischer Orientierung und gebauter Realität

Wohnungspolitik und Raumgestaltung betreffen komplexe soziale Zusammenhänge. Die Ansprüche an deren Gestaltung sind so vielfältig, wie sich aus unterschiedlichen Lebensformen verschiedene Wohnbedürfnisse ableiten. Dabei sei auf den Unterschied zwischen Wohnungsbedarf und Wohnungsnachfrage hingewiesen.¹¹ Während der Wohnungsbedarf sich vor allem aus den gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen sowie den subjektiven Wohnungswünschen speist, ist die Wohnungsnachfrage durch demographische und sozialökonomische Faktoren bestimmt. Dieser Unterschied wird bei entsprechenden Befragungen, die zu erwartende Trends ermitteln sollen, zumeist ungenügend beachtet. Dagegen zeigen soziologische Untersuchungen, daß sich Haushaltsgrößen in den letzten Jahrzehnten ebenso änderten wie die Art und der Zeitraum des Zusammenlebens. Insofern kann es politisch nicht allein und vordergründig um die Stärkung der Institution »Familie« gehen. Junge und Alte – einzeln oder zusammenlebend –, auf unterschiedliche Weise Behinderte,

10 Günther Schöfl: Zukunft Wohnen – Reflexionen zur gestalterisch-räumlichen Dimension, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Informationen zur Raumentwicklung, Zukunft Wohnen, Heft 10-11/1995, S. 692.

11 Vgl. Günther Suchy: Modelle zur Erhöhung der Wohneigentumsquote, a. a. O., S. 23.

Obdachlose oder sozial Gestrandete, allein erziehende Frauen und Männer sind nicht minder in den Blick zu nehmen.

Wird der Wohnungsbedarf ausgehend von der politischen Bevorzugung der Familie in entsprechenden Befragungen ermittelt, so ist das Ergebnis, daß ca. 70 Prozent der Bevölkerung sich in dieser oder jener Form ein Einfamilienhaus wünschen.¹² Ein Wunsch, der zum Leitbild wird, das der damit verbundene Bausektor ebenso begrüßt und bestärkt wie die Finanzierungsbranche. Wird dagegen die Wohnungsnachfrage analysiert, so kommt man in bundesweit durchgeführten Untersuchungen zu der Feststellung, daß ein erhebliches Defizit an preiswertem Wohnraum besteht.

Bezogen auf die gesamte Bundesrepublik besteht das wohnungspolitische Grundproblem noch immer darin, bezahlbaren Wohnraum für die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen zu sichern, um auch diesem Bevölkerungskreis ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Auch wenn dies in den fünf neuen Bundesländern *derzeit* mit dem durch eine verfehlte Wirtschafts- und Wohnungspolitik und durch den demographischen Wandel verursachten Leerstand von mehr als einer Million Wohnungen nicht so akut in den Vordergrund tritt, so ist jedoch gerade das Problem des Mangels an bezahlbarem Wohnraum wegen der Bundespolitik einer forcierten Privatisierung im Auge zu behalten. Denn aufgrund dieser Politik sind kommunale und gemeinnützige Bestände rapide abgeschmolzen, so daß sich die Kluft zwischen dem Bedarf und der Verfügbarkeit von preiswertem Wohnraum in den letzten Jahren bundesweit vergrößert hat.¹³ Während öffentliche Wohnungsbestände Belegungsrecht zu sichern vermögen, ist der über die Eigentumsbildung geförderte Wohnungsmarkt für den Kapitaleigner grundsätzlich renditeorientiert. Der gegenwärtige Druck auf Kommunen und Genossenschaften in den neuen Bundesländern zur Privatisierung von Altbeständen – zumal über den Zwischenerwerb – setzt diesen fatalen Trend fort.

Ohne Zweifel hat die massive Ausweitung der Ansprüche an das Wohnen und das Bemühen um deren Verwirklichung zu außerordentlichen Eingriffen in die Umwelt geführt und die ökologische Instabilität vergrößert beziehungsweise mitverursacht. Ebenso scheint unbezweifelbar, daß diese Art der Anspruchsbefriedigung so nicht unbeschränkt weitergeführt oder gar noch ausgeweitet werden kann.¹⁴ Politisch kann es jedoch nicht um die abstrakte Forderung nach mehr Selbstbeschränkung gehen. Statt dessen ist politische Gestaltung einzufordern, die auf sozialen, ökonomischen und ökologischen Konzepten basiert. Es geht darum, mögliche Steuerungsinstrumente gesetzgeberischer sowie förderungspolitischer Art zur Geltung zu bringen, um etwa ressourcenschonendes und gleichzeitig preiswertes Bauen durchzusetzen. Natürlich ist die Durchsetzung neuer Standards wesentlich von der Mitwirkungsbereitschaft der breiten Bevölkerungsmehrheit abhängig. Nur ist das nicht allein eine Frage des Wissens um die damit verbundenen Probleme. Die Frage ist: Welche Handlungsalternativen hat der einzelne und wie wird was politisch und letztlich auch finanziell gefördert oder beschränkt, um bestimmten Entwicklungsrichtungen Raum zu geben?

12 Vgl. Wohnen – Wunsch und Wirklichkeit, in: Informationen aus der Forschung des BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung), Heft 4 (September) 1999.

13 Vgl. Wibke Schindel: Hessische Initiativen im Wohnungsbau aus frauenpolitischer Sicht, in: Materialien zur Wohnungslosenhilfe, Heft 25; Margeret Beinling et al. (Hrsg.): Frauen und Kinder zuletzt? Frauen in Wohnungsnot, Bielefeld 1994, S. 54; Frank Jetter: Wohnungsnot als Schlüsselproblem der Sicherung des sozialen Friedens, in: WSI Mitteilungen. Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Heft 1/1995, S. 12 ff.

14 Vgl. Wendelin Strubelt: Zukünftiges Wohnen..., a. a. O., S. 673.

Zudem scheint mir, daß die Möglichkeiten und Formen demokratischer Einflußnahme auf die Raum- und Stadtentwicklung weiterentwickelt werden müssen. Die vom Gesetzgeber vorgesehene – im Kern lapidare, weil formale – Bekanntmachung von (Bau)Vorhaben in Amtsblättern mit dem Verweis auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die ausliegenden Unterlagen und der Äußerung von Bedenken bietet zumeist nur eine erste Information. Mitwirkungswille bedarf aber der inhaltlichen Informiertheit, des Wissens um die Sache. Gerade das Für und Wider von anstehenden Entscheidungen öffentlich zu machen und dadurch das Engagement und die Ideen herauszufordern, sollte auch und besonders Anspruch linker Politik sein.

Dabei bieten wissenschaftliche Studien zur ökologischen Neuorientierung mit ihren Auswirkungen auf das Siedlungsgefüge Ansatzpunkte, um bei anstehenden Entscheidungen die Kluft zwischen gebauter Realität, gesellschaftlichen Zielen und ökologischen Erfordernissen nicht weiter anwachsen zu lassen.

Die PDS wie auch andere politische Kräfte stehen vor der Aufgabe, eine zeitgemäße wohnungspolitische Konzeption zu entwickeln, die soziale, ökonomische und ökologische Innovationen mit der Förderung unterschiedlicher Lebens- und daraus resultierender Wohnformen und Wohnungsstandards verbindet. Ausgehend von der Vielfalt gegebener und sich ändernder Nutzungsformen, kann eine solche Konzeption gleichsam qualitative Orientierungen für Wohnungsneubau und Modernisierung bieten.

Wohneigentum und Mietwohnen

In der kapitalismuskritischen Diskussion um den gesellschaftspolitischen Sinn von Wohneigentum berufen sich Linke gern auf die Aussage Engels¹⁵, wonach Hauseigentum zur Verbürgerlichung der Arbeiterklasse und damit zur Befriedung ihrer revolutionären Bestrebungen führe.¹⁵ Es ist jedoch fraglich, ob die in einem historischen Kontext getroffenen Aussagen von Engels unter inzwischen entscheidend gewandelten gesellschaftlichen Umständen noch eine Orientierung zu geben vermögen, zumal dann auch auf Seiten der Linken dann eingestanden werden müßte, das hier mancher Wasser predigt, während er selbst Wein trinkt. Es war zu DDR-Zeiten ebenso wenig wie heute Ausdruck der politischen Gesinnung, ein Einfamilienhaus zu erwerben. Das war und ist vor allem eine Frage der finanziellen und praktisch-rechtlichen Möglichkeiten. Schließlich war auch in der DDR der Unterhalt von Wohneigentum – weil nicht subventioniert – deutlich teurer als das Wohnen zur Miete. Trotzdem waren nicht nur Handwerker und Selbständige bestrebt, sich mit einem Eigenheim zu versorgen, sondern ebenso Arbeiter, Funktionäre oder Kulturschaffende.

Doch zurück zu Engels. Dessen Polemik richtete sich gegen die »bürgerliche und kleinbürgerliche Utopie, die jedem Arbeiter ein eigentümlich besessenes Häuschen geben und ihn damit an seinen Kapitalisten in halbfeudaler Weise fesseln will...«¹⁶ Wenn Engels also die proudhonistisch inspirierten Ideen zur Lösung der Wohnungsfrage kritisierte, dann vor allem deshalb, weil damit die historische Entwicklungstendenz der Herausbildung der Arbeiterklasse, deren

15 Vgl. Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, in: Marx/Engels Werke (MEW), Bd. 18, S. 239 und 254.

16 Ebenda, S. 655.

Trennung vom verbliebenen ländlichen Besitz, aufgehoben, in einer vorkapitalistische Verhältnisse idealisierenden Perspektive wieder eingeholt werden sollte.

Befassen wir uns heute in Mitteleuropa mit dem Für und Wider der Wohneigentumsbildung, so tun wir das vor dem Hintergrund einer gänzlich anderen gesellschaftlichen Entwicklung. Es geht hier nicht mehr um den notwendigen sozialen Übergang von Kleinbauern und Handwerkern zu Arbeitern in der Phase der Ausbildung des Kapitalismus; wir sind dagegen Zeitgenossen einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, in der vielfältige, hoch differenzierte Beziehungen von Arbeitern gegenüber dem die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmenden Kapital zu konstatieren sind. Die von Marx und Engels als Entwicklungsperspektive und Grundlage des gemeinsamen revolutionären Strebens gesehene Lagehomogenität der Arbeiterklasse ist in der vorgezeichneten Art im mittel- und westeuropäischen Raum nicht eingetreten und wird sich auch nicht herausbilden. Vor allem im Ergebnis der sozialpolitischen Auseinandersetzungen des vergangenen Jahrhunderts ist auf der Grundlage einer außerordentlichen Produktivitätsentwicklung eine entwickelte und hoch differenzierte Einkommensstruktur bei Arbeitern und Angestellten, Selbständigen, künstlerisch Tätigen usw. entstanden. Sie bildet die Basis für die Ansprüche, eigene Individualität in höchst verschiedener Weise zu leben. Und diese Ansprüche richten sich insbesondere auch und besonders auf das Wohnen als Voraussetzung und Bedingung für deren Entfaltung.

Für Engels erschien das individuelle Wohneigentum in mehrfacher Hinsicht als ›Fessel‹. Doch was vor mehr als hundert Jahren richtig analysiert wurde, ist inzwischen von den Fakten der gesellschaftlichen und technischen Entwicklung überholt worden und damit auch in seinen Verallgemeinerungen nicht mehr aufrecht zu erhalten. Das betrifft die räumliche Beweglichkeit ebenso wie die von Engels erwähnte »halbfeudale Fesselung« an den Kapitalisten. Die von Engels unter Verweis auf ein Beispiel in Amerika¹⁷ beschriebene Bindung des Arbeiters an den Fabrikbesitzer ist in der Gegenwart in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern Europas praktisch irrelevant, weil zum einen Wohnalternativen prinzipiell zur Verfügung stehen. Zum anderen vollziehen sich diese Prozesse in Europa heute in weit entwickelteren Rechtsverhältnissen, auch und besonders für Mieter.

Ähnliches gilt für den von Engels als ein Hauptargument angeführten Sachverhalt, daß über das Wohneigentum die Lohnkosten weiter gedrückt werden. Was für den Fall des noch im eigenen Haus auf dem Lande lebenden Arbeiters im 19. Jahrhundert im Kontext der Überwindung spätfeudaler Verhältnisse gültig war, stellt sich aktuell wesentlich anders dar. Wohneigentum ist nicht minder finanziell belastend als die Mietwohnung. Beide sind damit zunächst Momente des kapitalistischen Reproduktionsprozesses in dieser oder jener Weise mit ihren spezifischen Abhängigkeiten gegenüber Vermietern oder Banken. Der Erwerb und der Unterhalt von Wohneigentum sind ebenso Elemente der Lebenshaltungskosten wie die Miete.

Es geht in der gegenwärtigen Diskussion zum Wohneigentum in Mitteleuropa eben nicht mehr um das Abweisen einer rückwärtsge-

17 Vgl. ebenda, S. 226.

wandten politischen Perspektive im Sinne von ›Zurück zur eigenen Scholle‹. Statt dessen erscheint mir eine andere aktuelle Tendenz in Analogie zu den Engelsschen Betrachtungen für linke Politik wichtig. Mit der weiteren Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik, ihrer kostengünstigen Verfügbarkeit und vereinfachten Handhabung sowie den damit sich erweiternden Möglichkeiten, Räume ohne Zeitverlust zu überbrücken, nimmt der Anteil von Tele(heim)arbeitsplätzen zu. Es erscheint als ein Kostenvorteil für die Unternehmen, wenn diese einen Teil ihrer Arbeitsplätze nicht in speziellen Büros institutionalisiert vorhalten müssen. Statt dessen wird die Privatwohnung in Teilen zum Arbeitsplatz. Es erfolgt eine partielle »Privatisierung des Arbeitsplatzes« unter Aufhebung der traditionellen Trennung von Beruf und Privatsphäre.¹⁸ Damit verbundene Kosten werden überwiegend durch Mieter beziehungsweise selbstnutzende Eigentümer getragen und partiell in Gestalt von Steuerersparnis auf die Gesellschaft umgelegt. Dagegen wirkt sich der aus der Einsparung von Büros und Strukturkosten resultierende Kostenvorteil natürlich wesentlich zugunsten des Unternehmens aus.

Das hat ohne Zweifel Folgen für die Ansprüche an die Gestaltung des benötigten Wohn- beziehungsweise Arbeitsraumes, und nicht minder ändern sich Lageerfordernisse. War es in der Vergangenheit sinnvoll, möglichst nahe der Arbeit zu wohnen, ist sowohl durch das Nutzen des öffentlichen Nahverkehrs, mehr noch aber durch die Entwicklung des individuellen Verkehrs und vor allem durch die sich revolutionierende Telekommunikation ein Wohnen weitab vom eigentlichen Sitz des Unternehmens für eine Reihe von Tätigkeiten unproblematisch.

Gegen die bezeichnete, rückwärtsgewandte Perspektive hing für Engels die Lösung der Wohnungsfrage vor allem von der Aufhebung des Land-Stadt-Gegensatzes ab.¹⁹ Dieser Gegensatz bezieht sich auf den Unterschied in der Produktionsweise, des Einkommens und der sozialen und Lebensverhältnisse zwischen städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Räumen. Heute muß man jedoch – trotz bestehender Differenzierungen – feststellen, daß der entwickelte Kapitalismus in Europa soziale Unterschiede in vielerlei Hinsicht aufgehoben hat. Industrielle Produktionsformen existieren ebenso in ländlichen Gebieten wie in der Landwirtschaft selbst und sind Teil der Gesamtindustrie; die Einkommensunterschiede haben heute längst nicht mehr die Dimension wie vor 50 oder 100 Jahren; die Lebensweise ist dadurch vielfach dem kleinstädtischen Leben angeglichen beziehungsweise die städtische Lebensform wird trotz ›Leben auf dem Lande‹ durch die scheinbar geringe individuelle Kosten verursachende Mobilität jederzeit einholbar. Aus der Sicht der Ballungsräume erscheint gegenwärtig vielmehr der Gegensatz bemerkenswerterweise in anderer Hinsicht entwickelt. Die Naturbelastung oder gar deren Zerstörung hat in den ländlichen Regionen noch nicht den Grad erreicht wie in den städtischen Ballungszentren. Deshalb ist die Bewahrung intakter naturnaher Räume ein wichtiges Ziel moderner Politik. Wenn sich in der Vergangenheit ländliches Leben zunehmend städtischen Vorbildern anglich – was auch erklärtes Ziel sozialistischer Politik war –, so vollzieht sich auch über das Hinaus-

18 Vgl. Gunnar Folke Schuppert: Zutrittsrechte zu Telearbeitsplätzen. Ein Beitrag zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Telearbeit. Rechtsgutachten, erstattet im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Baden-Baden 1997, S. 19 ff., 25, 38; Hans-Jürgen Weißbach, Nicole Lampe, Gaby Späker: Telearbeit. Veränderte ökonomische Rahmenbedingungen, alte und neue Bedürfnisse von ArbeitnehmerInnen, Marburg 1997, S. 36 ff.

19 Vgl. Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, a. a. O., S. 243.

drängen des Wohnens aus dem städtischen in den ländlichen Raum quasi eine Umkehrung, die der besonderen Wertigkeit der ›Naturnähe‹ Rechnung trägt. Die ›Nähe zur Natur‹ ist eines der wirksamsten Verkaufsargumente für Einfamilienhaus- und Wohnungsprojekte. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land werden dadurch neu gestaltet.

Die Frage ist auch hier, inwieweit dieser Prozeß wesentlich von Kapitalinteressen dominiert wird oder ob im Zuge politischer Einflußnahme auch soziale und ökologische Gesichtspunkte systematisch verfolgt werden. Eine daraus resultierende politische Aufgabenstellung ist aber auch die, den städtischen Raum in seiner Attraktivität zu erhalten oder zu revitalisieren. Urbanität darf nicht nur als Verkehrsbelastung, übermäßige Verdichtung oder Naturzerstörung erlebbar sein, sondern muß neue, zeitbezogene Funktionen übernehmen – als Stätte der Erholung, der Kommunikation und demokratischer Diskurse, der kulturellen und interkulturellen Begegnung, als Metapher der Macht oder der Gegenmacht, als Stätte der Erinnerung und Symbol gegenwärtiger Entwicklungen.

Schließlich ist die Stadt vor allem konzentrierter Raum für vielfältige und differenzierte Kommunikationsbeziehungen. Darüber vermittelt sich ihre wirtschaftliche und sozialkulturelle Funktion. Der Charakter einer Stadt ist nicht durch mehr oder minder große Siedlungen auf der ›grünen Wiese‹ einholbar. Er bietet in seiner Verdichtung, in der Ausbildung historisch trächtiger und funktional bedeutsamer Orte wie Plätzen, Parks, Museen und kulturellen Einrichtungen, Handelsplätzen (Messen) etc. eine spezifische Infrastruktur, die Synergieeffekte schafft.²⁰ Eine Reihe von Tätigkeiten hat diesen Charakter der Stadt zur unmittelbaren Voraussetzung. In dieser Konzentration von unterschiedlichen Funktionen, von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten ist die Stadt ein unersetzbarer Raum für Arbeit und Handel, für spezifische kulturelle Aktivitäten und damit immer auch Stätte für individuelle wie gemeinschaftliche Emanzipationsbestrebungen.

20 Aus historischer Sicht vgl. Helmut Bräuer, Elke Schlenkrich (Hrsg.): Die Stadt als Kommunikationsraum. Karl Czok zum 75. Geburtstag, Leipzig 2001.

Wohneigentumsbildung und individuelle Selbstbestimmung

Die Realisierung des Strebens nach dem eigenen Haus allein als ›Flucht ins Umland‹ – mit der Folge der ›Zersiedelung‹ naturnaher Räume – zu begreifen, erfaßt nur eine Dimension des Prozesses. Darüber hinaus scheint mir beachtenswert, daß gerade über die Bildung von Wohneigentum die Beziehung zwischen Stadt und Land neu gestaltet wird.

Eigentumsbildung durch *Eigennutzer* unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen der Bundesrepublik beziehungsweise in Mitteleuropa ist nicht vorrangig eine Form der Beseitigung von Wohnungsnot – wie von Sax vorgeschlagen und von Engels kritisiert –, sondern Mittel der Selbstbestimmung. Sie bietet tendenziell erweiterte Möglichkeiten für die Individualitätentfaltung. Aus politischer Sicht ist sie ein Instrument der Familienförderung und natürlich auch Mittel der sozialen Sicherung.

Damit sind wir aber bei einem wesentlichen Inhalt sozialistischer Ideale. Die Aufhebung der Ausbeutung ist nicht ein Wert an sich, sondern sie ist nach Auffassung von Marx und Engels Mittel, um die freie, selbstbestimmte Entfaltung der Individualität *aller* Gesellschaftsmitglieder zu ermöglichen.

Der hochentwickelte Kapitalismus der Gegenwart setzt an dieser Problematik in seinen Verwertungsbemühungen von Grund und Boden sowie von Bauleistungen an. Aber, was vom Kapital als rentierliche Kapitalanlage konzipiert und im Verkauf auch realisiert wird, ist in dem Maße, wie es der Eigennutzung dient, aus dem Reproduktionsprozeß des Kapitals herausgenommen. Möglicherweise kann man mit Marx bezüglich der Eigennutzung von Wohneigentum die These formulieren, daß darin der Kapitalismus »in der Grundlage aufgehoben durch die Voraussetzung, daß der Genuß als treibendes Motiv wirkt, nicht die Bereicherung selbst«²¹. Obgleich der Prozeß der Eigentumsbildung vom Bauträgergeschäft mit dem ihm inhärenten Profitzweck angetrieben wird, löst er dort, wo es den Eigennutzer betrifft, die Eigentumskonzentration von Grund und Boden beziehungsweise von Wohneigentum in der Tendenz auf. Vertieft zu diskutieren wäre daher die Frage, ob sich hier nicht ein gesellschaftstheoretisch und damit politisch beachtenswerter, in die Breite gehender Prozeß der Vergesellschaftung von Grund und Boden beziehungsweise Wohnraum vollzieht.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch noch einmal ausdrücklich feststellen, daß mit der Betonung der eben genannten Gesichtspunkte keine pauschale Aufwertung des Wohnens unter den Bedingungen der Eigentumsbildung gegenüber dem Wohnen im Mietverhältnis vorgenommen wird. Es geht in politischer Hinsicht vielmehr darum, der Verwirklichung unterschiedlicher Lebensvorstellungen Raum zu geben, diesen Prozeß gestaltend zu beeinflussen, um wesentlichen gesellschaftlichen Interessen – etwa der Raumentwicklung, des Naturschutzes oder der wirtschaftlichen Nutzung – zur Geltung zu verhelfen gegenüber den zufälligen Entwicklungen im Rahmen privatkapitalistischer Verwertung. Hier geht es aber auch um einen Interessenausgleich zwischen Allgemeinheit, unmittelbaren Nutzern und privaten Eigentümern.

Es ist damit auch noch nichts über das Für und Wider unterschiedlicher Formen der Eigentumsbildung (Genossenschaft, Teileigentum/Eigentumswohnung, Eigenheim) gesagt.²²

Um noch einmal auf Engels zurückzukommen – den von ihm als Vergesellschaftung bezeichneten Vorgang, daß die Menschen »Gesamteigentümer der Häuser, Fabriken und Arbeitsinstrumente« werden und »deren Nießbrauch, wenigstens während einer Übergangszeit, schwerlich ohne Entschädigung der Kosten an einzelne oder Gesellschaften überlassen«²³, ist vor dem Hintergrund der Erfahrungen auch und besonders hinsichtlich des Umgangs mit dem volkseigenen Wohnungsbestand in der DDR (ebenso wie in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern) dessen offensichtlicher Substanzverlust und dadurch bedingter Verfall der Städte und Gemeinden kritisch zu befragen. Weder die Mietpolitik in der DDR noch die praktizierte Art der Bewirtschaftung oder das staatliche Wohnungsbauprogramm brachten zukunftsfähige Lösungen hervor. So werden trotz hoher finanzieller Belastungen für das Wohnen die gegenwärtig durch Sanierung und Neubau realisierten Verbesserungen der Wohnqualität im Osten Deutschlands mehrheitlich positiv und keineswegs als Rückschritt hinter DDR-Verhältnisse empfunden. Bemerkenswert sind zudem die Erfahrungen sowohl von Genossen-

21 Karl Marx: Das Kapital. Zweiter Band, in: MEW, Bd. 24, S. 123.

22 Nicht minder von Interesse scheint mir in diesem Zusammenhang die kritische Analyse von Erfahrungen in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern, etwa in Ungarn oder in der Sowjetunion, wo es die Möglichkeit gab, Eigentumswohnungen zu erwerben.

23 Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, a. a. O., S. 282 f.

schaften als auch von Wohneigentumsanlagen und Siedlerverbänden von Eigentümern als Beispiele für eine gleichsam basisdemokratische Interessenvertretung. In einem engen Beziehungsgeflecht vermitteln sich hier gesamtgesellschaftliche, gemeinschaftliche und individuelle Interessen in einem gegenseitigen, aktiven Prozeß. Hier geht es auch nicht um die Vermehrung von Kapital, sondern um die nachhaltige Entwicklung von Lebensqualität. Sowohl Wohnungsgenossenschaften als auch Wohneigentumsgemeinschaften verdeutlichen, daß nicht das unmittelbare Eigentum an Grund und Boden ausschlaggebend ist, sondern vielmehr die historisch ausgebildete Sozial- und Rechtsordnung. In der Wohneigentumsgemeinschaft erwirbt der Eigentümer Sondereigentum und Anteile am Gemeineigentum. Das besondere Eigentum an Grund und Boden ist ideeller Natur. Individuelle Nutzung und Kooperation in bezug auf die Gesamtanlage der Wohneigentumsgemeinschaft und das Gemeinschaftseigentum ergänzen sich notwendig. Für außerordentlich bemerkenswert halte ich dabei, daß Selbstnutzer über ihr Eigentum in der Beziehung zu anderen Eigentümern beziehungsweise Selbstnutzern ohne Vermittlung hierarchischer Instanzen bestimmen müssen, also in einer unmittelbar selbstverantwortlichen, demokratischen Weise. Daß es dabei zu widersprüchlichen Interessenlagen kommt, ist selbstverständlich und in der Praxis keineswegs einfach zu bewältigen; nur dies allein rechtfertigt es nicht, derartige Wohnformen negativ zu stigmatisieren.

Ausgehend von den Erfahrungen des Sozialismus sowjetischen Typs, aber auch unter dem Eindruck sich vollziehender Wandlungsprozesse ist eine kritische Diskussion erforderlich, die die Ziele linker Wohnungspolitik bestimmt. Darin eingeschlossen sind die Fragen der Wohneigentumsbildung in ihrem sozialen und ökonomischen, ökologischen und familienpolitischen Kontext, aber mit Blick auf mögliche künftige Entwicklungen – über den bestehenden Kapitalismus hinaus – zu thematisieren und darauf aufbauend politisch zu gestalten. Denn städtische »Lebensformen, verdichtete Wohnbereiche und daraus resultierende Konzentration von Versorgungsaufgaben und selbstverwaltende Verantwortung werden die Aufgaben der Zukunft sein müssen...«²⁴ Deren Lösung darf nicht bürokratisierten Spezialisten überlassen bleiben. Vordringliches Ziel linker Politik in bezug auf das Wohnen scheint mir, die Möglichkeiten für die Mitwirkung in der demokratischen Willensbildung bei anstehenden Entscheidungsprozessen zu sichern und auszuweiten.

Dabei kann es unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen und auch aus den Erfahrungen der ehemaligen sozialistischen Länder und einer neu zu überdenkenden sozialistischen Perspektive nicht darum gehen, irgendeine bestimmte Wohnform einem Bevölkerungskreis aufzuzwingen. Städtebauliche Entwicklungskonzepte werden immer Angebote für parallele Entwicklungen zu geben haben. Deren Prioritäten werden in gesellschaftlichen Abwägungsprozessen festzulegen sein, um ganzheitliche Ansätze als rechtlichen Rahmen des Agierens der unterschiedlichen beteiligten Subjekte sichern zu können. Ebenso ist die Problematik des Eigentums an Grund und Boden – die hier ausgespart blieb – weiter zu durch-

24 Irene Wiesen von Ofen: *Funktioniert die Stadt?* In: *Der Architekt*, Heft 2/1996, S. 78.

25 Wenn gegenwärtig vor dem Hintergrund eines einschneidenden demographischen Wandels die politische Lösung der Leistungsprobleme des in Deutschland bisher staatlich garantierten Sozialversicherungssystems durch individuelle Vorsorge, unter anderem über den Erwerb von Wohneigentum, gesucht wird, so muß sozialistische Politik die darin aufscheinende Perspektive des Gewinns an sozialer Sicherheit aufnehmen und unter den Voraussetzungen eines möglichen Gesellschaftswandels verstärken, nicht aber durch das Festhalten an Konzepten der offenen oder verdeckten Aufhebung privaten Eigentums an Wohnraum, die durch die Geschichte inzwischen überholt wurden, zunichte machen.

denken. Insofern gilt es, über die unmittelbar auf der Tagesordnung stehenden Aufgaben hinaus strategische Sichten zu entwickeln.²⁵

Wenn es inzwischen als ein unverzichtbares Postulat linker sozialistischer Politik gilt, die Pluralität der Eigentumsformen zu akzeptieren, so sind nicht minder unterschiedliche Wohneigentumsformen als Realität hinzunehmen und deren Entwicklungsmöglichkeiten kritisch zu bedenken. Ein Aspekt linker Sozialpolitik wird deshalb auch eine konsequent antispekulativ ausgerichtete Förderung des Wohneigentums von Eigennutzern sein (müssen).

Ein linkes sozialpolitische Konzept, das an einer zugleich realistischen und pluralistischen Positionierung zum Eigentum und insbesondere zum privaten Wohneigentum nicht vorbeikommt, kann seine Grundlegungen sicherlich nur noch sehr beschränkt aus Erkenntnissen gewinnen, die mehr als einhundert Jahre zurückliegen. Dazu bedarf es vielmehr neuer eigener Anstrengungen.

WOLF GÖHRING

Was kommt nach E-Commerce? – Eine Perspektive für die Informationsgesellschaft

Steht das Kapital zur Disposition?

Selbstbedienungsläden und Versandkataloge, seit den sechziger Jahren üblich, beendeten nicht die Entwicklung des Handels. Heute wird e-commerce, elektronischer Handel, hochgepriesen. Doch, welche Entwicklung wird e-commerce nehmen? Und vor allem: Was kommt danach?

Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft. »Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine »ungeheure Warensammlung«, die einzelne Ware als seine Elementarform« (MEW, Bd. 23: 49). Führt über den elektronischen Handel mit dieser »ungeheuren Warensammlung« nichts mehr hinaus? Oder zeigt sich in der kapitalistischen Produktion mitsamt dem elektronischen Handel bereits etwas ganz Neues?

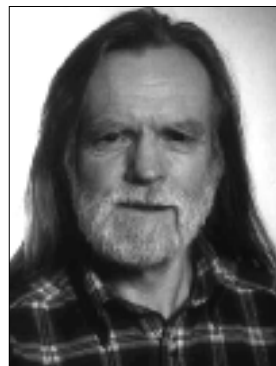
Nachfolgend wird eine politisch-ökonomische Entwicklungslinie von Produktion und Handel aufgezeigt, die mit dem heute sichtbar werdenden technischen Potential verbunden und – gestützt auf die Marxsche Analyse der Ware – in die Zukunft fortgesetzt wird.

Unser Ergebnis: Die digitale Vernetzung der kapitalistischen Produktion scheint deren Aufhebung in sich zu tragen, indem Produkte künftig nicht mehr als Waren hergestellt und als Tauschwerte gehandelt werden müssen. Mit der digitalen Vernetzung versucht die kapitalistische Gesellschaft, sich im Griff zu halten, doch sie scheint sich selbst zu entgleiten!

Ein Blick auf Vergangenes

Menschen benötigen Nahrung, Bekleidung, Wohnung – und Gerätschaften, um sich die ersteren zu verschaffen. Eine mittelalterliche bäuerliche Familie stellte Nahrungsmittel und Bekleidung, die sie benötigte, selbst her. Bei einigen Arbeiten war die dörfliche Gemeinschaft gefragt, manches wurde auch von dörflichen Handwerkern hergestellt. Weniges mußte das Dorf »importieren«; Roheisen, Kupfer, irdene Töpfe, Salz zum Beispiel. Zwischen Kindern, Alten, Frauen und Männern bestand eine grobe Arbeitsteilung, die auf natürlichen und offensichtlichen Gegebenheiten fußte. Die Arbeit des einzelnen war ein Beitrag zum gemeinsamen, genossenschaftlichen Überleben eines Dutzend oder einiger Dutzend Menschen.

Hinzu kam die nicht alltägliche Teilung der Arbeit, wenn dörfliche Spezialisten gefragt waren. Hier wurden Produkte getauscht, die die Produzenten nicht für den eigenen, sondern für einen fremden Ge-



Wolf Göhring – Jg. 1939; Diplommathematiker, schrieb 1960 sein erstes Programm und war in den sechziger Jahren bereits mit künstlicher Intelligenz, Dialog an Bildschirmen und Vernetzung befaßt, als Betriebsrat und Gewerkschafter hat er in einem Forschungszentrum die weitere Entwicklung der Informationstechnik, auch die westdeutsche Förderpolitik verfolgt.
Mehr unter:
<http://ais.gmd.de/~goehring>.
Foto: privat

Die Dialektik ist »dem Bürgertum und seinen doktrinen Wortführern ein Ärgernis und ein Greuel, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis ... seines notwendigen Untergangs einschließt...« (MEW, Bd. 23: 28)

»ware in der bedeutung ›handelsgut‹ ist eine gewisse menge einer beweglichen sache, mit der handel getrieben wird. sie heiszt so besonders bei kauf und verkauf, dann aber auch schon vorher während ihrer gewinnung oder herstellung, während der beförderung und während der aufbewahrung, besonders beim verkäufer.«

Jacob und Wilhelm Grimm: Deutsches Wörterbuch, Leipzig 1922 (Fotomech. Nachdr., Deutscher Taschenbuchverlag, München 1984) Ähnlich auch in The Oxford English Dictionary: ware »used in the concrete sense ›object of care««.

Zu diesem und dem folgenden Abschnitt vgl. MEW, Bd. 23: 49-118 und MEW, Bd. 42, S. 89-95.

»Labour alone, therefore, never varying in its own value, is alone the ultimate and real standard by which the value of all commodities can at all times and places be estimated and compared.« (SMITH 1991: 39)

brauch verfertigt hatten. Das Produkt begann, eine Ware zu werden. Der Produzent erwartete eine Gegenleistung, die ihn für die Mühe entschädigte, die er auf die Herstellung des Produkts verwandt hatte. Im Dorf wurden Gegenleistungen unter aller Augen festgesetzt, ihren Aufwand kannte jeder. Werden Produkte des Dorfes mit solchen von außerhalb eingetauscht, so wird noch deutlicher, wie sie zu Waren werden, zu Dingen, die man vor unbefugtem Gebrauch ver›wahr‹te, was auf den ursprünglichen Sinn von ›Ware‹ zu verweisen scheint.

Die Stadt, die adelige Burg, die Klöster und Tributpflichten gehörten auch in dieses mittelalterliche System, wo das meiste für den eigenen Verbrauch oder für den Verbrauch durch Herren und ihr Gefolge geschaffen wurde. Den Herrschaften hatte man Dinge aufgrund *persönlicher Abhängigkeit*, die häufig von Geburt an bestand, zu liefern, meist ohne direkte Gegenleistung. Nur Produkte, die in diesem Gefüge überschüssig waren, konnten überhaupt zu Waren werden, indem sie in den Handel kamen, durch die Hände von Kaufleuten gingen und getauscht wurden.

Waren, Tauschwert, Preis

Die Kaufleute schaffen das Produkt vom Ort seiner Entstehung an den seines Verbrauchs. Sie vermitteln zwischen Hersteller und Verbraucher, wo der eine etwas hat, das er nicht gebrauchen kann, das ein anderer gebrauchen könnte, aber zunächst nicht hat. Gebrauchsgegenstände werden Waren, weil sie Produkte voneinander *unabhängig betriebener Arbeiten* – Privatarbeiten – sind. Die hierbei aufgehäuften Produkte müssen die Hände wechseln. Aber man gibt sie nur weiter für etwas *Gleichwertiges*. Persönliche und Abhängigkeit durch Geburt, Treue- und Fürsorgepflicht bestimmen nicht länger, wem welche und wieviele Produkte zugute kommen, sondern das sachliche Kriterium einer gleichwertigen Gegenleistung für das ›hergestellte‹ Ding, für das zur Ware gemachte Produkt. Jedoch: wieviel Sack Weizen für einen Kupferkessel? Wieviele Denare, Schillinge, Euro für einen Sack Weizen und wieviele für den Kupferkessel? Oder für Kaffee, Schuhe, Kerzenständer oder Gabelstapler? Was tut man, was gibt man dafür, was ist es einem ›wert‹, Kaffee trinken zu können? Für welches Angebot gibt der Produzent seinen Kaffee ›preis‹?

»Da der Handel überhaupt nichts ist als der Austausch einer Arbeit gegen andere Arbeit, wird der Wert aller Dinge am richtigsten geschätzt in Arbeit« (Franklin 1836: 267). »At all times and places that is dear which is difficult to come at, or which costs much labour to acquire; and that cheap which is to be had easily, or with very little labour« (Smith 1991: 39). Das hat sich auch bei moderner Betriebswirtschaft und Kostenrechnung nicht verändert. Mit Blick auf den Tausch tragen nur die hineingesteckten Arbeitsstunden, gleichgültig von welcher Art und Person, zum Wert des Produkts bei. Mit 17 Arbeitsstunden wird ein Auto montiert; das ist zusammen mit dem Verbrauch anderer Werte ein Eckpunkt seines Werts, den es schnell verliert, wenn es andere Leute in 16 Stunden montieren oder wenn zuviele Autos gebaut werden. Beim Wert geht es um das Wieviel der Arbeit, ihre Zeitdauer, beim Gebrauchswert um ihr Wie, Was und

Wozu. Das Verhältnis, in dem die Werte zweier Produkte stehen, hat mit beider physischer Natur, den daraus entspringenden dinglichen und persönlichen Beziehungen der Produktion sowie mit ihrem tatsächlichen Gebrauch nichts zu tun.

Die *unabhängig voneinander betriebenen, aber als naturwüchsige Glieder der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit allseitig voneinander abhängigen Privatarbeiten* werden fortwährend auf ihr gesellschaftlich notwendiges Maß gestutzt, weil in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen der Produkte die zu deren Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit von den Austauschenden, ohne daß sie es wissen, gewaltsam wie ein Naturgesetz durchgesetzt wird. »Nur vermittelt der Entwertung oder Überwertung der Produkte werden die einzelnen Warenproduzenten mit der Nase darauf gestoßen, was und wieviel davon die Gesellschaft braucht oder nicht braucht«, schrieb Friedrich Engels im Vorwort zu Marx' *Elend der Philosophie* (MEW, Bd. 4: 566). Der Preis einer Ware kann und wird deshalb von ihrem Wert abweichen, wodurch die Preisform zur angemessenen Form einer Produktionsweise wird, »worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann« (MEW, Bd. 23: 117).

Das ist das heiß diskutierte »Wertgesetz« bei Karl Marx (MEW, Bd. 23: 89, 85).

Entfremdung und Zusammenhang

Eine Sache – das Geld in der Tasche – gibt die Macht, sich ein Produkt anzueignen und sich einen Dienst erweisen zu lassen. Diese Versachlichung ist gepaart mit einer *Entfremdung*: Die Produkte werden für einen fremden, unbekanntem Gebrauch gefertigt. Das Produkt wird den Produzenten entzogen, es bleibt nicht ihr Eigentum, es wird ihnen fremd, es wird abtransportiert. Die Produktion wird dem Erwerber des Produkts fremd und gleichgültig, er tauscht das Produkt eines Fremden ein, auf das er mehr oder weniger zufällig stößt. Man hat mit jenem Landarbeiter nichts zu schaffen, dessen Arbeit man sich zu Hause als Tasse Kaffee einverleibt, was trotzdem nicht ohne eigenes Zutun geht. Dieses Zutun – das bezahlte Geld – kommt umgekehrt abstrakt, unpersönlich, fremdartig, nüchternsächlich jenen Stellen zugute, wo das Produkt »Kaffee« geerntet, transportiert, geröstet und vakuumverpackt wird. Ob es dort diejenigen Menschen sind, die *zuvor* die Lieferung des Kaffees besorgten, ist bedeutungslos.

Trotz Unabhängigkeit und Isoliertheit der Arbeiten, trotz Entfremdung und Versachlichung in den Beziehungen bleibt *die Produktion jedes einzelnen abhängig von der Produktion aller andern*, steht sie im *Zusammenhang* mit deren Tätigkeit: Das eigne Produkt, die eigne Tätigkeit werden nur nützlich, wenn ausgetauscht, wenn fremder, nicht der eigne Bedarf befriedigt wird. Umgekehrt wird der eigne Bedarf durch ein fremdes Produkt befriedigt, das nur im Tausch gegen eignes gewonnen werden kann. Dieser gesellschaftliche Charakter der Tätigkeit, diese gesellschaftliche Form des Produkts und dieser Anteil des Individuums an der gesellschaftlichen Produktion – auch des produzierten Abfalls, denn das Produkt von heute ist der Müll von morgen – erscheinen in der heutigen, voll entwickelten kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr als das persönliche Verhalten der Individuen gegeneinander, sondern als ihnen gegenüber Frem-

des, Sachliches, als ihr Unterordnen unter Verhältnisse (zum Beispiel Lohnarbeit), die unabhängig von ihnen bestehen und aus dem Anstoß der gleichgültigen Individuen aufeinander entstehen. Diese wechselseitige und allseitige Abhängigkeit der Individuen bildet ihren heutigen gesellschaftlichen Zusammenhang, ausgedrückt im *Tauschwert* oder, wenn man ihn isoliert und individualisiert, in *Geld*. Erst darin wird Tätigkeit oder Produkt eines jeden Individuums eine Tätigkeit und ein Produkt für es selbst. Das Geld verschleiert jedoch in einer sachlichen Weise den *gesellschaftlichen Charakter der unabhängigen, isolierten Arbeiten* und daher die gesellschaftlichen Verhältnisse der Privatarbeiter, statt sie zu offenbaren: Wer Benzin tankt, muß nichts vom Job des Ölarbeiters wissen. Geld genügt, aber die Macht des Geldes ist gesellschaftlich. Auf ungültige oder unbekannte Währung wird nichts gegeben, so als spräche man eine fremde Sprache. Der gesellschaftliche Charakter kommt *auch hinterrücks* über die Natur der verbrauchten Waren zum Tragen: Die isoliert produzierten Produkte verwandeln sich im isolierten, individuellen Gebrauch zu Müll, einer plötzlich global und gemeinschaftlich zu tragenden Last wie die mit dem produzierten Kohlendioxid verbundene Klimaveränderung.

»Es wird endlich nicht gesehen, daß schon in der einfachen Bestimmung des Tauschwertes und des Geldes der Gegensatz von Arbeitslohn und Kapital etc. latent enthalten ist. ... Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, daß der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickle oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit.«
(MEW, Bd. 42: 173f.)

»Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktivkräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmaschine eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten.«
(MEW, Bd. 4: 130)
Was geschieht, wenn die Menschheit ihre »Mühlen« vernetzt?

Produktivkräfte und Gesellschaftsformation

In vielen Auseinandersetzungen wurden in der Vergangenheit Produkte zu Waren, Waren zu Geld, Arbeit zu Lohnarbeit, Lohnarbeit zu Geld gemacht und das die Welt umspannende Kapitalverhältnis entwickelt.

Die Warenproduktion konnte von den daran Interessierten nur in dem Maß ausgedehnt werden, wie sie die Mittel dazu hatten – und wenn es Waffen und Festungswerke waren, wie es zum Beispiel Treitschke über die Eroberung Ostpreußens durch den Deutschen Ritterorden berichtet. Die mittelalterliche Produktion konnte zunächst ein natürliches Maß, bestimmt durch die Kräfte von Menschen, Tieren und einfachen Segelschiffen nicht übersteigen. Wassermühlen, schon in der Antike bekannt, wurden seit dem frühen Mittelalter zunehmend verbreitet und lösten die Handmühlen ab. Wasserkraft und Wind wurden als Antriebskraft weiterer Maschinen entdeckt. In einer Werkhalle konnten nun mehrere, auch schwere, von Hand kaum zu bewegende Geräte aufgestellt und »betrieben« werden. Die Produktpalette dieser Werke war schmal, die Stückzahl aber groß. Die Produkte konnten weder dem Unterhalt der Produzenten noch einer Herrschaft dienen. Die Produkte waren, um ihre Verwender zu finden, in den Handel zu werfen, der wiederum nach großen Transportmitteln wie zum Beispiel hochseetauglichen Schiffen, Umschlagssystemen, festen Wegen und Kanälen – sowie im Gegenzug – nach Nahrungsmitteln für die wachsende Zahl der Nicht-Bauern verlangte. Die Dampfmaschine schließlich ermöglichte eine weitere Zentralisierung und Spezialisierung der Produktion in großen Produktionsstätten. Die Gesellschaft entwickelte die Antriebs- und Transporttechnik bis hin zu Elektrizität, Eisenbahnen, Motorschiffen und Flugzeugen, sie erneuerte und erweiterte fortwährend angetriebene Maschinerie und Werkstoffe, sie entwarf neue Produktlinien und dehnte die industrielle Warenproduktion auf jed-

wede Utensilie bis hin zum Wäschekorb aus Plastik, bis zur Zinkpille als Nahrungsergänzung und zur elektrischen Zahnbürste aus. Die Warenproduktion hat ebenso wie der Verbrauch an Ressourcen in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft einen Höhepunkt erreicht. Die Dinge werden nicht mehr zum eigenen, unmittelbaren Unterhalt oder als Tributeleistung hergestellt, sondern alles, was sich technisch und gewinnbringend zu Waren machen läßt, wird zur Ware.

Die Informatisierung der Warenproduktion

Die Ausdehnung und Verfeinerung der Warenproduktion führten zu einer *Informatisierung*, das heißt zur technischen und digitalen Speicherung, Übermittlung und Verarbeitung von Information. Und umgekehrt konnte die Warenproduktion ohne diese Informatisierung nicht zur heutigen Höhe entwickelt werden. Es lassen sich drei Hauptlinien nachzeichnen, die letztlich zu jener weltumspannenden und einzigartigen Informations- und Kommunikationsmaschine geführt haben: Konstruktion und Steuerung der Maschinerie und die Planung großer Gebäude, die Verbindung der Unternehmen mit dem Markt sowie das innerbetriebliche Wirtschaften. Die Arbeiten in diesen Bereichen konnten immer weniger bloß in den Köpfen der Menschen abgewickelt werden, sondern sie mußten einen dauerhaften, nachvollziehbaren und zügig mitteilbaren Niederschlag finden, was nachfolgend ausführlicher beschrieben wird.

Die industrielle Produktion benötigt industriell hergestellte Maschinen mit schnell laufenden Teilen: die Verschleißfestigkeit muß hoch sein, auftretende Kräfte erfordern genauen Sitz der Einzelteile, mit Holz alleine ist es nicht mehr getan, Stahl und andere Metalle werden nötig, ihre paßgenaue Formgebung ist langwierig. Die Herstellung liegt in vielen Händen, die Übersicht in vielen Köpfen. Das verlangte nach sorgfältiger, das heißt geplanter und berechneter Konstruktion. Die Produktion – schon immer in den Köpfen der Produzenten gespiegelt – mußte nicht zuletzt wegen der Beschränktheit eines Individuums ein äußerliches, produziertes, dokumentiertes Spiegelbild in technischen Zeichnungen und Beschreibungen finden. Leibniz' Entwicklung einer Rechenmaschine im 17. Jahrhundert samt seiner ausführlichen Beschreibungen liefern ein frühes Beispiel. In der Lochbrettsteuerung für Webstühle hat Jacquard 1804 erstmals eine technische Beschreibung, nämlich die eines Webmusters, informatisiert, was später beispielsweise in der numerischen Steuerung von Maschinen in der industriellen Produktion fortgesetzt wurde. Die realitätsnahe Computersimulation von Crash-Tests für eine am Computer entworfene Karosserie möge den erreichten Stand der Informatisierung bei der Konstruktion verdeutlichen. Künftig soll beispielsweise ein einheitliches, Jahrzehnte währendes computergestütztes ›Wissensmanagement‹ großtechnische Anlagen von der Planung bis zum Abriß begleiten.

Die mittelalterlichen Kaufleute wußten um Überschüsse hier und Bedürfnisse dort und um Mittel und Wege, um beides zu verbinden: Durch ihr persönliches Wirken, ihre Reisen stellten sie den Zusammenhang und den gesellschaftlichen Bezug her. Doch der Handel benötigt und entwickelt neben dem eigentlichen Verkehr eine ratio-

»Unter (noch näher zu bestimmenden) Umständen vermag (das arbeitende Subjekt) sein Erfahrungswissen, die Schemata seines Handelns in Form von Sprache, Werkzeugen oder auch Maschinen zu objektivieren. In dieser Form gibt es dieses an andere Individuen oder auch spätere Generationen weiter, an deren Handeln diese Objektivierungen Anforderungen stellen.«
(BRÖDNER 1985: 17)

Die Entfremdung in der Warenproduktion einerseits und der gesellschaftliche Zusammenhang andererseits bilden einen Widerspruch, und »so wird gleichzeitig mit der Entwicklung dieser Entfremdung, auf ihrem eignen Boden, versucht, sie aufzuheben: Preis-courantlisten, Wechselkurse, Verbindungen der Handeltreibenden untereinander durch Briefe, Telegraphen etc. (die Kommunikationsmittel wachsen natürlich gleichzeitig) worin jeder einzelne sich Auskunft über die Tätigkeit aller andren verschafft und seine eigne danach auszugleichen sucht. (D. h., obgleich die Nachfrage und Zufuhr aller von allen unabhängig vor sich geht, so sucht sich jeder über den Stand der allgemeinen Nachfrage und Zufuhr zu unterrichten; und dies Wissen wirkt dann wieder praktisch auf sie ein.)«
(MEW, Bd. 42: 94)

Über die Industrialisierung der Kommunikation ist Anschauliches nachzulesen bei Werner v. Siemens: Lebenserinnerungen, Leipzig 1943 (Erstauflage ca. 1890) und bei George Kennan: Zeltleben in Sibirien, Leipzig und Wien (ca. 1890) – Original: Tent-Life in Siberia, in: The Atlantic Monthly, vol. 27, issue 159, January 1871.

»Es muß schon eine starke Software sein, die den Kunden ihres Kunden mit dem Lieferanten Ihres Lieferanten verbindet.« Werbung von IBM, in: Computer Zeitung vom 11. Mai 2000.

»Der konkrete Produktionsprozeß erfährt ... eine »strukturelle Verdoppelung« ...: Informationen werden systematisch gesammelt und verarbeitet, organisatorisch und personell separiert sowie nach und nach zu komplexen Informationssystemen mit einer eigenständigen Logik ... integriert.« (BOES 1999: 56)

Ein schon älteres Beispiel für den erreichten Grad betrieblicher Informatisierung: »Die Betriebsleitung und die Arbeitsvorbereitung können jederzeit auftrags- oder maschinenbezogen den derzeitigen Fertigungsstand ablesen. Entweder über Display, als Listen, auf Band oder Platte werden die Daten und Protokolle ausgegeben und können der weiteren Betriebsdatenverarbeitung zugeführt werden.« Schwachstellen sofort erkennen, in: Computer Zeitung vom 17. Oktober 1979.

nelle Kommunikation, eine virtuelle Verbindung des in der Warenproduktion räumlich, zeitlich und persönlich so weit Versetzten. Die Kommunikation wird vom Beginn industrieller Produktion an selbst industrialisiert: Optische Signalstrecken, Verkabelung von Kontinenten, Meeren, Ozeanen unter abenteuerlichen Umständen. Telegraph und Fernschreiber markierten erste Schritte zu einer Informatisierung der Kommunikation, die heute mit Internet und Mobiltelefonie einen Höhepunkt erreicht hat. »Im Weltmarkt hat sich der *Zusammenhang des einzelnen* mit allen, aber auch zugleich die *Unabhängigkeit dieses Zusammenhangs von den einzelnen* selbst zu einer solchen Höhe entwickelt, daß seine Bildung zugleich schon die Übergangsbedingung aus ihm selbst enthält« (MEW, Bd. 42: 95. – Hervorh. im Original).

Der dritte Bereich einer Informatisierung betrifft das betriebliche Wirtschaften und die Organisation der Produktion: Arbeitsvorbereitung, Personaleinsatz und Lohnbuchhaltung, Verwaltung der Finanzen, Bestellung von Materialien und Betriebsmitteln, Lagerhaltung, Erneuerung von Maschinen, Investitionen. Dieses innerbetriebliche Wirtschaften berührt sich einerseits mit der Konstruktion von Geräten und Anlagen, andererseits mit der Kommunikation im Markt, wenn es um Lieferungen, Bestellungen und Zahlungen geht. Beginnend mit dem frühen zwanzigsten Jahrhundert wurden die betrieblichen Vorgänge schrittweise informatisiert, indem Lochkarten, Adressiermaschinen und später Buchungsautomaten eingesetzt wurden. Mit Datenbanken, Standardanwenderprogrammen, Geschäftsprozeßmodellen, computergesteuerten Arbeitsabläufen und computergestützter Zusammenarbeit, um einige Stichworte zu nennen, werden diese Entwicklungen heute fortgesetzt.

Vernetzung pro und contra Tauschwert

Die Organisation der drei Bereiche Konstruktion, Produktion und Handel war lange Zeit nur ein notwendiges Zubehör der kapitalistischen Vervollständigung der Welt. Seit dreißig Jahren wird die – weit verstandene – Organisationstechnik zu einem eigenen, besonderen, enorm wachsenden Element der kapitalistischen Warenproduktion entwickelt. Die Möglichkeiten, die drei Bereiche Konstruktion, Produktion und Handel zusammenzuführen und auf eine einheitliche Informationsgrundlage zu stellen, sind erheblich gestiegen – und sie werden genutzt. »Im heutigen globalen Wettbewerb ist das Wissen in seiner Relevanz für die Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr zu überbieten. Das richtige Wissen zur richtigen Zeit am richtigen Ort kann heute den entscheidenden Wettbewerbsvorteil bringen. Da diese Umstände jedoch nur selten gegeben sind, gilt es, aus Datenbanken, Online-Diensten, Inter- und Intranet das relevante Wissen herauszufiltern und zusammen mit dem unternehmensinternen Erfahrungsbeziehungsweise impliziten Wissen in Wissensdatenbanken zugänglich zu machen«, wirbt die Management Circle GmbH im Mai 2000 für eine Schulung, auf der auch der »Head of Intranet«, der Chef des internen Netzes der Deutschen Bank referieren sollte. »Pures Gold wert«, liest man an anderer Stelle, »sind die Informationen, die Datenmineure aus dem Internet filtern.« Oder aus dem Papier *eEurope 2002: Eine Informationsgesellschaft für alle* zum EU-

Gipfel im portugiesischen Feira im Juni 2000: »Auf seiner Tagung vom 23./24. März 2000 in Lissabon hat sich der Europäische Rat ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Europa soll die wettbewerbsstärkste und dynamischste Wirtschaft der Welt werden. Dazu sei es dringend erforderlich, daß Europa die Möglichkeiten der Informationswirtschaft, insbesondere des Internet, schnellstens nutze« (S. 2).

Vernetzung soll Produktion und Absatz der Produkte stützen, Vorteile im Wettbewerb einbringen, also *isoliertes, privates und trotzdem bedarfs- und sachgerechtes* Produzieren ermöglichen. Wir sehen, wie sich Unternehmen elektronisch mit Kunden und Verbrauchern verbinden, und zwar gleichgültig, ob es individuelle Endverbraucher oder andere Unternehmen sind, bei diesen wiederum gleichgültig, ob die in der technischen Kommunikation vermittelten Produkte als Betriebsmittel oder als Vorprodukte in der weiteren Fertigung genutzt werden. Wettlauf um Kunden, elektronisches Management der Kundenbeziehungen und Kundenfokus als Wettbewerbsfaktor, Fertigung nach Bestellung sowie automatisierte Katalogerstellung sind einige der Stichworte, unter denen Informatisierung und Vernetzung angesagt sind, die auch die Lieferanten mit einbeziehen. Weitere Stichworte umreißen die Breite und Tiefe der Vernetzung, die immer eine stoffliche Seite mit einem virtuellen, informatischen Spiegelbild besitzt: Management der Zuliefererkette, Lieferung just-in-time und just-in-line, unternehmens- und lieferantenübergreifende Geschäftsprozesse, integrierte Vertriebs-, Produktions- und Logistikprozesse und schließlich virtuelle Unternehmen.

Die Produktion für den Austausch, die Produktion von Tauschwerten ist in dieser Vernetzung noch nicht aufgehoben, im Gegenteil, man bemüht sich »nur« um deren Vervollkommnung. Es fließt also nach wie vor Geld, »natürlich« elektronisches Geld, leichter herzustellen – und auch zu fälschen – als Banknoten. »Natürlich« will der Konsument im Internet Information finden: Stadt- und Fahrpläne, Hotelführer für seine Reisen, Kochrezepte und Gesundheitsdaten, Krankheitsbilder und medizinische Beschreibungen. Der Konsument sucht rund um den Globus: Wo ist heute ein bestimmter Laptop am billigsten? Wo in aller Welt finde ich ein bestimmtes Produkt, etwa das vermaledeite Lämpchen für die Hintergrundbeleuchtung eines Flachbildschirms, das seinen Geist aufgegeben hat? Gibt es einen Testbericht für ein bestimmtes Produkt, eine genauere Beschreibung des Produkts? Ist eine Aufbauanleitung zu finden? Wer sind die Konstrukteure? Ließe sich mit ihnen über eine konstruktive Änderung verhandeln? Solche Fragen, zuerst nach Gebrauchswerten und dann erst nach deren Tauschwerten stellen die Konsumenten an das Internet, zum großen Teil noch spontan, untrainiert im Umgang mit diesem Medium, aber dauernd die Grenzen ertastend und darüber hinaus drängend.

In der Freizeit wird sich der Umgang mit dem Netz prinzipiell nicht von dem während der Arbeitszeit unterscheiden. Zwar sind die Zugänge in der Freizeit zu bestimmten Informationen aus der Produktion derzeit beschränkt, aber nur weil die Produktion *noch* privat, isoliert, unabhängig von weiten Teilen der Gesellschaft gehalten wird, weil die Produktion Tauschwerte hervorbringen soll, die zuerst einmal – dummerweise – ihren Wert realisieren, verkauft werden

»Obgleich alles dies auf dem gegebenen Standpunkt die Fremdartigkeit nicht aufhebt, so führt es Verhältnisse und Verbindungen herbei, die die Möglichkeit, den alten Standpunkt aufzuheben, in sich einschließen.«

(MEW, Bd. 42: 94)

müssen, bevor sie brauchbar werden. Andererseits wird im Betrieb, in der Organisation der Produktion vermöge Vernetzung alles unternommen, um die Produktion äußerst zweckmäßig zu gestalten, um das Wie, Was und Wozu der Arbeit zu klären: Kein Teilprodukt wird als Wert auf einen innerbetrieblichen Markt geworfen, um seinen Wert zu realisieren, sondern es ist ein geplantes Stück des Ganzen, das in dem Ganzen konsumiert, verwendet, eingefügt wird. Die Tätigkeiten der Produzenten sind ganz auf diese Verwendbarkeit hin organisiert. Unter Einschluß der Zulieferer wird über den Betrieb hinaus geplant und organisiert einschließlich des Entwurfs extern zu produzierender Teile und des sie umfassenden Ganzen.

Diese Vorgänge sind hochgradig informatisiert, das heißt digital und vernetzt. Diese Vernetzung ist noch nicht vollständig, häufig sogar chaotisch und kontraproduktiv, aber die Konkurrenz um die Realisierung der in den Austausch geworfenen Werte erzwingt es, diese Vernetzung ständig zu erweitern und bis in den Freizeitbereich zu öffnen. Wenn die Individuen als Produzenten die Informatisierung vervollständigen und vollständig nutzen sollen, um konkurrenzfähige Produkte herzustellen, so werden die Individuen als Konsumenten mittels der Vernetzung günstig an günstige Produkte herankommen wollen.

Produktion und Konsumtion werden zusammenhängender und die einzelnen Bereiche abhängiger voneinander, was in der Vernetzung ein virtuelles Spiegelbild findet, das zugleich einen ganz materiellen Apparat, ein allseits zugängliches, ein allgemeines und gleichzeitig ein einziges Gerät bildet. Die von der Vernetzung getragene Kommunikation und die Transportmaschinerie ermöglichen neue Verkehrsverhältnisse, die auf den Punkt zuführen könnten, von dem an nicht mehr einsichtig ist, warum isoliert, unabhängig voneinander und aneinander vorbei produziert werden soll, obwohl die Produktion sichtlich vernetzt ist, obwohl die Pflege der ›Kundenbeziehung‹ auch die Konsumtion mit der Produktion verbindet sowie Konsumenten und Produzenten – diese zwei Seiten der Individuen – miteinander diskutieren läßt. Soll man die Produktion weiterhin in Isolation und Unabhängigkeit halten und dadurch zufällige und schwankende Austauschverhältnisse provozieren, wo man andererseits mittels Informatisierung und Vernetzung der Produktion alles unternimmt, um diese Zufälle und Schwankungen auszuschließen? *Von dem Moment an, wo diese Frage zu verneinen ist, wird für den Tauschwert die Sinnfrage gestellt.* Die Produktion von Tauschwerten wird dann keinen Sinn mehr machen, wenn individuelles, lokales, regionales Wissen und Fähigkeiten in einer weltweit zugänglichen Informationsmaschine verfügbar sind, indem *jedes Individuum* Bezug auf diesen Schatz an Information nehmen und sich zweckgerichtet mit anderen unter Zugriff auf das produktive Vermögen zu praktischem Tun verabreden kann – und zur Sicherung seines Lebensunterhalts auch muß.

»Es kann also nichts falscher und abgeschmackter sein, als auf der Grundlage des *Tauschwertes*, des *Geldes*, die Kontrolle der vereinigten Individuen über ihre Gesamtproduktion voranzusetzen.«
(MEW, Bd. 42: 92; Hervorh. im Original)

Aufhebung der Warenproduktion

»Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (zuerst ganz naturwüchsig)«, schrieb Marx (MEW, Bd. 42: 91), »sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität ... entwickelt«,

jedoch »nur in geringem Umfang und« isoliert. Diese Verhältnisse wurden, wie eingangs skizziert, in der Neuzeit aufgelöst. Persönliche Unabhängigkeit, auf *sachliche* Abhängigkeit gegründet, ist für Marx die zweite Form, gegeben in der kapitalistischen Gesellschaft, worin sich erstmals ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen gebildet hat. »Die Notwendigkeit selbst (in der zweiten Form – W. G.), das Produkt oder die Tätigkeit der Individuen erst in die Form des *Tauschwertes*, in *Geld*, zu verwandeln, und daß sie erst in dieser *sachlichen* Form ihre gesellschaftliche *Macht* erhalten und beweisen, beweist zweierlei: 1. daß die Individuen nur noch für die Gesellschaft und in der Gesellschaft produzieren; 2. daß ihre Produktion nicht *unmittelbar* gesellschaftlich ist, nicht the offspring of association (das Ergebnis ihrer Assoziation – W. G.), die die Arbeit unter sich verteilt. Die Individuen sind unter die gesellschaftliche Produktion subsumiert, die als ein Verhängnis außer ihnen existiert; aber die gesellschaftliche Produktion ist nicht unter die Individuen subsumiert, die sie als ihr gemeinsames Vermögen handhaben« (MEW, Bd. 42: 92 – Hervorh. im Original). Innerhalb dieser Form, der auf dem *Tauschwert* beruhenden Gesellschaft erzeugt diese sowohl Verkehrs- als auch Produktionsverhältnisse, die den Schritt auf die dritte Stufe gestatten (vgl. MEW, Bd. 42: 93), die Marx so charakterisiert: »Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe« (MEW, Bd. 42: 91).

Das folgende ist dieser Marxschen Prognose über die dritte Stufe gewidmet, auf der die Individuen ihre Produktion weltweit so organisieren, daß der Austausch der Produkte entfällt. Um dorthin zu gelangen, muß es Mittel und Wege geben, mit denen man Mängel in der Produktion und Kraftakte beim Austausch der Produkte überwinden kann, ohne sich in der neuen Produktionsweise größere Mängel und Kraftakte einzuhandeln. Anderes wäre – nach Marx – »Donquichoterie« (MEW, Bd. 42: 93). Will man enttäuschenden Austausch der Produkte vermeiden, so ist der Austausch selbst zu vermeiden. Man hat zuvor untereinander zu verabreden, was wie wozu, für wen und mit wem zu produzieren ist, so daß es gar nicht mehr zum Austausch von Produkten kommt. Diese Planung ist zeitaufwendig und wird nur in dem Maß geleistet, wie sie möglich ist und wie sich ein Nutzen erwarten läßt, wie sich ein Vorteil gegenüber weniger verbundener, isolierter Arbeit einstellt. Die Verabredungszeit gehört zur Arbeitszeit in der Produktion. In dem Maß, in dem diese Gesamtarbeitszeit unter derjenigen bei isolierter Arbeit liegt (einschließlich der Behebung der Schäden, die die zufälligen Erschütterungen beim Austausch der Produkte hervorrufen), und in dem Maß, in dem die verabredeten Tätigkeiten den Individuen zumindest gleich nützliche Produkte wie sonst beim Produktentausch in die Hände spielen, werden solche Verabredungen getroffen. Die Vernetzung scheint, wie oben an einigen Spielarten von e-commerce dargelegt, auf solche Verabredungen hinzuführen, die Marx den »Austausch ... von Tätigkeiten« (MEW, Bd. 42: 104) anstelle von

»Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ›Werts.« (ENGELS: Anti-Dühring, MEW, Bd. 20: 288)

Produkten nannte. Der Austausch von Tätigkeiten, die durch gemeinschaftliche Bedürfnisse und Zwecke bestimmt sind, ist kein Austausch von Tauschwerten und schließt von vornherein die Teilnahme des Einzelnen an der gemeinschaftlichen Produktenwelt ein. Sein Produkt wird nicht erst in eine besondere Form – Geld – umgesetzt, um einen allgemeinen Charakter für den einzelnen zu erhalten. Seine Arbeit ist von vornherein gesellschaftlich, indem er sie in ein Netz von Verabredungen einwebt. (MEW, Bd. 42: 104 f.).

So naheliegend der Umkehrpunkt der Produktionsweise hier gezeichnet erscheinen mochte, so schwierig dürfte der Weg sein, der bis dahin zu beschreiten ist. Ein virtuelles Unternehmen beispielsweise, verteilt über den Globus, kann Grandioses planen, konstruieren und dessen Bau managen: das größte Flugzeug, den höchsten Wolkenkratzer, die längste Brücke. Doch alle Operationen im Netz sind virtuell, flüchtig wie ein Mausclick. Nur die Bauarbeiter, die aus allen Ländern kommen, vermögen dem virtuellen Unternehmen realen Sinn zu geben, indem sie die Brücke über den Sund schlagen. Wenn diese Produzenten gemeinsam mit den andern Individuen zugleich ihre eignen ›virtuellen‹ Unternehmer wären, dann könnte man wohl sagen, daß »die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens« (MEW, Bd. 42: 91) stattgefunden hat, wenn auch dieses neue Verhältnis nicht total sein kann, denn die weltweite Informationsmaschine, auf die sie sich abstützen, läßt sich individuell immer nur beschränkt, partiell nutzen. Die Individuen können trotz aller Informiertheit keine absoluten Verabredungen treffen, sondern nur relativ richtige, einigermaßen zweckmäßige. Ihre verabredeten Tätigkeiten werden darum zu Widersprüchen führen, die jedoch von anderer Natur sein dürften, als die Widersprüche, die zu erleben sind, wenn »in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen« (MEW, Bd. 23: 89) Werte *post festum* gegeneinander gerückt werden.

Die Perspektive

Die ›Zukunft der Arbeit‹ sieht anders aus, als wenn man sie nur mit Blick auf den Austausch isoliert erzeugter Produkte erörtert und sich am Tauschwert fixiert, denn Lohnarbeit und Arbeitslosigkeit werden entfallen, wenn die Individuen die gesellschaftliche Produktion »als ihr gemeinsames Vermögen handhaben«. Die kapitalistische Produktionsweise, in scheinbar unbesiegbarer Höhe, produziert in der Vernetzung, deren plakativer Ausdruck e-commerce ist, die Mittel ihrer eigenen Aufhebung und anmiert zu Verbindungen in Produktion und Handel, die den Tauschwert antiquiert erscheinen lassen können. Gleichwohl dürfte geduldiges Abwarten nicht erlaubt sein, bis die Zeit die Verhältnisse irgendwie neu geordnet hat. Die aktuellen Widersprüche sind gravierend: weltweit 800 Millionen Arbeitslose und Unterbeschäftigte, die wachsenden ökologischen Probleme und die immer wieder geführten Kriege auf dieser einen Erde.

Wenn es der Menschheit, uns allen also, gelingt, die Vernetzung in der Produktion und zwischen Produktion und Konsumtion so weit zu entwickeln, daß der Tauschwert keine Rolle mehr spielt, dann dürfte auch für Krieg kein Raum mehr bleiben, denn Krieg ist der schärfste Ausdruck von Isolation und zwanghafter Unabhängigkeit.

»...solange die Produktivkräfte noch im Schoße der Bourgeoisie selbst nicht genügend entwickelt sind, um die materiellen Bedingungen durchscheinend zu lassen, die notwendig sind zur Befreiung des Proletariats und zur Bildung einer neuen Gesellschaft – solange sind diese Theoretiker (die Sozialisten und Kommunisten – W. G.) nur Utopisten, die, um den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen abzuhelfen, Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen. Aber in dem Maße, wie die Geschichte vorschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie nicht mehr nötig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie haben nur sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt, und sich zum Organ desselben zu machen. ... Von diesem Augenblick an wird die Wissenschaft bewußtes Erzeugnis der historischen Bewegung, und sie hat aufgehört, doktrinär zu sein, sie ist revolutionär geworden.« (MEW, Bd. 4: 143)

Nur auf der Grundlage der Warenproduktion, des Tauscherts und der mit diesem hervorgebrachten Lohnarbeit können die heutigen Kriegswaffen produziert und eingesetzt werden. Solange jene Isolation in der Produktion besteht, die den Austausch der fertigen Produkte hervorruft, solange wird gewaltsame Aneignung versucht und Krieg als ein legitimes Mittel verstanden werden. Krimineller Drogenanbau und -handel sind ebenso an Warenproduktion und Geld gebunden wie die Korruption. Gentechnik hätte bei aufgehobener Warenproduktion nur insoweit Bestand, als diejenigen, die sie betreiben wollen, einen weltweiten Konsens über ihre Tätigkeiten herbeiführen könnten: Laborausrüstungen wären nicht mehr käuflich, sondern nur in Übereinstimmung mit denen nutzbar, die an ihrer Produktion mitwirkten. Ein Gleiches wäre zum Ressourcenverbrauch zu sagen.

Die Entwicklung wird nicht geradlinig und ohne Widerstände verlaufen. Doch auch diejenigen – *und das ist die entscheidende Dialektik dieser Geschichte* –, die bei einer Aufhebung der Warenproduktion etwas zu verlieren glauben, sind *mittlerweile* zur Aufrechterhaltung ihrer Position *innerhalb* der Warenproduktion auf Gedeih und Verderb auf die die Warenproduktion letztlich aufhebende Vernetzung angewiesen.

Die Skizze möge anregen, die vor unser aller Augen und unter unser aller Mitwirken entstehende Vernetzung weiter und schärfer auszuloten, als es hier getan werden konnte.

Literatur

- Jörg Becker, Wolf Göhring (Hg.) (1999): Kommunikation statt Markt : Zu einer alternativen Theorie der Informationsgesellschaft, in: GMD-Report 61, Oktober, Sankt Augustin.
- Andreas Boes (1999): Zukunft der »Arbeit« in der Informationsgesellschaft, in: Becker, J.; Göhring, W. (Hg.), Kommunikation statt Markt, S. 53-66.
- Peter Brödner (1985): Fabrik 2000 : Alternative Entwicklungspfade in die Zukunft der Fabrik, Berlin.
- Friedrich Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S. 16-303.
- Wolf Göhring (1982/1991): Entwicklung von Personalinformationssystemen im Widerstreit von Interessen, Sankt Augustin (mimeo).
- Wolf Göhring (1999a): Informationsurwald, in: Marxistische Blätter, Heft 6/1999, S. 57-63.
- Wolf Göhring (1999b): Mittels Informations- und Kommunikationstechnik die Warenproduktion dialektisch aufheben?, in: Becker, J.; Göhring, W. (Hg.), Kommunikation statt Markt, S. 129-140.
- Wolf Göhring (1999c): The productive information society : a basis for sustainability, in: GMD Report 72, November, Sankt Augustin.
- Wolf Göhring (2001): Schließen Warenproduktion und Nachhaltigkeit einander aus?, Sankt Augustin (mimeo).
- Thomas Hamacher (2001): Was können wir aus der Entwicklung der Wassermühle im frühen Mittelalter über die Zukunft der Energieversorgung lernen?, Garching (Max-Planck-Institut für Plasmaphysik).
- Ralf Klischewski (1996): Anarchie – ein Leitbild für die Informatik: Von den Grundlagen der Beherrschbarkeit zur selbstbestimmten Systementwicklung, Frankfurt/M.
- Werner Lehmann (1925): Abriß der Wirtschaftsgeschichte des Saargebietes, Saarbrücken.
- Abraham Léon (1995): Die jüdische Frage: Eine marxistische Darstellung, Essen. (Das Buch wurde im belgischen Widerstand 1942-44 verfaßt, ehe der Autor nach Auschwitz verschleppt und umgebracht wurde. Es wird die erzwungene ökonomische Rolle der Juden im Feudalismus und ihre Zwangslage bei dessen Untergang beschrieben.)
- Karl Marx: Das Elend der Philosophie, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd.4, S. 67-182.
- Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23.
- Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 47-768.
- Adam Smith (1991): Wealth of Nations, New York.
- Benjamin Franklin (1836): A modest inquiry into the nature and necessity of a paper currency, in: The works of Benjamin Franklin, J. Sparks (ed.), BD. II Boston, 1836.

»Danach beurteile man die Pffiffigkeit des kleinbürgerlichen Sozialismus, der die Warenproduktion verewigen und zugleich den ›Gegensatz von Geld und Ware‹, also das Geld selbst, denn es ist nur in diesem Gegensatz, abschaffen will. Ebensowohl könnte man den Papst abschaffen und den Katholizismus bestehen lassen.« (MEW, Bd. 23: 102)

Was ist mit bürokratischen Kontrollstrukturen und der militärischen Informatisierung, was mit Nachhaltigkeit und Ressourcenerschöpfung, mit der Rohstoff- und Nahrungsgewinnung, mit einer notwendigen Vorratswirtschaft, mit den Verkehrssystemen wie Straßen, Bahnen, Luftfahrt, Nachrichtensatelliten, Kabel- und Mobilfunknetzen, mit dem Bildungswesen und mit Solidarsystemen in Kindheit, Alter und bei Krankheit, mit der digitalen Spaltung, dem ›digital divide‹ der Menschheit? *Zu welcher Bewegung führen die auftretenden Widersprüche?*

Die Parteien und Organisationen der DDR Ein Handbuch

Herausgegeben von Gerd-Rüdiger Stephan und
Andreas Herbst, Christine Krauss, Daniel Küchenmeister, Detlef Nakath

cluvitz berlin

Die Parteien und Organisationen der DDR

Ein Handbuch
Herausgegeben von
Gerd-Rüdiger Stephan und
Andreas Herbst, Christine Krauss,
Daniel Küchenmeister,
Detlef Nakath

1488 Seiten, gebunden
Subskription 49,00 €/70,00 €
(bis 31. Juni 2002)
ISBN 3-320-01988-0

Das politische System in der DDR war nach den Beschlüssen und Entscheidungen von SED-Politbüro und -Zentralkomitee ausgerichtet. Dem Ministerrat wurde 1960 dekretiert, alle SED-Festlegungen zu übernehmen. Die anderen Parteien und Massenorganisationen in der DDR besaßen lediglich ein begrenztes Mitspracherecht in sie unmittelbar betreffende Fragen. Dennoch verfügten sie über ein gesellschaftliches Eigenleben mit eigener Satzung und Programmatik, mit spezifischen Aufgaben und über ein umfassendes Mitgliederleben. Nicht wenige der Funktionäre und Mitglieder engagierten sich für die Ziele ihrer Par-

tei bzw. Organisation. Herausgeber und Autoren des Handbuches »Die Parteien und Organisationen der DDR« haben die inzwischen verfügbaren und gesicherten Informationen über die Geschichte der Parteien und Organisationen zusammengefaßt und übersichtlich präsentiert. Es fanden sich 38 durch ihre Arbeit und Veröffentlichungen ausgewiesene Wissenschaftler und Publizisten zur Mitwirkung bereit. So wurden Beiträge von Autoren unterschiedlicher Sozialisation zusammengetragen; es offenbarten sich verschiedene Blickwinkel und Ansichten. Das Handbuch zur Geschichte, Organisation und Politik der Parteien und

Organisationen der DDR untergliedert sich in neun Abschnitte: Parteien und Organisationen im politischen System der DDR; Entstehung, Rolle und Wirken der Parteien; Genesis der Massenorganisationen; Entwicklung der mitgliederstarken gesellschaftlichen Organisationen; Übersicht zu weiteren Organisationen, Verbänden und Vereinen; Die neuen politischen Vereinigungen in der DDR 1989/90; Biographien der Führungskader der Parteien und Massenorganisationen; Ausgewählte Dokumente; Anhang mit Archivübersicht und Auswahlbibliographie.

HELGE MEVES

Der Dampfmaschinenkapitalismus und das Kommunikationsmedium Internet

Im Programm der PDS von 1993 tauchen Themen und Begriffe wie Internet oder Biotechnologie nicht auf. Das sollte nicht verwundern, weil es sich hierbei um Entwicklungen handelt, deren Bedeutung erst danach voll ins Bewußtsein gerückt ist. Seitdem hat der 1985 gegründete Internet-Provider AOL mit *Time Warner* den weltgrößten Medienkonzern übernommen. Aus der *Hoechst AG*, wo am 2. Januar 1983 mit der Chemieproduktion begonnen wurde, entstand mit der *Aventis* ein weiterer weltweit agierender LifeScience-Konzern. Menschliches Arbeiten besteht zunehmend aus dem Umgang mit Informationen: Forschen und Entwickeln, aber vor allem Organisieren, Vernetzen, Aufbereiten und Präsentieren von Informationen. Die Situation ist eine andere, die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die Lebens- und Arbeitswelt zeichnen sich deutlicher ab.

Die drei neuen Programmentwürfe von Brie/Klein/Brie, Balzer/Lieberam/Menzner/Wolf und Köhne/Brakebusch beschreiten unterschiedliche Wege sozialistischer Politik. Ein Vergleich aller Programmentwürfe erfordert einige Vorbemerkungen, weil sich die Entwürfe verschiedene Ziele stellen und unterschiedliche Voraussetzungen machen. Der Programmentwurf von Brie/Klein/Brie (hier der Kürze halber als ›Entwurf 1‹ bezeichnet) formuliert Bedingungen, Wege und Ziele sozialistischer Politik. Das Programm soll damit einerseits die Möglichkeiten sozialistischer Politik soweit erfassen, daß diese Politik auch in Zukunft theoretisch konsistent begründbar ist. Andererseits soll dieses Programm die Grundlage für konkret zu entwickelnde Wahlprogramme sein, die je nach Bedarf beschlossen werden. Ein prinzipiell theoretisch konsistentes Programm liegt also vor, ein Wahlprogramm steht noch aus. Die beiden Folgeentwürfe dagegen sind Programme, die im wesentlichen Wahlprogramme mit einer Begründung sind. Darum erscheinen beide konkreter. Würde der Entwurf 1 aber auch solche konkreten Vorschläge machen, verspielte er seine Möglichkeiten. Er wäre dann ebenfalls ein Entwurf, über den man bei jeder relevanten Gesetzesänderung und spätestens vor jeder bundespolitisch bedeutsamen Wahl neu debattieren müßte. Infolge dieser unterschiedlichen Zielsetzungen ist es ein grundsätzliches methodisches Mißverständnis, die Folgeentwürfe ihrer scheinbaren Konkretheit wegen als ›fundamental‹ zu bezeichnen oder dem Entwurf 1 Radikalität abzusprechen.

Dieser Essay konzentriert sich auf die Auswirkungen der Informationstechnologien auf die neue Arbeitswelt und auf die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Menschen. Weil hier vieles neu



Helge Meves – Jg. 1961; Schriftsetzer, Philosoph, Soziologe, arbeitet seit dem Studium als Manager Neue Medien/Internet in verschiedenen Start Ups und Agenturen, er ist einer der Sprecher des virtuellen 17. Landesverbandes der PDS i. Gr. (www.pds-lv17.de); veröffentlichte unter anderem: »Das Netz gehört denen, die es nutzen. Thesen zur Gründung des 17. Landesverbandes der PDS« (<http://www.trend.partisan.net/trd1001/t281001.html>), »Chancen umgekehrter Märkte. Der Informationsvorsprung im digitalen Zeitalter« (<http://www.telemat.de>)
Foto: privat

1 Zu den Informations-technologien vgl. auch die Beiträge in UTOPIE kreativ von Engemann, Christoph: Das Internet und die neue Gestalt bürgerlicher Herrschaft: Electronic Government, in: UTOPIE kreativ, Heft 135 (Januar 2002), S. 45-54; Gräbe, Hans-Gert: Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt, in: UTOPIE kreativ, Nr. 117 (Juli 2000), S. 651-660; Krysmanski, Hans Jürgen: High-Tech-Anti-Kapitalismus: Ein Widerspruch in sich?, in: UTOPIE kreativ, Nr. 133 (November 2001), S. 1009-1020, Merten, Stefan: Freie Software für eine Freie Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ, Nr. 133 (November 2001), S. 99-1008; Möller, Carola: Im-materielle Arbeit. Die neue Dominante in der Wertschöpfungsarbeit, in: UTOPIE kreativ, Nr. 128 (Juni 2001), S. 517-524; Nahrada, Franz: Globale Dörfer und freie Software, in: UTOPIE kreativ, Nr. 135 (Januar 2002), S. 30-44.

2 Vgl. zum Toyota-Management-Modell André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000, S. 41 ff.

3 Vgl. zum Beispiel These 55: »Als Geschäftspolitik sind alte Kommandostrukturen Gift. Als Werkzeug sind sie schlicht kaputt. Einem misstrauischen und auf Befehl und Gehorsam basierenden Management begegnen Wissensarbeiter mit Feindseligkeit, die Reaktion des Marktes ist ebenfalls – Misstrauen.«
in: Rick Levine, Christopher Locke, Doc Searls, David Weinberger: Das Cluetrain-Manifesto, München 2000, S. 22

ist, bedarf es einer Erläuterung; das wird an Hand einiger neuerer Unternehmen versucht.¹ Ziel ist es, Möglichkeiten und Chancen des Internets für eine sozialistische Politik pointiert aufzuklären sowie Sackgassen der Kritik zu benennen.

Von Henry Ford über Toyota zum Cluetrain-Manifesto

Der Platz des Arbeiters ist immer seltener am Fließband von Henry Ford, Art und Rhythmus der Arbeit werden nicht mehr durch die Herren dieser Struktur bestimmt. Im Rahmen des ›Toyota-Systems‹ zum Beispiel werden seit Anfang der achtziger Jahre andere Formen der Organisation praktiziert, die einer Kulturrevolution im Management gleich kamen. Der Arbeiter wird nunmehr von der Unternehmenseite nicht mehr als der Zeitdieb betrachtet, der durch das fordsche Fließband daran gehindert werden muß, Arbeitsleistung vorzuenthalten. Seine Kreativität und Flexibilität im Produktionsablauf ist ausdrücklich erwünscht. Zur Entfaltung dieser Fähigkeiten wurde ein hohes Maß an Selbstverwaltung durch die Arbeiter eingeführt. Von unternehmerischer Seite steht dabei im Vordergrund, daß die sich beschleunigende technische Entwicklung und eine veränderte Marktlage mit gestiegenen Bedürfnissen nach vielfältigeren und qualitativ besseren Produkten ein anderes Managementmodell verlangen.²

Mit der Durchsetzung des Internets werden aus diesen orts- und zeitbezogenen Organisationsformen internationale Netzwerke, die über kleinere Teams hinaus ganze Konzerne, deren Struktur und Einbindung in die Weltwirtschaft von innen verändern. Die Fabrik ist eine andere und die Arbeiter darin sind es auch. Das Selbstbewußtsein der Netzwerker findet seinen Ausdruck etwa im *Cluetrain-Manifesto* führender Kommunikationsmanager von 1999, wo Platz und Rolle des Menschen in der Produktion von den Interessen der Menschen her bestimmt werden.³

Es ist schade, daß der Entwurf 3 von Köhne/Brakebusch in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle spielt. Mit seiner Beschreibung dieser neuen Arbeitswelt trifft er wesentliche Momente der neueren Entwicklungen, die weg vom Fließband hin zu Netzwerkstrukturen führen.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Möglichkeiten werden Internet und Vernetzung im Entwurf 3 als etwas verstanden, was den Handel revolutioniert. Zur Produktion selbst gibt es Aussagen, nach denen das Internet zu einer Art quantitativer Steigerung von Automationsprozessen beiträgt, daß das Internet also alten Wein in neuen Schläuchen präsentiert. Dieser klassische Produktionsbegriff geht davon aus, daß etwas massenhaft für einen Markt hergestellt und dann dort verteilt wird. Der Massenproduktion entspricht eine Massendistribution. Nun betont der Entwurf 3 andererseits selbst und zu Recht, daß die technischen Möglichkeiten und die neue Arbeitsorganisation hin zu Einzelanfertigungen gehen. Bei einer Einzelanfertigung aber sind Produktion und Distribution sinnvollerweise nicht mehr zu trennen. Noch fragwürdiger ist die scharfe Trennung von Produktion und Distribution, wenn man nicht analoge Produkte herstellt und verteilt, sondern digitale. Hier geht es um Geschäftsmodelle, deren Dienstleistung darin besteht, etwas zu machen und zu vermarkten, was

nicht gedruckt, gepreßt, gesägt oder sonst wie vergegenständlicht werden muß, weil hier in einem produziert und distribuiert wird. Das betrifft potentiell alles Digitalisierbare wie etwa Bücher, Musik, Filme oder eine Online-Versteigerung wie bei *eBay.com*; insgesamt betrifft das alle Informationen.⁴

Der Informationsproduzent amazon.com

Die Betonung des Handels ist zwar richtig, wenn man allein auf die internetgestützten Verkaufsgeschäfte schaut. Herkömmliche Verkaufsgeschäfte sowie Versandfirmen wie *Quelle* sind ihrem Geschäftsmodell nach zum Beispiel dem Internet-Buchhändler *amazon.com* nicht unähnlich.

Aber auch bei *amazon.com* gibt es wesentliche Unterschiede. Auf der Website von *amazon.com* etwa werden Kundenrezensionen zu den angezeigten Büchern angeboten. Weiter wird auf die Titel hingewiesen, die Kunden der angezeigten Bücher gekauft haben. Die *amazon.com*-Datenbank-Funktion ›Kunden, die dieses Buch gekauft haben, haben auch diese Bücher gekauft‹ stellt für den Käufer einen echten Gewinn dar, den es bei klassischen Versandhäusern nicht gibt. *Amazon.com* verarbeitet dabei die mit den Bestellungen via Internet eingehenden Daten von über 30 Millionen Kunden allein in den USA. Damit wird Mehrwert auf eine Weise produziert, die es bei den herkömmlichen Verkaufsgeschäften und Versandfirmen nicht gibt. Es handelt sich um Produktion, die auf der Vernetzung von Informationen beruht.⁵

Von der Gutenberg-Galaxis zur Kommunikologie des Internets

Ein Grund für die Fehleinschätzung des Internet-Potentials könnte darin liegen, daß das Internet im Entwurf 3 wie ein Medium ähnlich dem Radio, der Post oder der Eisenbahn, nicht aber als ein Kommunikationsmedium betrachtet wird. Damit gerät regelmäßig aus dem Blick, was beim Internet neu ist.

Radio, Post und Fernsehen sind Medien, in denen es eine hierarchische Sender-Empfänger-Struktur gibt, nach der ein Sender bestimmt, was der Empfänger erhält. Das Internet hingegen ist ein Kommunikationsmedium, in dem sich alle ins Netz einbezogenen gleichberechtigt in den Kommunikationsprozeß einbringen und das Medium selbst mitgestalten können. Traditionelle Medien sind hierarchisch und zentralistisch, das Internet ist strukturbedingt demokratisch. Nur unter Berücksichtigung der revolutionären Kommunikationsmöglichkeiten im Internet kann übrigens auch begründet werden, worin sein demokratisches Potential im Unterschied zu anderen Medien konkret besteht.

So könnten dann auch die von den Autoren des Entwurf 3 halberzig erwähnten Vorstellungen zur Verbraucherdemokratie bei der Beurteilung der wirtschaftlichen und politischen Chancen des Internets genauer bestimmt werden. Integriert werden könnten auch Alvin Tofflers oder Kevin Kellys Vorstellungen vom Prosumenten⁶, die noch auf eine kritische Rezeption durch Sozialisten warten. Ein Prosument ist danach ein Konsument, der selbst an der Produktion beteiligt ist, indem er Kriterien für das Produkt und seine Herstellung vorgibt.

4 Vgl. Kevin Kelly: *Net Economy. Zehn radikale Strategien für die Wirtschaft der Zukunft*, München 1999, S. 95 ff. passim.

5 »On the one hand, the Internet is a quite remarkable and complex phenomenon that cannot be categorized by any previous medium's experience. It is a two-way-mass-communication, it uses the soon-to-be-universal digital binary code, it is global, and it is quite unclear how, exactly, it is or can be regulated. On the other hand, the Internet is changing at historical warp speed.«
Robert W. McChesney: *Rich media, poor democracy. Communication politics in dubious times*, New York 2000, p. 121.

6 Vgl. Kevin Kelly: *NetEconomy. Zehn radikale Strategien...*, a. a. O., S. 169 ff.; Alvin Toffler: *Der Zukunftsschock*, Bern 1970.

7 Zu den indischen Bauernprotesten vgl. Maria Mies: *Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne*, Hamburg 2001, S. 95 ff.

8 Franz Nahrada trifft mit seinem Verweis auf die Geschichte der Diskussionen in der Arbeiterbewegung einen wesentlichen Punkt der Open-Source-Debatte – vgl. Franz Nahrada: *Globale Dörfer und freie Software*, a. a. O. S. 30 f. Diese Diskussion wird im Abschnitt ›Dampfmaschinenkapitalismuskritik‹ weiter verfolgt.

9 Karl Marx: *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S. 8 f.

10 Friedrich Engels: Brief an Joseph Bloch, in: MEW, Bd. 37, S. 465.

11 Die mit der Dampfmaschine einhergehende zentralistische Organisation des englischen Fabrikkapitalismus ist für Marx die Organisationsform schlechthin. Sie wird nicht problematisiert und – mit verheerenden Folgen – auch für seine politischen und sozialen Vorstellungen zur verborgenen Voraussetzung. Zur Diskussion der zentralistischen Organisationsform seit Bakunin in den sozialistischen Theorien vgl.

Wolfgang Eckhardt: Einleitung, in: Bakunin, Michael: Staatlichkeit und Anarchie, Berlin 1999, S. 79 ff.;

Hanjörg Viesel: Anarchismus und emanzipatorische Bewegung, in: ebenda, S. 412 ff.; mit etlichen Belegen.

Bakunins Kritik des Zentralismus in seiner programmatischen Schrift »Die revolutionäre Frage. Föderalismus, Sozialismus, Anti-theologismus«, Münster 2000 (S. 29 ff. und 45 ff.) ist ergänzend mit einer Kritik der Marxschen ökonomischen Theorie zu diskutieren. Landauer etwa regte das – unzweifelhaft aber nicht grundlos verbittert – an.

»Alte Weiber prophezeien aus dem Kaffeesatz. Karl Marx prophezeite aus dem Dampf. Was Marx nämlich für Sozialismusähnlichkeit hielt, für die unmittelbar vorbereitende Stufe vor dem Sozialismus, war nichts, als die Organisation des Produktionsbetriebs, die die technischen Erfordernisse der Dampfmaschine innerhalb des Kapitalismus herbeiführten.«

Gustav Landauer: Aufruf zum Sozialismus, a. a. O., S. 48.

Zu den neuen Kooperationsformen in der Arbeitswelt finden wir im Entwurf 2 von Balzer/Lieberam/Menzner/Wolf keine Bemerkungen. Den neueren Unternehmen und Geschäftsmodellen wird gleichfalls keine Bedeutung geschenkt. Schön spricht er zwar von den Hoffnungen auf einen Zuwachs an Vielfalt und demokratischer Kultur, die etliche Menschen mit dem Internet verbinden. Das Internet allerdings ist hier definitiv ein Medium wie jedes andere.

Parallel zu dieser These vom demokratischen Potential des Internets stellt der Entwurf 2 fest, daß unter den gegebenen kapitalistischen Bedingungen auch im Internet ein Konzentrationsprozeß der Medien-Kapitalmacht stattfindet. Die Tragweite dieser Formulierung erhellt sich, wenn daraus die Frage formuliert wird: bedeutet die Tatsache, daß der Internet-Provider *T-Online* in der Bundesrepublik einen Marktanteil von ca. 25 Prozent hat, daß *T-Online* damit 25 Prozent des deutschen Internets gehören?

Die Analyse von zwei weiteren Monopolen sollen andere Sackgassen dieser Monopol-Kritik transparenter machen.

Microsoft und Basmati-Reis

Basmati-Reis ist ein Monopolprodukt. Seine spezifische Qualität beruht auf einer mehrtausendjährigen Anbautradition. Das dabei gewonnene kollektive Wissen ist gemeinschaftliches Eigentum einer Reisanbauregion in Indien und Pakistan. Original-Basmati-Reis aus China oder den USA gibt es nicht. Dieses Monopol ist nach den Kriterien des Entwurfs 2 »von der Profitlogik, von Weltmarktzwängen und von den großen Unternehmen bestimmt«. Wer sich an dieser Monopolsituation stört, kann allerdings einfach einen anderen Reis kaufen. Nachteile für die Verbraucher und Gefährdungen der Demokratie entstehen dadurch nicht. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Seit 1997 versuchte *Rice Tec Inc.*, genetische Codes dieser spezifischen Reissorte unter eigenem Markennamen als »Original-Basmati-Reis« zu patentieren und damit dieses Monopol zu brechen. Rechtsgrundlage dafür ist der Artikel 27 des *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen; seit 1995 WTO-Welthandelsorganisation), der die *Trade Related Intellectual Property Rights* (TRIPs – handelsbezogene Rechte an intellektuellem Eigentum) behandelt. Danach ist die Patentierung von Lebewesen, Pflanzen, Heilmethoden etc. möglich, die vorher für alle Menschen frei zugänglich waren. In der Folge werden zum Beispiel Reiszüchter und Ärzte in aller Welt zu abhängigen Lizenznehmern. Die Gegenbewegung zu dieser Biopiraterie ist eine der größten und bedeutendsten Antiglobalisierungsbewegungen weltweit. Sie kämpft gegen die Kolonialisierung des kollektiven Wissens um die Basmati-Zucht – und verteidigt so dieses Monopol.⁸

Bei *Microsoft* ist die Monopolsituation eine andere und insofern bedarf die Kritik daran auch einer Radikalisierung. *Microsoft* stellt nicht einfach Software her, für oder gegen die man sich wie bei einer Reissorte entscheiden könnte. Mit unzähligen Software-Programmen kann man einen Brief auf einem PC schreiben. Aber man kann diesen Brief digital nur dann weiterverarbeiten, wenn die technischen Standards kompatibel sind. *Microsoft* nun stellt Lösungen her, die die technischen Standards für die Kommunikation der Men-

schen untereinander normieren. Diese Microsoft-Kommunikationsstandards sind im unterschiedlichen Ausmaß Normen für die Informationstechnologie von der Hardware über die Software bis zur Kommunikation im Internet. Das Monopol-Problem *Microsoft* ist damit ein anderes als beim Basmati-Reis. Es liegt darin, daß mit der Monopolisierung der technischen Bedingungen der Kommunikation die Bedingungen der politischen Meinungsbildung und Teilhabe monopolisiert und der demokratischen Kontrolle entzogen werden. Im Gegensatz dazu ist an die Arbeit der konkurrierenden Open-Source-Bewegung⁸ zu erinnern, von der im übrigen zu hoffen ist, daß sie Monopolist wird.

Die Kritik nach den Kriterien des Entwurfs 2 verklärt Monopole und bagatellisiert beziehungsweise entmutigt in einem. Beim Microsoft-Monopol wird eine reale Gefahr für die Voraussetzungen von Demokratie und damit auch von sozialistischer Politik bagatellisiert. Es ist nicht nur anders, sondern sogar schlimmer. Beim Basmati-Reis-Monopol wird eine weltweite Hoffnung der Globalisierer von unten diskreditiert. Es ist nicht nur anders, es sieht sogar gut aus. Vorausgesetzt, Theorie und Politik sind in der Lage, diesen Unterschied theoretisch zu erfassen und programmatisch werden zu lassen.

Dampfmaschinenkapitalismuskritik

Diese Charakterisierungen der neuen Arbeitswelt, der Medien und der Monopole haben ihren Grund in den theoretischen Voraussetzungen des Entwurfs 2. Er setzt eine Stufe tiefer als der Entwurf 3 beim Verhältnis von Ökonomie und Medien an. Damit bereits steht Entwurf 2 wieder in den Diskussionen, die seit der Ausformulierung sozialistischer Theorien immer wieder diskutiert werden. Der theoretische Ansatz dieses Entwurfs kommt aus einer Welt, die sich um die Dampfmaschine dreht. Deren technologische Notwendigkeiten bedingten die großen Fabrikkasernen mit ihrer spezifischen Organisation des Produktionsablaufs. Da die ungebrochene Aktualität dieser Kritik am Dampfmaschinenkapitalismus immer wieder behauptet oder eingefordert wird, soll diese Theorie hier selbst kurz zu Wort kommen.

Einige der Dampfmaschinenkapitalismuskritiker halten zum Beispiel Marx' *Kritik der politischen Ökonomie* in der Hand und pochen auf das Buch sowie darauf, daß »die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei. ...die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft (geraten) in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen« und »es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein«⁹.

Mit Karl Valentin möchte man hier ausrufen, daß die Zukunft früher auch besser war. Andere Kritiker verweisen dagegen auf die Wirkung nicht-ökonomischer Einflüsse und erinnern an einen späten Brief von Engels: »Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen. Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen.«¹⁰

12 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 445.

13 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 602 (Hervorhebung im Original).

14 Vgl. Gottfried W. Leibniz: Neue Abhandlungen über den menschlichen Verstand (Philosophische Schriften, Bd. III/2), Darmstadt 1961, S. 665 ff.; Umberto Eco: Die Suche nach einer vollkommenen Sprache, München 1994, S. 285.

15 Eine Auseinandersetzung mit Manuell Castells Konzept einer »Netzwerkgesellschaft« würde den schon sehr weiten Rahmen dieses Essays sprengen. Vgl. Manuell Castells: Das Informationszeitalter. Teil I: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2001; Matthias Machnig: Netzwerkgesellschaft und Netzwerkpartei, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,99300,00.html> (20.10.2000).

16 Christoph Engemann hat diese Möglichkeiten in seinem Artikel »Das Internet und die neue Gestalt bürokratischer Herrschaft: Electronic Government« a. a. O. (S. 45 f. und 51) nicht im Blick. Er geht von sich im Internet duplizierenden Herrschaftsstrukturen aus, die er durch Max Webers Bürokratiekritik begründet sieht und in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit zur positiven Desillusionierung der »Linken« zu enthüllen sucht. Schon für Max Weber aber ist Bürokratie lediglich ein Instrument der Herrschaft und Herrschaft nur ein Sonderfall der

Macht. Macht ist für Weber ein gegenseitiges Verhältnis, in dem Herrschaft zustande kommen kann oder eben auch nicht. Der Gegenstand Engemanns ist infolgedessen gar nicht das Kommunikationsmedium Internet selbst, in und mit dem auch emanzipatorische Bewegungen diese Machtkämpfe austragen, sondern die seiner Meinung nach im Informationsmedium Internet omnipotenten Herrschaftsstrukturen. Diesen zu entrichten ist theoretisch und praktisch den bürokratisch Verwalteten – immer noch gut orwellsch – versagt.

17 »Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln. (...) Der Rundfunk müßte demnach aus dem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren. Deshalb sind alle Bestrebungen des Rundfunks, öffentlichen Angelegenheiten auch wirklich den Charakter der Öffentlichkeit zu verleihen, absolut positiv. (...) Sollten Sie dies für utopisch halten, so bitte ich Sie darüber nachzudenken, warum es utopisch ist.«

Bertolt Brecht: Radiotheorie, in: Pias, C.; Vogl, J.; Engell, L.; Fahle, O.; Neitzel, B. (Hrsg.), Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard, Stuttgart 1999, S. 260 f.

18 »In den sozialistischen Bewegungen hat die Dialektik von Disziplin und Spontaneität, Zentralismus und Dezentralisation, autoritärer Führung und anti-autoritärer Desintegration seit geraumer Zeit einen toten Punkt erreicht. Hinweise zur Überwindung dieses Zustandes können

In der unkritischen Adaption einiger zu sogenannten Klassikern stilisierter Texte könnte auch der Grund für das fatale Verkennen der neuen Organisationsformen des Produktionsablaufs liegen: Marx kennt nur Handwerk, Manufaktur und die den Menschen zum Teil der Maschine machende Fabrik. Die zentralistische und hierarchische Fabrikorganisation ist für ihn der Höhepunkt der Menschheitsentwicklung vor dem Sozialismus.¹¹ Zur Funktion des Arbeiters in der Fabrik lesen wir in *Das Kapital*: »In Manufaktur und Handwerk bedient sich der Arbeiter des Werkzeugs, in der Fabrik dient er der Maschinerie. Dort geht von ihm die Bewegung des Arbeitsmittels aus, dessen Bewegung er hier zu folgen hat. In der Manufaktur bilden die Arbeiter die Glieder eines lebendigen Mechanismus. In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen, und sie werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt.«¹² In den *Grundrissen* dagegen beschrieb Marx die Produktion und damit den Arbeiter von der Bedeutung des Wissens und der Information her knapp und anders: »Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind.«¹³

Mit dem theoretischen Ansatz des Entwurfs 2 kann man weder die neue Arbeitswelt noch die Möglichkeiten des Internets als Kommunikationsmedium erfassen. Weiter werden politische Forderungen erhoben, die sehr konkret erscheinen und die etliche Sozialisten mittragen könnten. Diese Forderungen können aber nicht konsistent begründet werden und sind insofern eher populistisch denn konkret.

Der Entwurf 2 ist mit seinem theoretischen Ansatz auf der Höhe der Zeit; allerdings auf der Höhe jener Zeit, als es in Frankfurt-Höchst außer Arsensäure, Anilinöl und einem grenzenlosen Vertrauen in die Möglichkeiten der Chemie nur eines in der 100 Quadratmeter großen Fabrikhalle der jetzigen *Aventis* gab: eine Dampfmaschine von drei Pferdestärken.

Vom Industrie- zum Informationskapitalismus

Der Entwurf 1 von Brie/Klein/Brie geht davon aus, daß eine sozialistische Politik im Bundes- und Weltmaßstab weder kurz- oder mittelfristig durchsetzbar ist, noch daß eine adäquate Theorie dafür fertig vorliegt. So öffnet er die Wege für eine pluralistische sozialistische Bewegung. In einem befreit er sich damit von der Vereinahmung des Sozialismus durch ein Modell. Der Entwurf 2 dagegen erweckt ganz oder teilweise den Eindruck, als ließe sich theoretisch bruchlos an klassische Modelle anschließen und in dieser Tradition die nahende Revolution vorbereiten oder die permanente Revolution organisieren.

Die verheerenden Konsequenzen des Entwurfs 2 sollen hier hinsichtlich ihrer theoretischen Voraussetzungen nicht weiter verfolgt werden. An einigen Beispielen wurde zu zeigen versucht, wie schon die Analyse und Kritik der neuen Arbeitswelt, der Medien oder der Monopole in die alten Sackgassen gerät; Sackgassen, die übrigens auch von anderen Sozialisten schon seit über 150 Jahren benannt

und zu kritisieren versucht werden. Manche dieser Sackgassen haben auch Köhne/Brakebusch im Entwurf 3 nicht abgesperrt.

Brie/Klein/Brie eröffnen mit einer Begriffsbestimmung. »Informationskapitalismus« heißt es hier statt »Industriekapitalismus«. Das übertrifft konkurrierende Begriffe wie »Wissensgesellschaft«, »Digitaler Kapitalismus« oder »Netzwerkgesellschaft« bei weitem.

Die Rede von einer »Wissensgesellschaft« etwa setzt voraus, daß sich vorherige Gesellschaften durch einen Mangel an Wissen auszeichnen. Schon der kurze Blick auf die Geschichte des Basmati-Reises und die Begehrlichkeiten der LifeScience-Konzerne heute sollte zweifeln lassen. Schaut man auf die Informationstechnologien, bleibt für derart historischen Hochmut auch kein Platz. Das Projekt einer Wissensgesellschaft, in der die verschiedenen Wissensgebiete mit Hypertexten untereinander verknüpft und für die Gesellschaft produktiv gemacht werden, ist bei Leibniz explizit vor 300 Jahren entworfen.¹⁴ Das respektable Konzept der »Netzwerkgesellschaft« beschreibt lediglich die formale Struktur des Informationszeitalters.¹⁵ Die Begriffsbestimmung »Digitaler Kapitalismus« schließlich hat mindestens mit dem Problem zu kämpfen, daß die Biotechnologie – als zweite Informationstechnologie – damit kaum erfassbar ist.

Informationskapitalismus heißt, daß der Besitz von Ländereien, Rohstoffen oder Arbeitsheeren zunehmend bedeutungsloser wird. Dagegen steigt der Anteil der verarbeiteten Informationen. Diese können digital transferiert, verschenkt oder getauscht werden, ohne daß sie ihren ursprünglichen Besitzer verlassen. Die Frage ist damit nicht mehr, wer eine Information besitzt, sondern wer Zugang zu diesen problemlos reproduzierbaren Informationen hat.

Mit diesem Verständnis ist die Voraussetzung gegeben, die neuen Organisationsformen zu erfassen, die mit dem tradierten Bild des Industrieproletariers im Industriekapitalismus verfehlt werden. Die Betonung der »kreativen, kommunikativen und sozialen Leistungen« der Arbeiter entspricht zunehmend dem Aufgabenfeld des Arbeiters in der Informationsgesellschaft. Eine differenzierte Kritik an Monopolen ist möglich, weil unterschieden werden kann, was, wie und für wen sie denn nun monopolisieren und wie das zu unterscheiden ist. Nur mit diesem theoretischen Ansatz lassen sich die sozialistischen Traditionen kritisch aufnehmen, die die Möglichkeiten einer gegenseitigen radikaldemokratischen Kommunikation diskutieren¹⁶; zu denken ist hier etwa an Brecht¹⁷ oder Enzensberger¹⁸.

Von diesem anderen theoretischen Verständnis ist es dann auch möglich, eine sachlich angemessene Kritik dieser neuen Entwicklungen zu formulieren. Eine Kritik zum Beispiel daran, daß das Toyota-Management-Modell im Volvo-Werk Uddevalla unter Einbeziehung der Gewerkschaften mit enormem wirtschaftlichen Erfolg lief, das Werk aber aus politischen Gründen geschlossen wurde¹⁹, oder eine Kritik daran, wie *amazon.com* mit den gewonnenen Kundendaten umgeht²⁰. Und es bietet Lösungsansätze für das Problem, daß die Fabrik eine andere ist, die Arbeiter darin auch, die Arbeitslosen davor aber nicht.²¹ Erst auf diesem gehobenen theoretischen Verständnis wird verständlich, warum *amazon.com* seit der Gründung 1995 noch nie eine positive Geschäftsbilanz gehabt hat und AOL

netzartige Kommunikationsmodelle liefern, die auf dem Prinzip der Wechselwirkung aufgebaut sind: eine Massenzeitung, die von ihren Lesern geschrieben und verteilt wird, ein Videonetz politisch arbeitender Gruppen usw.«

Hans Magnus Enzensberger: Baukasten zu einer Theorie der Medien, in: Kursbuch Medienkultur, a. a. O. Stuttgart 1999, S. 275. Enzensberger hat seine euphorische Einschätzung der netzartigen Kommunikationsmodelle wohl unter dem Eindruck der zunehmenden Kommerzialisierung des Internets zurückgenommen; der theoretische Ansatz bleibt davon meines Erachtens unbenommen – vgl. Enzensberger, Hans Magnus: Das digitale Evangelium, in: Der Spiegel, Nr. 2/2000.

19 Zur Schließung des Volvo-Werks in Uddevalla vgl. André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, a. a. O., S. 49 ff.

20 Vgl. Armin Medosch: Amazon im Kreuzfeuer. Cyberrights-Gruppen auf beiden Seiten des Atlantik kritisieren den Umgang des Online-Händlers mit Nutzerdaten und wollen, dass die Behörden einschreiten, in: Telepolis. Magazin für Netzkultur, URL: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/4409/1.html> (05.12.2000)

21 »Although I agree that the Internet will be part of massive social changes, I do not share the optimism of the Gilders and Negropontes. Their Utopianism is based not just upon a belief in the magic of technology but, more important, upon a belief in capitalism as a fair,

rational, and democratic mechanism.«
 Robert W. McChesney:
 Rich media..., a. a. O.,
 p. 121; vgl. auch Hans
 Jürgen Krysmanskis Kritik
 der »California Ideology«
 in Ders.: High-Tech-Anti-
 Kapitalismus: Ein Wider-
 spruch in sich?, a. a. O.,
 S. 101 ff.

Time Warner im Sommer 2001 trotzdem Anteile für 100 Millionen US-Dollar erwarb, oder wie *Microsoft* und andere der Netzwerk-ökonomie folgende Unternehmen zu diesen exponentiellen Börsennotierungen kamen, und warum der neue Biokolonialismus einer der gefährlichsten Angriffe auf die Lebensgüter der Menschheit ist, der in seinen möglichen Auswirkungen kaum überschätzt werden kann.

Lob der Verständlichkeit

Problematisch ist der Text von Brie/Klein/Brie durch seine Struktur, die nicht erläuterten Begriffe und die eingestreuten Relativierungen. Der Verzicht auf einen systematischen Aufbau zum Beispiel von einer Beschreibung und Analyse der vorgefundenen Bedingungen über eine Kritik dieser vorgefundenen Bedingungen hin zu einer Entwicklung von alternativen Modellen und Politikvorschlägen verunklart etliche Positionen. Dieser Verzicht ist weder zwingend erforderlich noch ein Gewinn für die Lesbarkeit. Die für eine sozialistische Programmatik herausfordernde Frage nach dem Engagement sozialistischer Politik in unserer und der ›Dritten Welt‹ etwa ließe sich so analytisch besser fassen. Mit einer Bestimmung der differierenden historischen und regionalen Situationen kann genau unterschieden werden, was etwa das Internet oder der Besitz von Rohstoffen in der Bundesrepublik und in der ›Dritten Welt‹ bedeutet.

Relevante Probleme gibt es offenbar genug. Aus diesen Problemen Fragestellungen zu entwickeln sowie Lösungswege und Ziele zu formulieren, ist Aufgabe eines Programms. Dazu sollte es den politisch Interessierten an die Hand nehmen, nicht aber im Morgennebel suchen lassen.

Der Essay wurde im September 2001 als Diskussionsvorlage geschrieben. Für die Veröffentlichung in UTOPIE kreativ wurde der Text korrigiert sowie um die erläuternden Nachweise, Belege und Literaturangaben ergänzt. Für die anregenden Diskussionen danke ich besonders Dirk Franke und Olaf Miemiec.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT

Die Selbstbestimmung der Frau und die Gentechnologie

Wenn es um die Förderung der neuen medizin-technischen Möglichkeiten auf dem Gebiet der Reproduktions- und Gentechnologien – sowohl durch Gesetzesänderungen als auch mittels staatlicher Subventionen – geht, dann wird von den Befürwortern gern mit der ›Erweiterung der Selbstbestimmungsmöglichkeiten von Frauen‹ argumentiert. Begriff und Praxis von Selbstbestimmung haben jedoch eine Geschichte, die keineswegs nur eine geradlinig verlaufende Erweiterung der Freiheitsgrade von Frauen darstellt. Insofern lohnt es sich, diese Entwicklungen kurz aufzuzeigen.

Dabei ist zunächst der Hinweis darauf notwendig, daß der Begriff Selbstbestimmung eng mit einem weiteren Begriff verbunden ist – dem der Selbstverantwortung. Deshalb lassen sich die Inhalte beider Begriffe sowie die sich jeweils daraus ergebenden Handlungsoptionen und Konsequenzen nicht unabhängig voneinander analysieren. Das Verständnis beider Begriffe hat sich im Zusammenhang mit den neuen Möglichkeiten der Gen- und Reproduktionstechnologien nicht nur verändert, es haben sich geradezu diametrale Betrachtungsweisen entwickelt. Trotz Unterschieden in Details und Begründungen¹ kann von zwei großen Richtungen gesprochen werden: Für die eine (›pro Gentechnologie‹) ist es gleichbedeutend mit der Wahrnehmung von Verantwortung und der Realisierung von Selbstbestimmung der Frauen beziehungsweise der Paare, wenn diese die neuen Techniken nutzen, um ein ›gesundes Kind‹ zu bekommen. Die Vertreter der zweiten Richtung lehnen die weitere Erforschung und den Einsatz dieser neuen technischen Möglichkeiten mit dem Hinweis auf die Verantwortung für zukünftige Generationen ab beziehungsweise sprechen in diesem Zusammenhang von ›Verletzung der Menschenwürde‹. Diese beiden Grundtendenzen finden sich sowohl in der modernen Frauenbewegung als auch in Organisationen und Zusammenschlüssen behinderter Menschen. So teilt zum Beispiel der *Mukoviszidose e.V.* »die schweren Bedenken gegen eine Zulassung der Präimplantationsdiagnostik« (PID)². Jedoch haben – erklärt der Verein – »betroffene Eltern, die einen Schwangerschaftsabbruch ablehnen, ... nur mit der PID die Chance auf ein weiteres Kind ohne diese Erkrankung. Der Verein will diese Eltern mit ihren Sorgen nicht durch ein Verbot der PID alleine gelassen sehen. Sollte die PID zugelassen werden, sind humangenetische Beratung, Einzelfallbegutachtung durch interdisziplinäre Ethikkommissionen und strenge Kontrolle der ausführenden Personen unabdingbare Voraussetzungen.«



Viola Schubert-Lehnhardt – Jg. 1955; Dr. phil. habil., studierte in Leningrad Philosophie, war von 1987 bis 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ethik und Geschichte der Medizin der Martin-Luther-Universität Halle, seit 1997 Projektleiterin im Bildungsverein Elbe-Saale e.V. Foto: privat

Die Redaktion von UTOPIE kreativ hält auch gegen den Wunsch der Autorin am Schreibkonservatismus fest. Auch wenn bei Begriffen, die große Personengruppen unterschiedlichen Geschlechts umfassen, die zweifelhafte Schreibneuerung des »aufstürzenden ›l‹« nicht angewandt wird, sind natürlich immer dort, wo Personen unterschiedlichen Geschlechts betroffen sind, auch beide Personengruppen gemeint.

1 Den Verästelungen im einzelnen kann hier nicht nachgegangen werden. Dazu sei auf die einschlägige Literatur verwiesen, vor allem: Heidi Hofmann: Die feministischen Diskurse über Reproduktionstechnologie. Positionen und Kontroversen in der BRD und in den USA, Frankfurt/M., New York 1999; Antje Kehrbach: Weibliche Selbstbestimmung und vorgeburtliche Diagnostik, in: Dr. med. mabuse, 26(2001)2.

2 Präimplantationsdiagnostik (PID) – gendiagnostische Untersuchung der im Reagenzglas befruchteten Eizelle vor dem Transfer in den weiblichen Körper.

3 Vgl. Beate Lakotta: Zeugung auf belgisch, in: Der Spiegel, Nr. 12/ 2001, S. 290-293.

4 Pressemitteilung der Bundesärztekammer vom 21. März 2001: PID: Hoppe fordert glasklare gesetzliche Regelung.

5 Vgl. Elisabeth Beck-Gernsheim: Gesundheit und Verantwortung im Zeitalter der Gentechnologie in: Beck, U., Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M. 1994, S. 326.

6 Vgl. internet homepage: Gender Killer Schultz Susanne Feministische Bevölkerungspolitik. Zur Internationalen Debatte um Selbstbestimmung (www.nadir/archiv...nismus/genderkiller/gender_2.html).

7 Vgl. Christa Wichterich: Mensch nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen 1994, S. 57.

Das Magazin *Der Spiegel* beschreibt eine »Zeugung auf belgisch« wie folgt: Ein Ehepaar versucht nach zwei Schwangerschaften, bei denen der Embryo auf Grund eines Chromosomendefektes jeweils bereits im Mutterleib abgestorben ist, mittels PID einen Embryo auszuwählen, der die Chance hätte, zu einem Baby heranzuwachsen. Ihnen gehe es, so das Ehepaar Graumann, nicht darum, Leben auszuwählen oder zu vernichten, sondern darum, daß überhaupt Leben zustandekommt.³

Diese beiden Beispiele deuten bereits an, daß es keine einfachen Lösungen geben kann. Dies um so mehr, als die neuen Techniken vor nationalen Grenzen nicht haltmachen und mindestens eine europäische Dimension haben. In die Überlegungen für eine gesetzliche Regelung ist zudem der Hinweis des Präsidenten der Bundesärztekammer, Jörg-Dietrich Hoppe, einzubeziehen, daß Politik nicht die Augen davor verschließen darf, »dass die betroffenen Paare weder auf Kinder verzichten wollen, noch sich zu einer Adoption entschließen«⁴, sondern den Weg zur Erfüllung ihres Kinderwunsches in anderen Staaten der EU suchen.

Der Beitrag, den die Ethik in diese gesellschaftliche Debatte einbringen kann, besteht aus meiner Sicht darin, die Bedeutung von Begriffen zu analysieren, um so die oft unausgesprochenen Voraussetzungen kontroverser Positionen offenzulegen und Mißverständnisse auszuräumen und dadurch Einigung zu erleichtern oder Streitpunkte deutlicher zu machen.

Vom schleichenden Bedeutungswandel des Begriffes Verantwortung

Je mehr sichere Methoden der Empfängnisverhütung im Lauf der Entwicklung verfügbar wurden, desto mehr breitete sich die Idee der verantwortlichen Planung des Kinderwunsches aus. Gemeint war damit zunächst ein quantitativer Aspekt. »Es ging darum, nur so viele Kinder zu bekommen, wie man angemessen ernähren und aufziehen konnte. Inzwischen, mit der Herausbildung neuer Möglichkeiten in der Reproduktionsmedizin und Pränataldiagnostik, hat sich auch der Begriff der Verantwortung weiterentwickelt...«⁵ Er bekam einen neuen Klang. Zunehmend wird er im Sinne einer qualitativen Auswahl gefaßt. Es gelten dabei nur diejenigen als »verantwortungsvoll, mündig und damit selbstbestimmt, die sich entsprechend eugenischer ... Maßstäbe«⁶ verhalten. In Zukunft werden verantwortungsbewußte Eltern vielleicht prüfen müssen, ob ihr eigenes Erbmaterial noch den Ansprüchen des Zeitgeistes entspricht oder ob sie besser auf die höherwertigen Erbanlagen eines Nobelpreisträgers aus der Samenbank oder der jüngeren, hübscheren, gesünderen Eispenderin zurückgreifen sollten.⁷

Schon heute ist in der öffentlichen Meinung die Tendenz zu beobachten: Je einfacher es technisch wird, genetische Mißbildungen des Fötus zu diagnostizieren, desto mehr Schuld wird Eltern beziehungsweise Müttern zugewiesen, wenn sie behinderte Kinder zur Welt bringen. Verantwortung wird dabei neu interpretiert als Verantwortung gegenüber der Gesellschaft (die für notwendige Behandlungen und medizinische Hilfen finanziell mit aufkommen muß), als Verantwortung gegenüber dem Mann und seiner Lebensplanung, als Verantwortung gegenüber den bereits geborenen Kindern und ihren

Ansprüchen, gegenüber den Großeltern, die auf ein gesundes, niedliches, vorzeigbares Enkelkind hoffen und letztendlich als Verantwortung gegenüber dem noch ungeborenen Kind. Zudem wird verstärkt danach gefragt, ob man dem Kind das Schicksal der Behinderung aufbürden, ihm eine Existenz zwischen Mitleid, Ablehnung und Abhängigkeit zumuten dürfe.⁸ Spätestens hier zeigt sich sehr deutlich die Prägung von Vorstellungen über Behinderung und Leid durch den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext. Das wird illustriert durch einen Präzedenzfall aus dem Jahre 1993 in Italien, der grundsätzlich auch in Deutschland denkbar wäre. »Eine 37jährige schwarze Italienerin, die mit einem weißen Mann verheiratet ist, ließ sich von dem römischen Gynäkologen Aragona die Eizelle einer weißen Frau einpflanzen, die mit dem Sperma ihres Mannes befruchtet worden war. Die Frau begründete ihre Entscheidung damit, sie wolle ihrem Kind nicht zumuten, in einer rassistischen Gesellschaft diskriminiert zu werden...«⁹

Diese hier angedeutete Fremdbestimmung der Frau durch das gesellschaftliche Umfeld wird noch dadurch verstärkt, daß die Anwendung der neuen Diagnose- und Therapiemöglichkeiten immer die aktive Beteiligung von Spezialisten, das heißt dritter Personen, einschließt. Die Entscheidungen zur Geburtenregelung sind nicht länger, so Susan Sherwin, eine private Angelegenheit des betreffenden Paares beziehungsweise der Frau. Deshalb könne nicht von Freiheitsgewinn für Paare oder Frauen durch diese neuen Techniken gesprochen werden, sondern von Verringerung der Freiheit.¹⁰

Außerdem, so die Kritik vieler Feministinnen, werden die neuen medizin-technischen Möglichkeiten eher dazu genutzt, die Mutterfunktion von Frauen zu verfestigen und die entsprechenden sozialen Rollen zu internalisieren. Nichtmuttersein wird als eine Krankheit beziehungsweise als ein sozialer Nachteil angesehen, der nun dank der neuen Möglichkeiten nicht mehr hingenommen werden müsse.¹¹ Sie kritisieren weiterhin (und ich teile diese Kritik), daß Planbarkeit und technokratische Verwaltung des Körpers (vor allem des weiblichen) als Zeichen von Befreiung der Frau angesehen werden.¹²

Durch solche Denkmodelle wird suggeriert, daß das Ziel pränataler Diagnostik nichts mit Eugenik zu tun habe, sondern lediglich rationale Lebensplanung sei.¹³ Was dabei rational ist (oder sein soll), wird zudem auch danach differenziert, in welchem Teil der Welt – ob in der ›Ersten‹ oder der ›Dritten‹ – die Frau lebt. In einem bemerkenswerten Buch zum Vergleich der Bevölkerungspolitik in Nord und Süd wird eindrucksvoll herausgearbeitet, in welchem Grade die Bewertung und Nutzung dieser Technologien in bezug auf die ›Erste‹ und ›Dritte Welt‹ differieren. Auf der einen Seite werden alle zur Verfügung stehenden technischen Mittel zur Zeugung von (gesunden) Kindern eingesetzt (in den sogenannten entwickelten Industrienationen). In den überbevölkerten Ländern des Südens wird unverhohlen wirtschaftlicher und rechtlicher Druck ausgeübt, um die Kinderzahl vor allem mittels Abtreibung und Sterilisation zu beschränken.¹⁴ Gesteuert wird beides natürlich durch die gleichen Konzerne. Jutta Ditfurth bezeichnete diese Doppelzüngigkeit bei der Interpretation des Selbstbestimmungsrechts der Frau als »Einfallstor für gentechnischen Rassismus«¹⁵.

8 Vgl. Elisabeth Beck-Gernsheim: *Gesundheit und Verantwortung...*, a. a. O., S. 328.

9 Zitiert nach Christa Wichterich: *Mensch nach Maß...*, a. a. O., S. 55.

10 Vgl. Susan Sherwin: *Feministische Ethik und In-vitro-Fertilisation*, in: Nagl-Docekal, H.; Pauer-Studer, H. (Hrsg.), *Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik*, Frankfurt/M. 1993, S. 237.

11 Vgl. internet-homepage »Gender-Killer«: Sabeth Buchmann Formkontrollen (www.nadir/archiv...nismus/genderkiller/gender_4.html).

12 Vgl. ebenda.

13 Vgl. Christian Mürner et al.: *Schöne heile Welt. Biomedizin und Normierung des Menschen*, Hamburg/Berlin 2000, S. 121.

14 Vgl. Christa Wichterich: *Mensch nach Maß...*, a. a. O., S. 17.

15 Jutta Ditfurth: *Feuer in die Herzen. Plädoyer für eine ökologische linke Opposition*, Hamburg 1992, S. 25.

Vertreter solcher Interpretation werden weiterhin zu Recht dafür kritisiert, daß hier individuelle Selbstbestimmung im Zusammenhang mit Pränataldiagnostik normativ auf das Ausschöpfen technischer Möglichkeiten reduziert wird und die Ablehnung dieser Techniken, Kontrollverlust und Unwissen nicht länger gesellschaftlich opportun sind. Sehr treffend bezeichnete Theresia Haidlmayr dieses Verständnis von Selbstbestimmung als eine bloße Worthülse für die Erfüllung gesellschaftlicher Erwartungen.¹⁶

16 Vgl. Theresia Haidlmayr: Die Bedeutung der Bioethik für Frauen mit Behinderung (internet-version (www1.parlinkom.gv.at/pol/pm/XXI/A/texte/001/A00143_)).

Selbstbestimmung – Nachdenken über den Begriff und seine Konsequenzen

Selbstbestimmung fehlt als Begriff zwar in den gängigen medizinethischen Lexika (es finden sich lediglich Verweise auf die Begriffe Autonomie beziehungsweise Arzt-Patient-Beziehung), gleichwohl wird er (im Sinne von Autonomie) als das »einigende Paradigma der neuen Medizinethik«¹⁷ bezeichnet. Er entstand im Zusammenhang mit zunehmenden Forderungen nach mehr Patientenrechten – worauf hier nicht eingegangen werden kann.

17 Bettina Schöne-Seifert: Präimplantationsdiagnostik und Entscheidungsautonomie. Neuer Kontext – altes Problem, in: Ethik in der Medizin 1999, Bd. 11, Supplement 1, S. 87.

In der Regel wird die Begriffsgeschichte mit einem Rekurs auf Immanuel Kant verbunden. Er betrachtet Selbstbestimmung im Zusammenhang mit der Kraft eines Subjekts durch die Vorstellung von etwas Künftigem als Wirkung eben der Kraft, die sich durch diese Vorstellung leiten läßt.¹⁸ Das heißt, ich selbst bin in der Lage, durch meine eigene Entscheidung meine Zukunft zu bestimmen.

18 Vgl. Immanuel Kant: Anthropologie in pragmatischer Hinsicht, Hamburg 1980, S. 11 ff.

Ohne weiter der Theoriegeschichte im Detail zu folgen, soll hier sofort auf Verständnis und Gebrauch seit Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts eingegangen werden. Damals war es zum einen die Behindertenbewegung der alten Bundesrepublik, die diesen Begriff beziehungsweise den in ihm enthaltenen Autonomieansatz im Sinne eines unabhängigen Lebens außerhalb von Anstalten aufgriff und sich zu eigen machte. Einen vorläufigen Höhepunkt fand diese Entwicklung 1994 in der Verankerung des Benachteiligungsverbots im Grundgesetz.¹⁹ Zum anderen war es die Frauenbewegung der alten BRD, die unter dem Slogan »Mein Bauch gehört mir« für die Abschaffung des § 218 und die selbstbewußte Verfügung der Frauen über ihren Lebensentwurf kämpfte.²⁰ Selbstbestimmung wurde seit dieser Zeit zu einer der wichtigsten Positionen der (alt)bundesdeutschen Frauenbewegung. In den achtziger Jahren kam durch die Möglichkeit von pränataler Diagnostik eine neue Komponente hinzu. Von nun an traten auch hier deutlich jene Muster hervor, die bereits in bezug auf den Begriff Verantwortung beschrieben wurden. Es entwickelten sich sehr unterschiedliche Interpretationen und Standpunkte innerhalb der Frauenbewegung. Einige Autoren sprechen in diesem Zusammenhang auch von Spaltung beziehungsweise von der Existenz sich konträr gegenüberstehender Lager.

19 Vgl. Anne Waldschmidt: Selbstbestimmung als Konstruktion. Alltagstheorien behinderter Frauen und Männer, Opladen 1999, S. 18.

20 Vgl. Rita Seitz: Mein Bauch gehört mir? Schwangerschaftsabbruch als Möglichkeit weiblicher Autonomie, Pfaffenweiler 1993.

Beide Bewegungen – die der Frauen und die der Behinderten – waren und sind in ihren heutigen Entwicklungen stets in einem bestimmten gesellschaftlichen Kontext verortet. Schon die erste der berühmten vier Kantschen Fragen »Was kann ich wissen?« ist durch die jeweilige Gesellschaft und den Platz des Fragenden bestimmt. »Was kann ich wissen« in Zeiten von zunehmendem Lehrermangel, Unterrichtsausfall und einer wachsenden Zahl von Analphabeten in

Deutschland – aber auch von Internet, Globalisierung und (Werbe) Fernsehen?

Gerade der zuletzt genannte Aspekt darf beim Thema »Schöne neue Welt«²¹ nicht unterschätzt werden. Denn von wo beziehen die meisten Menschen ihre Vorstellungen über die Welt?– zunehmend aus dem (Werbe)Fernsehen. Und dort sehen sie in der Regel den jungen, gesunden, fitten, leistungsfähigen Menschen. Elisabeth Beck-Gernsheim bezeichnet die Gesundheitsverheißung durch die Lobbyisten der Gentechnologie und nicht zuletzt der Pharmaindustrie als eine Art Brückenkopf-Strategie. Die zumindest partielle Akzeptanz des Gesundheitsthemas kann dabei vorausgesetzt werden, denn »gegen Gesundheit kann man nicht argumentieren«²².

Moral – Markt(kapital) – Manipulation

Wenn es um die Verbindung von Gentechnologie und Kapital geht²³, dann geht es in erster Linie um Aktienkurse, Gewinnerwartungen, Marktmacht und Verdrängungsstrategien. Diese haben in der modernen kapitalistischen Gesellschaft immer auch etwas mit Werbung, Manipulation und Selbsttäuschung zu tun.

So hat zum Beispiel Eberhard Göpel für die Alkohol- und Tabakwerbung in Deutschland recherchiert, daß für diese 30mal mehr Geld ausgegeben wird, als für die Aufklärung über gesundheitsfördernde Lebensweisen.²⁴ Das heißt auch, daß das kreative Potential von Künstlern, Designern und Werbefachleuten vor allem für die Propagierung gesundheitlich, sozial und ökologisch törichter Lebensstile eingekauft wird – die Frage von wem und wozu beantwortet sich von selbst. Auch wenn es mir bisher nicht gelungen ist, ähnliche Angaben zum Werbeetat der Bio- und Medizintechnologieanbieter zu finden, sprechen die folgenden Angaben eine deutliche Sprache: Bereits 1987 haben US-amerikanische Ehepaare privat eine Milliarde US-Dollar für die Behandlung von Unfruchtbarkeit ausgegeben. Das Überschreiten der Zwei-Milliarden-Dollar-Grenze war für einen Zeitraum von nur drei Jahren, nämlich bis 1990 anvisiert.²⁵ Für den weltweiten Absatz von biotechnologischen Produkten wird eine Absatzsteigerung von 30 Milliarden Euro im Jahre 1999 auf 200 Milliarden Euro im Jahre 2010 prognostiziert.²⁶ Wie bei dieser Gewinnspanne die Werbeetats ausfallen, ist leicht vorstellbar. Das erinnert an jenes von Dunning stammende Zitat, das Karl Marx im *Kapital* anführt. »Das Kapital hat einen horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.«²⁷

Die feministische Theoretikerin Rosalind Pollack Petchesky schrieb unter Bezugnahme auf die *Deutsche Ideologie*: »In Analogie zu Marx könnte man sagen, Frauen treffen bezüglich der Reproduktion ihre eigenen Entscheidungen, sie treffen sie jedoch nicht in ihrem eigenen Interesse, sondern unter Bedingungen, die sie nicht selbst geschaffen haben, unter gesellschaftlichen Zwängen, denen sie – wie die meisten Individuen – machtlos gegenüberstehen. Diese

21 So der Titel einer Konferenz in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Euthanasie in Bernburg im April 2001, in deren Rahmen dieser Beitrag entstand.

22 Elisabeth Beck-Gernsheim: *Gesundheit und Verantwortung...*, a. a. O., S. 322.

23 Und damit philosophiegeschichtlich auf den Ansatz von John Locke, der Rechte stets im Zusammenhang mit Leben, Freiheit und Besitz betrachtet.

24 Vgl. Eberhard Göpel, Günter Hölling: *Die Salutive. Bausteine für eine Salutogenese-Initiative*, in: *Salutive. Beiträge zur Gesundheitsförderung und zum Gesundheitstag 2000*, Berlin 2000, S. 181.

25 Vgl. Heidi Hofmann: *Die feministischen Diskurse...*, a. a. O., S. 52.

26 Vgl. Elke Pfeifer: *Biotechnologie gilt als der einzige Lichtblick. Segment wächst in einem schrumpfenden »Wachstumsmarkt«*, in: *Mitteldeutsche Zeitung vom 24. Dezember 2000*.

27 Zitiert nach Karl Marx: *Das Kapital*. Erster Band, in: *Marx/Engels Werke (MEW)*, Bd. 23, S. 788.

Tatsache, daß Menschen die sozialen Strukturen, innerhalb derer sie handeln, nicht selbst bestimmen, suspendiert weder ihre Entscheidungsfreiheit noch ihr moralisches Urteilsvermögen. Es bedeutet nur, daß wir uns weniger auf die Frage der ›Entscheidung‹ zu konzentrieren haben als vielmehr darauf, wie die gesellschaftlichen Bedingungen der Entscheidung, der Arbeit und der Reproduktion zu transformieren sind.«²⁸

28 Zitiert nach Heidi Hofmann: Die feministischen Diskurse..., a. a. O., S. 161.

Damit sind wir bei der zweiten Kantschen Frage – »Was soll ich tun?« – und damit auf der Verantwortungsebene.

Von der ›Schönen neuen Welt‹ zum ›Schönen neuen Menschen‹?

In der 1953 gedruckten Auflage seines 1932 erstmals erschienenen Romans *Brave new world* schrieb Aldous Huxley: »Alles in allem sieht es ganz so aus, als wäre uns Utopia viel näher, als irgend jemand es sich vor nur fünfzehn Jahren hätte vorstellen können. Damals verlegte ich diese Utopie sechshundert Jahre in die Zukunft. Heute scheint es durchaus möglich, daß uns dieser Schrecken binnen eines einzigen Jahrhunderts auf den Hals kommt...«

Mit der Voraussage zu den technischen Möglichkeiten hat er, allgemein gesehen, recht behalten. Seine deutliche Wertung, daß dies ein Schrecken sei, wird heute vielfach so nicht geteilt. Viele Menschen verknüpfen mit diesen modernen technischen Möglichkeiten unterschiedlichste Hoffnungen und Wünsche – sei es die auf zu erwartende Steigerung der Aktienkurse von Biotechnologieunternehmen, sei es die Erhöhung der Heilungschancen von Krankheiten, sei es die Ausdehnung der Möglichkeiten zur Selbstbestimmung in weiteren Lebensbereichen.

Der US-Amerikaner Lee M. Silver hat in seinem Buch *Das geklonte Paradies. Künstliche Zeugung und Lebensdesign im neuen Jahrtausend* verschiedene Szenarien entwickelt und teilweise auf die nächsten tausend Jahre extrapoliert. Bei allen seinen Überlegungen legt er die heutige US-amerikanische Gesellschaft mit ihren kulturellen Strukturen, Werturteilen und gesellschaftlichen Prämissen zugrunde (genauer gesagt: die Vorstellungen der weißen Mittel- und Oberklasse), insbesondere die außerordentliche Betonung persönlicher Freiheit und persönlichen Glücks. Von dieser gesellschaftspolitischen Ausgangslage her diskutiert er seine Leitidee. »Wenn Eltern das Recht haben, mehr als 100 000 Dollar für eine exklusive Privatschulbildung auszugeben, warum sollten sie dann nicht das Recht haben, denselben Betrag zu investieren, um sicherzugehen, daß ihr Kind einen ganz bestimmten Gensatz erbt? Umwelteinflüsse und Gene stehen sich in nichts nach. Beide tragen zu Leistung und Erfolg eines Kindes wesentlich bei, wenngleich keines von beiden diese garantiert.«²⁹ Kern seiner Argumentation ist die These, daß es nur natürlich und eo ipso moralisch gut sei, daß Eltern alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um ihren Kindern bestmögliche Voraussetzungen für deren künftigen Lebensweg zu geben.³⁰

29 Lee M. Silver: Das geklonte Paradies, München 1998, S. 298.

30 Ohne diesem Gedankengang hier weiter folgen zu können, sei zumindest erwähnt, daß Christian Münzer gegen dieses scheinbar altruistische Argument anführt, daß ein Kind heute eine lebenslange Investition beziehungsweise ein Statussymbol sei und von dieser durchaus eigen-nützigen Betrachtungsweise ausgehend sei es den Eltern unzumutbar, wenn es von vornherein Mängel hat – vgl. Christian Münzer et al.: *Schöne heile Welt...*, a. a. O., S. 95.

Dabei sieht er durchaus die bereits heute vorhandene Kluft zwischen arm und reich bei der Nutzung dieser Technologien und geht davon aus, daß diese Schere noch weiter auseinandergehen wird. Wohlhabende Eltern würden ihre Kinder nicht mehr nur mit der bestmöglichen Bildung ausstatten, die für Geld zu haben ist, sondern auch mit dem »besten kumulativen Gensatz« versorgen. »Eine aus-

gegliche Gemütslage, Zufriedenheit auf lange Sicht, angeborene Talente, eine gesteigerte Kreativität und ein gesunder Körper – das könnte die Ausgangsbasis werden für die Kinder der Reichen. Fettleibigkeit, Herzerkrankungen, Bluthochdruck, Alkoholismus, psychische Störungen und die Prädisposition für Krebs dagegen blieben den Familien der unteren Klassen als Schicksal überlassen.«³¹

Hier ist nicht der Raum, sich mit allen, in der Position Silvers implizit enthaltenen Argumentationen auseinanderzusetzen. Notwendig ist dies aus meiner Sicht erstens in bezug auf die Problematik der Verfügbarkeit dieser Techniken – eine Problematik, die die Bürger in Deutschland schon jetzt im Zusammenhang mit dem Leistungskatalog der Krankenkassen zunehmend beschäftigt, und zweitens in Verbindung mit dem »Dammbruchargument«. In der zitierten Passage wird deutlich, daß das ursprünglich Ziel dieser Technologien, die Heilung von Krankheiten, deutlich überschritten wird. Drittens geht es um die hier behandelte Problematik der Selbstbestimmung.

31 Ebenda, S. 297.

Fazit

Trotz der häufig anzutreffenden einseitigen Interpretation von Selbstbestimmung kann es nicht darum gehen, diese pauschal abzulehnen. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die individuelle Selbstbestimmung der Frau nicht losgelöst von gesellschaftlichen Wertungen, Bedingungen und Entwicklungen betrachtet werden kann. Jede davon abgehobene, noch so demokratisch, modern, feministisch oder wie auch immer etikettierte Überlegung muß beschränkt und letztlich ohnmächtig bleiben. Alle Schritte in Richtung Mündigkeit, Selbstbestimmung und Demokratie erscheinen nur möglich und gangbar durch die permanente Verknüpfung mit sozial-politischen Entwicklungen in Richtung Gleichstellung beziehungsweise Gleichberechtigung von behinderten und nicht behinderten Menschen in allen Lebensbereichen. Dies bedingt (im Sinne der dritten Frage Kants »Was darf ich hoffen?«) vor allem die praktische, durch die Bevölkerung insgesamt getragene, Schaffung und Umsetzung entsprechender sozial-politischer Voraussetzungen.

Dabei sind für die Beantwortung der vierten, zusammenfassenden Kantschen Frage »Was ist der Mensch?« jegliche Orientierungen auf eine bestimmte körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit als Voraussetzung für das Mensch-Sein abzulehnen. Ebenso abzulehnen sind Standpunkte von Wissenschaftlern analog der Brechtschen Deutung im *Leben des Galilei*. Brecht läßt diesen angesichts der Interpretation seiner Forschungsergebnisse durch das Volk von Italien sagen: »Ich habe ein Buch geschrieben über die Mechanik des Universums, das ist alles. Was daraus gemacht oder nicht gemacht wird, geht mich nichts an.«³² So wie die Biowissenschaften (allein schon wegen der steigenden Aktienkurse) keine unpolitischen Wissenschaften sind, ist auch die Entscheidung einer Frau oder eines Elternpaares nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Umständen möglich. Vielmehr gibt es die marktwirtschaftliche Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2001. Diese bedarf nicht eines lakonischen »basta«, sondern unserer permanenten kritischen Diskussion und aktiven Einmischung beziehungsweise Teilhabe.

32 Bertolt Brecht: *Leben des Galilei*, Berlin 1963, S. 101.

ILJA SEIFERT

Würdevoll oder würdehalb?



Ilja Seifert – Jg. 1951;
Dr. phil., MdB, Diplom-
germanist, Literaturkritiker,
Lyriker, stellvertretender
Vorsitzender des Allgemei-
nen Behindertenverbandes
in Deutschland – Für
Selbstbestimmung und
Würde (ABiD), behinderten-
politischer Sprecher der
PDS-Bundestagsfraktion;
zuletzt in UTOPIE kreativ:
»Ein Quentchen Unperfek-
theit«, Nr. 117 (Juli 2000).
Foto: privat

Unser Alltag ist von praktischen Entscheidungen geprägt. Es geht dabei vorrangig um sehr materielle Dinge, um Essen und Trinken, um Kleidung, um angenehmes Wohnen, um Arbeit, um Partnerschaften. Hinzu kommen Reisen, Kultur, für manche mehr Sport, für andere mehr Geselligkeit. Im öffentlichen Raum werden – jedenfalls überwiegend – Personalien (in Politik, Kultur, Sport und/oder Gesellschaft) diskutiert. Wenn gesetzgeberische Maßnahmen zur Sprache kommen, stehen ebenfalls eher materielle Auswirkungen im Mittelpunkt, die für jede und jeden sofort oder demnächst spürbaren Veränderungen. Breite philosophische Debatten sind eher selten.

Jetzt haben wir jedoch eine solche. Seit geraumer Zeit ist es selbst in nachmittäglichen Fernseh-Talk-Shows schick, das schwierige Wort *Präimplantationsdiagnostik* zu buchstabieren und sich rasch auf das leicht auszusprechende Kürzel PID zu einigen. Der Bundestag setzte – ganz gegen seine übliche Verfahrensweise und auch gegen den erklärten Willen maßgeblicher Regierungsmitglieder – im Jahre 2000 eine Enquête-Kommission ein, die sich mit ›Recht und Ethik der modernen Medizin‹ befaßt. Große Zeitungen füllen ihre Feuilletons mit umfangreichen Essays namhafter Autorinnen und Autoren, in denen Ethik, Stammzellen, Embryonen, Nidation, und nicht zuletzt Menschenwürde zu den Schlüsselworten zählen. Der Bundeskanzler beruft einen Ethik-Rat, dem er nationale Bedeutung zumißt. Gestandene Feministinnen und junge Frauen sehen die gewonnene Freiheit in Gefahr, über ihren Bauch selbst zu bestimmen. Die Behindertenbewegung ringt sich zu einmütigen Erklärungen gegen jegliche Selektion durch. Und selbst, wenn ich irgendwo zu politischen Diskussionen oder geselligen Vereinsfeiern eingeladen werde, muß ich gewärtig sein, danach gefragt zu werden, wie ein sich aufgeklärt dünkender Sozialist damit zurecht kommt, in fundamentalen Fragen – zum Beispiel nach dem Beginn menschlichen Lebens – in einem Atemzug mit katholischen Bischöfen genannt zu werden. Kurz und gut, gegenwärtig scheint Philosophie, konkrete Ethik, viele Menschen im Alltag tatsächlich zu interessieren.

Alltagstaugliche Ethik oder ethiktauglicher Alltag?

Ganz aktuell stand – nicht nur im Bundestag – die Frage, ob ich mich für oder gegen den Import von und die Forschung an und mit menschlichen embryonalen Stammzellen ausspreche. Scheinbar läßt sich das relativ leicht beantworten. Ich sage klar: ›Dagegen‹. Das Ergebnis der Abstimmung ist bekannt.

Eine politische Entscheidung ist also gefallen. Ihre Auswirkungen werden sich erst in Zukunft mit aller Deutlichkeit zeigen. Daß es sich um eine Richtungsentscheidung handelte, war wohl allen klar. Genau deshalb rangen Protagonistinnen und Protagonisten beider Seiten mit so großem Engagement für ihre Positionen. Man mußte sich bei der Entscheidung mit ethischen, medizinischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Aspekten auseinandersetzen. Meine Sachkenntnis auf diesen fünf Feldern ist ziemlich unterschiedlich ausgeprägt. Dennoch will ich versuchen, diesem Anspruch wenigstens ansatzweise zu entsprechen.

Die *ethischen Aspekte* der Forschung an und mit humanen embryonalen Stammzellen sind ausschlaggebend für meine ablehnende Haltung. Habe ich nun eine alltagstaugliche Ethik? Ist mein Alltag ethiktauglich? Sind ethische Maßstäbe überhaupt geeignet zu helfen, eine Antwort auf praktische Fragen zu finden? Führen ethische Erwägungen zwangsläufig in Fundamentalismen, wenn ich sie zur Grundlage praktisch-politischer Entscheidungen mache? Machen sie kompromiß-unfähig oder geben sie im Kompromißgewirr orientierenden Halt?

Wenn ich die Menschenwürde als unveräußerliches Gut ansehe – und ich tue das –, dann darf (und will) ich keine Abstufungen vor- beziehungsweise hinnehmen. Sobald nämlich die Würde an bestimmte Kriterien gebunden wird, ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Wer nach solchen Kriterien sucht, kommt zur Unterscheidung von Fristen (Phasen der menschlichen Entwicklung). Daß sich das Selbstbewußtsein erst im Laufe der Genese ausprägt, liegt auf der Hand. Aber woher nimmt jemand die Sicherheit zu entscheiden, ab wann es ›genügend‹ ausgebildet sei, um den *vollen* Schutz der Würde zu rechtfertigen? Ist das nach drei Monaten oder drei Jahren, mit Beginn oder Ende der Schulausbildung oder erst nach der Habilitation, vor einer mittelschweren Alzheimer-Erkrankung – oder nach der Einnistung des Embryos in die Gebärmutter? Wie ist das während des Tiefschlafs oder unter Narkose? Es finden sich ziemlich absurd klingende Kriterien.

Ob – und gegebenenfalls ab wann – ein Embryo im Mutterleib Selbstbewußtsein hat, weiß ich nicht. Erst recht läßt sich vermuten, daß eine befruchtete Eizelle in der Petrischale – also außerhalb des Leibes einer Frau – noch nicht über Bewußtsein verfügt. Umstritten ist, ob sich die befruchtete Eizelle – der Embryo – *als* Mensch oder *zum* Menschen entwickelt, wenn man ihn nur läßt. Die unterschiedlichen möglichen Antworten auf diese Frage haben weitreichende Konsequenzen. Ich sehe eine Entwicklung *als* Mensch. Deshalb ist es am wenigstens willkürlich, vom frühest möglichen Zeitpunkt an den *vollen* Würdeanspruch zu verteidigen. Ich meine, Embryonen kommt der Würdeschutz des Grundgesetzes zu.

In bezug auf bestimmte Fristen, in denen sich ein Embryo *zum* Menschen entwickle, gehen die Auffassungen weit auseinander. Manche setzen die Grenze erst Wochen nach der Geburt, andere bei der Geburt, wieder andere bei der Einnistung in die Plazenta, wieder andere im 8- oder 16-Zell-Stadium, etliche bei der Kernverschmelzung von Ei- und Samenzelle (gemeint ist hier die Phase, in der erstmalig ein doppelter Chromosomensatz vorliegt). Es gibt sogar noch

Ein Zeitgeist

Computerspiele,
Traumhaft viele,
Bieten neue Wir-Gefühle.

Manchmal hab' ich drei,
zehn Leben,
Stirbt eins, wird's mir neu
gegeben.
Ganz wie's wahre Leben
eben.

Im Ausland darf man sich
bald klonen.
Bei uns läßt sich's ganz
sicher wohnen.
Mit Ethik darf man mich
verschonen.

Viel länger als im
Kuschelbett
Zappe(l)n wir im Internet.
Erotik wird zum Eros-Set.

Wozu noch mit den
Wimpern
Klimpern?
Mausgeklicke macht uns
zimpern.

Zur Not bleibt noch das
on-line-Banking.
Fonds-Charts geben uns
ein Ranking.
Moneymaking ohne
Denking.

Computerspiele,
Furchtbar viele,
Ersetzen uns bald die
Gefühle.

ILJA SEIFERT

weiter ›vorgreifende‹ Ansätze, die bereits die Ei- und die Samenzelle (die Gameten selbst) als Beginn des menschlichen Lebens ansehen.

Was liegt näher, als ein verhältnismäßig ›objektives‹ Kriterium anzulegen, um so wenig willkürlich wie möglich zu entscheiden? Nach meinem Dafürhalten – und unter Berücksichtigung der genannten Argumente bezüglich des ›Selbstbewußtseins‹ – kommen entweder die Kernverschmelzung (doppelter Chromosomensatz) oder das Eindringen der Samen- in die Eizelle in Betracht. Für beide spricht so einiges. Im Embryonenschutzgesetz legt sich der Gesetzgeber (in Deutschland) auf die Kernverschmelzung fest. Ich halte das für akzeptabel, hätte allerdings auch nichts dagegen, das sogenannte Vorkernstadium einzubeziehen. Immerhin läßt die jetzige Definition zu, daß ›Vorkerne‹ tiefgefroren werden. Sie gelten nicht als Embryonen. Demzufolge fallen sie nicht unter das Embryonenschutzgesetz. Nach dem Auftauen entwickeln sie sich aber unweigerlich dazu. Die geltende Rechtslage macht es also möglich, offiziell nur relativ wenige sogenannte überzählige Embryonen zu registrieren, obwohl Tausende von ›Vorkernen‹ eingefroren sind. Als Politiker muß ich Kompromisse finden. Die Einigung auf Kernverschmelzung ist für mich keine ideale, aber eine praktikable und somit gut hinnehmbare Lösung.

Forschen – gesunden – heilen oder forsch – gesund – heil?

Unter *medizinischen Aspekten* argumentieren die Protagonisten embryonaler Stammzellforschung mit der Verheißung, mit ihrer Hilfe – möglicherweise – schwere, bisher unheilbare Erbkrankheiten lindern oder gar heilen zu können. Wer würde das nicht wollen? Eine Garantie gibt jedoch niemand.

In der Zwischenzeit – falls die Forschung an und mit embryonalen Stammzellen erlaubt und sogar gefördert würde – fehlen die Ressourcen (finanzielle Mittel, wissenschaftliche Kapazitäten, Labor- und Medizintechnik usw.), die dafür gebraucht/benutzt/verwendet (verschwendet?) werden, an anderer Stelle; beispielsweise in der Forschung, die sich damit befaßt, die Lebensbedingungen für diejenigen zu verbessern, die mit diesen Krankheiten leben. Gesundes Forschen hilft heilen; und mit Unheilbarem besser leben. Ich halte das für erfolgversprechender, als das Heil in forschender Gesundheit zu erwarten.

Ob Stammzellen aus Embryonen ›gewonnen‹ werden, was heißt, befruchtete, voll entwicklungsfähige menschliche Eizellen zu zerstören, oder ob Stammzellen aus dem Restblut der Nabelschnur oder gar aus dem Gewebe erwachsener Frauen und Männer isoliert werden, macht einen fundamentalen ethischen Unterschied. Dennoch will ich nicht verhehlen, daß ich in der Forschung mit und an Stammzellen jeder Herkunft durchaus beträchtliche Probleme sehe.

Forschung mit und an Stammzellen muß den ›unprogrammierten‹ Zellen irgendwann einmal die Möglichkeit zur Entwicklung geben. Es muß ausprobiert werden, ob sie tatsächlich Organewebe – langfristig vielleicht sogar ein (schlagendes) Herz, eine Leber, Haut oder welches Organ auch immer – werden. Und man muß – irgendwann, bei irgendwem – dieses Gewebe (diese Organe) ausprobieren. Sicher fänden sich Frauen und/oder Männer, die (aus Verzweiflung, aus

»Im Zuge der Fortentwicklung der biomedizinischen Techniken ist ein ›Bioethik-Diskurs‹ modern geworden, dem es an Grundsätzen mangelt, die eine kritische Distanz zu diesen Techniken gewährleisten.«

Antrag der PDS-Bundestagsfraktion auf Einsetzung einer Enquete-Kommission »Menschenrechte, Ethik und Politik für eine Medizin der Zukunft« vom 23. November 1999, Drucksache 14/2153.

finanzieller Not, aus Menschenfreundlichkeit oder anderen Motiven) bereit wären, sich solchen Experimenten zu unterziehen. Was aber geschieht danach? In jedem Falle beginnen diese Organe dann zu leben. Sie werden Teil eines konkreten Menschen. Egal, wie lange das funktioniert. In jedem Falle gehen die Organe biologische (Stoff) Wechselbeziehungen ein. Selbst im Falle des Mißlingens, des Todes also, weiß niemand, was bei deren Verwesung passiert. Und falls es gut gehen sollte: Menschen pflanzen sich fort. Welche Auswirkungen haben künstlich erzeugte (gezüchtete, ›hergestellte‹) Organe auf die Nachkommen der Empfängerinnen und Empfänger? Das ist dann nicht mehr eine Frage, die einzelne betrifft, das betrifft dann die Menschheit als Ganzes. Was da einmal in die Welt gesetzt ist, kann niemand mehr rückgängig machen. Das lebt einfach.

Gleichzeitig will ich aber auch medizinischen Fortschritt. Forschung – auch Stammzellforschung – ist der Weg dahin. Ohne Risiken geht das nicht. Während aber die hier – möglicherweise überzogen düster gemalten – Befürchtungen zwar benennbar, nicht aber sicher sind, verhält es sich bei der Herkunft – damit dem ›Status‹ – der verschiedenen Stammzellformen anders. Embryonale Stammzellen können nur dadurch gewonnen werden, daß ein Embryo, dem aus meiner Sicht voller Würdeschutz zukommt, zerstört wird. Adulte Stammzellen hingegen werden unter informierter Zustimmung entscheidungsfähiger Individuen gewonnen. Zudem können sie – wenn die Forschungen ins Anwendungsstadium übergehen – wiederum direkt diesen Menschen helfen, ohne Immunprobleme aufzuwerfen. Bei fötalen und aus Nabelschnurblut gewonnenen Stammzellen handelt es sich ebenfalls nicht um voll entwicklungsfähige, also unter dem Würdeschutz stehende, Embryonen. Bei der Herkunftsfrage ist also klar, daß ethische Tabus zur Disposition stehen. Wer Embryos ›verfügbar‹ macht, sie den ›Zwecken‹ (Dritter) ausliefert, wird es selbst bei gutem Willen äußerst schwer haben, die ›Verzweckung‹ menschlichen Lebens – zum Beispiel in anderen ›Grenzbereichen‹ – nicht ebenfalls zu akzeptieren. Was auf dem Gebiet embryonaler Stammzellforschung (und anderweitiger ›Nutzung‹ beziehungsweise ›Bearbeitung‹ von Embryonen) möglicherweise irgendwann einmal an positiven Ergebnissen vorliegen könnte, wäre auf jeden Fall zu teuer erkaufte. Es wäre nur um den Preis der Verletzung menschlicher Würde zu haben.

Auch hier stehen wir vor der klaren Entscheidung, ob wir das wollen oder nicht. Ich frage – und stelle damit abermals die Alltagstauglichkeit meiner ethischen Prämissen zur Disposition – können wir das wirklich wollen?

Heilen und gewinnen oder heiliger Gewinn?

Wer den Wirtschaftsteil von Zeitungen aufschlägt oder entsprechende Sendungen im Fernsehen anschaut oder auch nur hin und wieder Börsenberichte zur Kenntnis nimmt, weiß um die *wirtschaftlichen Aspekte* von Biomedizin und Gentechnik. Es gibt inzwischen bereits eine große Zahl entsprechender Firmen, und fast wöchentlich werden es mehr. Sie alle treten mit dem Anspruch an, das Leben, die Gesundheit, gelegentlich auch nur die Schönheit der Menschen verbessern zu wollen. Sie verhehlen aber auch nicht, damit (sehr viel)

»Die Gentechnik im Agro-Business- und Life-Science-Bereich führt über Kartellbildungen und Fusionen zu einer immensen Beschleunigung der Ausbildung monokapitalistischer Strukturen. Unter dem Denkmantel der Vorteile für den Verbraucher, für die Umwelt und zur Arbeitsplatzbeschaffung heißt das Ziel: Erhöhung der Produktivität unter Verminderung der so genannten Faktorkosten ... zur Erhöhung der Kapitalverwertung und zur Sicherung von Märkten, Marktanteilen und Profiten.«
Entschließungsantrag der PDS- Bundestagsfraktion »Chancen der Gentechnik als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts« vom 5. April 2000, Drucksache 14/3104.

Geld, Profit, verdienen zu wollen. Aber was steht im Vordergrund? Für einige der Firmengründer – das will ich durchaus zugestehen – vielleicht wirklich die Heilungsabsicht. Aber schon für die Mitgesellschafter, für die Geldgeber, für die Aktionäre ist es die Absicht, möglichst viel Gewinn zu erzielen. Gegenstand der Produktion, das Produkt, ist eigentlich nur Mittel zum Zweck – und der Zweck ist Geldverdienen, nicht die Heilung. Daher wären – unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten – Biomedizin- und Gentechnik zu fördern. Sie versprechen Gewinne und (viele?) Arbeitsplätze. Das wären positive wirtschaftliche Ergebnisse. Aber nur zum oben genannten (ethischen) Preis!

Leben und leben lassen oder gelebt werden?

Unter *wissenschaftlichen Aspekten* ist klar: Forscherdrang ist nicht aufzuhalten. Klar muß aber auch sein, daß nicht allgemein ›die Wissenschaft‹ für die Folgen ihres Tuns verantwortlich ist, sondern daß es die Forscherinnen und Forscher, konkrete Menschen also, sind. So unstillbar der Wissensdurst sein mag, so unerbittlich bleibt die Konsequenz, daß neues Wissen uns alle – die Menschheit – vor neue Herausforderungen stellt. Politikerinnen und Politiker haben die Pflicht, absehbaren Schaden abzuwenden.

Bisher scheint wissenschaftlicher Fortschritt und seine Anwendung in der Praxis stets nach einem problematischen Prinzip vonstatten gegangen zu sein. Zuerst kommt die Neuigkeit, dann schauen, wie sie wirkt und – falls erforderlich – wird reparierend (regulierend) nachgesorgt. Haben wir – die Menschheit – aber nicht die Möglichkeit (und die Pflicht), aus verhängnisvollen Erfahrungen mit diesem Prinzip zu lernen? Könnte eine der Lehren nicht darin bestehen, Chancen- und Risikenabwägung wesentlich kritischer, verantwortungsbewußter, vorsichtiger handzuhaben?

Alles, was Biomedizin und/oder Gentechnik hervorbringen, *lebt*. Einmal in die Welt gesetzt, entwickelt es sich nach eigenen Gesetzmäßigkeiten weiter. Niemand kann es – gesetzt den Fall, es erweist sich als Irrtum, gar als schädlich oder gefährlich – zurückholen. Biomedizinische und/oder gentechnische ›Produkte‹, auch schon Forschungsergebnisse, sogar Zwischen- und Teilergebnisse sind irreversibel. Hier ist Vorsicht alles andere als Schwarzmalerei, Fortschrittsverhinderung oder Wissenschaftsfeindlichkeit. Hier kann höchste Vorsicht im wahrsten Sinne des Wortes lebenserhaltend sein. Und zwar für die Menschheit.

Nicht zu übersehen ist, daß – bei aller Hochachtung vor den meisten Forscherinnen und Forschern – auch Wissenschaftler nicht frei von Eitelkeit sind. In Anbetracht der erwähnten Gefahren, der Sorgfaltspflicht und der Notwendigkeit zur – doppelten und dreifachen – Vorsicht, können die Darstellungszwänge, denen sich Wissenschaftler ausgesetzt sehen, und die (Dritt)Mittelbeschaffungserfordernisse, unter denen Institute und/oder Hochschulen zu arbeiten ›gezwungen‹ sind, eine gefährliche Mixtur ergeben. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß Gesetze und/oder ethische Regeln aus wissenschaftlichem Antrieb verletzt würden. Manchmal erwies sich das in der Geschichte als eher segensreich. Es gibt aber auch andere Erfahrungen. Am besten bekannt ist wohl die mit der Atombombe. Angesichts der

Aggressivität des Hitler-Faschismus befürworteten selbst militante Pazifisten wie Albert Einstein deren Entwicklung durch die USA. Nach ihrem Einsatz wandten sie sich entsetzt ab. Aber sie wußten, daß ihr Engagement ein verhängnisvoller, weil möglicherweise irreversibler Irrtum war. Wer so gefährliche – gar noch gefährlichere – Irrtümer (und auch den bewußten Mißbrauch) so weit wie möglich ausschließen will, muß möglichst hohe Hürden setzen. *Ich halte das Risiko, gegebenenfalls eine durchaus begrüßenswerte Entdeckung nicht zu machen, für eher vertretbar als umgekehrt.* Immerhin erwies sich ja selbst die ›friedliche Nutzung der Atomenergie‹, in die auch ich viele Jahre lang große Hoffnungen setzte, letztlich eher als Bumerang. Hohe Hürde heißt: Die technischen, logistischen und personellen Fähigkeiten, die für bestimmte Forschungen Voraussetzung sind, gar nicht erst herzustellen. Wenn sie vorhanden sind, ist sowohl die Versuchung, Ruhm zu ernten, als auch die Gefahr des bewußten Mißbrauchs wesentlich höher. Ich halte es für höchst verantwortungsvolle Politik, hier rechtzeitig und wirksam Halt zu gebieten.

Alle ewig jung, ewig schön, ewig gesund oder jeder anders, alle gefährdet?

Unter *politischen Aspekten* ist aus meiner Sicht zu bedenken, daß sich Politik nicht widerstandslos der wirtschaftlichen Verwertungslogik fügen muß. Es gibt auch andere Kriterien, die für politische Entscheidungen wichtig sind – beispielsweise die Frage: Welche Auswirkungen hat diese oder jene Entscheidung auf die Entwicklung der zwischenmenschlichen Beziehungen oder auf unser Menschenbild? Soll in Zukunft noch mehr Jugendkult betrieben werden? Kann in Zukunft tatsächlich jede oder jeder ewig jung, ewig schön, ewig gesund, womöglich ewig am Leben sein? Was geschieht mit ›Abwechslern‹? Wie gefährdet sind dann Alte oder Menschen, die mit einer oder mehreren Behinderungen leben, chronisch oder psychisch Kranke? Können/dürfen/müssen wir ihnen zukünftig die Menschenwürde – zunächst ›nur‹ die *volle* Menschenwürde – absprechen?

Immerhin könnte die Menschheit durchaus in eine Situation geraten, in der lebenswichtige Ressourcen (Luft, Wasser, Nahrung usw.) knapp werden. Schon wird von der ›Überlastung der sozialen Sicherungssysteme‹ geredet. Gibt es zu viele Alte, zu viele Kranke, Behinderte, zu viele Pflege-Assistenz-Abhängige? Und, wenn ja: Was tun wir? Griffe ein Menschenbild um sich, das nur noch ›jung‹, ›dynamisch‹, ›schön‹ (wer legt fest, was als ›schön‹ gilt?), ›gesund‹, ›leistungsstark‹ usw. gelten ließe, läge es geradezu nahe, diese anderen, die ›Überflüssigen‹, die ›Nutzlosen‹, die ›Kostenfaktoren‹ zu beseitigen. Das klingt sehr hart. Ist es auch. Aber: Was einmal war, kann immer wieder sein. Die Nazis vernichteten behinderte Menschen ganz systematisch. Sie nannten das ›Euthanasie‹. Sie mißbrauchten behinderte Menschen – ganz offiziell – als Versuchsobjekte für medizinische Zwecke. Diesen Verbrechen hängten sie sogar noch den Mantel ethischer Nützlichkeit um. Diese Versuche würden anderen (›Ariern‹, ›Gesunden‹, ›dem deutschen Volke‹) dienen – welch ein Hohn!

»Pharmakonzerne und Teile der Wissenschaft versprechen eine Revolution in der Medizin und üben einen enormen Druck auf Regierungen und Parlamente aus. Diese sollen für eine Gesetzgebung sorgen, die eine ungehinderte Forschung möglich macht. In zahlreichen Ländern – so auch in der Bundesrepublik – ist der unbeschränkte Umgang mit dem Erbgut und mit befruchteten Eizellen verboten.«
Ernst Luther, Mitglied der Enquête-Kommission
»Recht und Ethik der modernen Medizin« in: reinblick, 3/01, S. 5.

Normgerecht normal oder unnormale gerecht?

In öffentlichen Diskussionen begegnet mir oft noch eine weitere Frage: Könnte die Stammzellforschung in ein paar Jahren so weit eskalieren, daß sich eine Elite herauskristallisiert und das menschliche Gefühl keine Rolle mehr spielt?

Auch hier könnte ich mir die Antwort leicht machen und ›Ja‹ sagen. Ja, diese Angst habe ich. Aber ich will wenigstens noch hinzufügen, daß es nicht nur die (embryonale) Stammzellforschung ist, die mir diese Sorge bereitet. Noch viel mehr ist es das gesellschaftliche Umfeld, in dem all das jetzt diskutiert, zum Teil bereits probiert und praktiziert wird. Wirtschaftlicher ›Erfolg‹ (Profit) gilt mehr als menschliches Leben. Es ist doch unübersehbar, daß unter anderem deshalb mit so großem Einsatz um die Ermöglichung der Forschung an und mit embryonalen Stammzellen gerungen wird, weil mit ihnen wesentlich größere Gewinnmargen realisierbar erscheinen als mit adulten Stammzellen. Während letztere vermutlich eher demjenigen nützen können, von dem sie gewonnen wurden, erhofft sich die Industrie von embryonalen Stammzelllinien in Großserien herstellbare Produkte. Manchmal scheint auch wissenschaftliche Anerkennung wichtiger zu sein als wirkliche Heilung. So wird das Menschenbild immer stärker in Richtung ewig jung, ewig schön, ewig gesund verzerrt. Anstatt ›Abweichungen‹ von einer – imaginären – ›Norm‹ für Mensch als das ›Normalste‹ zu begreifen, werden sie eher verteufelt, jedenfalls als zusätzliche (Kosten)Belastungen diffamiert.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es keine ›Norm für Mensch‹ gibt. Wer möchte eigentlich ›normal‹ (also ›normgerecht‹) sein? Ist das nicht eine schauerliche Vorstellung? Sind die Abweichungen, das ›Unnormale, nicht eher die Normalität? Ist Unnormale-Sein nicht gerecht, eben menschen-gerecht?

In der Praxis registriere ich eher das Gegenteil. Man will ›im Trend liegen‹, man möchte ›in‹ sein. Es ist ›out‹, nicht normal zu ticken. Makellosigkeit wird angestrebt. Wer dem ›Ideal‹ nicht entspricht, wird – ohne Gnade? – ausgesondert. Daß dieses ›Ideal‹ unglaublichen Modewandlungen unterliegt, ist kaum jemandem bewußt. Wollen wir zukünftig Menschen nach Mode, und die ›unmodernen‹ werden ausgesondert? Was heißt dann ›aussondern‹ – Wegwerfen, Umbringen, Kaltstellen?

Persönliche Hilfe oder menschheitlicher Schaden?

Wer würde sich – gesetzt den Fall, er wäre von einer Krankheit betroffen, die mit Ergebnissen der (embryonalen) Stammzellforschung möglicherweise geheilt werden könnte – mit der Krankheit abfinden oder der Stammzellforschung anvertrauen?

Ich zögere, diese – hypothetische – Frage zu beantworten. Ich bin nämlich nicht krank im oben genannten Sinne. Ich denke also, daß jemand, der real in dieser Situation ist, unter Umständen anders reagiert, als ich das gut heiße. Diese subjektive Haltung würde ich respektieren. Als Politiker sehe ich mich allerdings verpflichtet, *Bedingungen zu schaffen, in denen Menschen nicht vor Entscheidungen gestellt werden, die ihnen persönlich (vielleicht) helfen könnten, dafür der Menschheit als Ganzes aber Schaden zuzufügen geeignet sind. Oder umgekehrt! Wir brauchen Verhältnisse, unter*

denen man auch mit solchen Krankheiten immer besser leben kann; mit diesen Krankheiten am Leben der Gemeinschaft teilhaben kann; mit diesen Krankheiten als Teil der Gemeinschaft akzeptiert – ja, sogar gewollt – ist; unter denen man auch mit (nicht wegen) solchen Krankheiten stolz und selbstbewußt sein kann. Aufgabe der Politik ist es, krankheits- und gegebenenfalls beeinträchtigungsbedingte Nachteile auszugleichen. Wenn die Forschung an und mit adulten Stammzellen hierzu einen Beitrag leisten kann, wäre viel gewonnen.

Ich will die Frage – nur ein ganz klein wenig modifiziert – dennoch ganz persönlich beantworten. Ich bin zwar nicht ›krank‹ im genannten Sinne, lebe aber seit meinem 16. Lebensjahr im Rollstuhl. Infolge eines Badeunfalls habe ich im Halswirbelbereich eine Querschnittslähmung. Ich kann weder laufen noch stehen, nicht einmal frei sitzen. Auch meine Arme und Hände sind teilweise gelähmt. Steht also die Frage, ob ich mir wünsche, wieder laufen zu können. Wäre es wohl dumm und unglaublich, wenn ich ›nein‹ sagte? Aber – und das ist mir wichtig – das ist kein besonders vordringlicher Wunsch für mich. Wichtiger wäre es mir, wenn überall auf der Welt und für alle Frieden herrschte. Wichtiger ist mir auch, daß man mit Beeinträchtigungen keine zusätzlichen Benachteiligungen erfährt.

Bekanntermaßen klonte Ende vergangenen Jahres eine Firma in den USA erstmalig menschliche Stammzellen. Sie benutzte Zellen eines querschnittsgelähmten Mannes. Ausdrücklich soll das seiner Heilung dienen. Theoretisch könnte ich also hoffen, daß es klappt und mich dann als nächster melden. Für den (mir unbekanntem) querschnittsgelähmten Mann wünsche ich natürlich, daß es gut geht. Wenigstens wünsche ich ihm, daß eine mögliche Behandlung ihm keinen zusätzlichen Schaden zufügt. Ich hege jedoch arge Zweifel. Vor allem aber werde ich mich weder als nächster melden noch in einer Schlange anstellen. Denn ich befürchte, daß damit unabsehbare Folgen verbunden sind, die sich vielleicht erst nach einigen Generationen als verheerend erweisen könnten.

*Richtige Ergebnisse in den falschen Händen
oder falsche Ergebnisse in den richtigen Händen?*

Wie kann man verhindern, daß Ergebnisse der embryonalen Stammzellforschung in falsche Hände gelangen? Meine Antwort: Am besten, indem man verhindert, daß es derartige Ergebnisse gibt.

Nicht weil ich ›wissenschaftsfeindlich‹ wäre, sondern weil ich dialektisch denke und frage: Woher weiß ich denn, wessen Hände die ›richtigen‹ und wessen die ›falschen‹ sind? Wissenschaft ist – mehr denn je – verantwortlich für ihre Ergebnisse. Das heißt, Wissenschaftler sind verantwortlich für den Umgang mit den Ergebnissen ihrer Forschung (auch der Grundlagenforschung). Bei so vielen Unwägbarkeiten, bei so hohen Risiken und so sicherer Irreversibilität, die ich annehme, wiederhole ich, daß ich vermute, daß es der Menschheit leichter fallen wird, auf bestimmte Annehmlichkeiten zu verzichten, die in einigen Dutzend Jahren (vielleicht) üblich würden, als mit den sozialen, medizinischen und gesellschaftsverändernden Folgen unethischer – bewußt auf ethisch bedenkliche bis inakzeptable Weise erzielter – Forschungsergebnisse schadlos umzugehen.

»Die Menschheitsgeschichte zeigt doch deutlich genug, dass ihr nicht alles, was im Namen von Fortschritt und Modernisierung angelegt war, auch zum Nutzen gereichte. Natürlich brauchen wir Wissenschaftsfreiheit, aber zugleich auch die gesellschaftliche Abwägung der Folgen von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Es geht doch nicht an, nach der Logik zu verfahren: Forschungsfreiheit jetzt, industrielle Vermarktung sofort und die Folgenabschätzung kommt irgendwann später.«
Roland Claus in der Bundestagsdebatte zu Recht und Ethik der modernen Medizin und Biotechnologie am 31. Mai 2001.

Manchmal stellt sich die Frage, ob uns die Stammzell- und Gentechnikforschung so ›aufgedrückt‹ wird, daß wir gar *keine andere Wahl* mehr haben, als zuzustimmen, um auf dem Markt konkurrenzfähig zu bleiben. Ja ich sehe, daß uns diese Forschung aufgezwungen wird beziehungsweise werden soll. Aber wir haben immer eine Wahl. Es kann sein, daß ›wir‹, die wir das nicht wollen, unterliegen, daß die vollendeten Tatsachen, die jeden Tag geschaffen werden, stärker sind als unsere Argumente und Appelle. Aber wir haben immer die Wahl, laut zu sagen, daß wir das nicht wollen. Wir können immer vor den Folgen warnen. Es gibt doch das Beispiel der Atomkraftwerke. Inzwischen erkannte – zumindest in Deutschland – eine verhältnismäßig breite Öffentlichkeit die Gefahr. Und trotzdem sehen wir, wie schwer es ist, sie ›abzuschalten‹. Dabei handelt es sich um Fabriken, um Maschinen. Die leisten gar keinen Widerstand. Die haben gar keinen Willen. Es geht auch hier wieder um wirtschaftliche Erfolge, um Gewinn, um Profit. Dazu wird sogar das Arbeitsplatzargument mißbraucht. Anstatt mit großer Intensität nach anderen Arbeitsplätzen zu forschen (sei es durch radikale Umverteilung der vorhandenen, sei es durch Neubewertung und Bezahlung seit langem vorhandener, bisher unentgeltlicher Arbeit, sei es durch andere Maßnahmen), werden Menschen durch ökonomischen Druck gezwungen, ihre gefährlichen Arbeitsplätze noch mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Ist das nicht verrückt? In der Biomedizin und der Gentechnik liegt der Fall – wie bereits mehrfach erwähnt – noch krasser. Deren Ergebnisse lassen sich nämlich – wenn sie einmal in der Welt sind – nie mehr ›abschalten‹. Deshalb hoffe ich – auch wenn es (fast) aussichtslos erscheint – auf Vernunft.

Würdevolles Leben erscheint mir nur gegeben, wenn jede und jeder jederzeit die volle Menschenwürde hat.

ARNDT HOPFMANN

Ab wann ist der Mensch ein Mensch – politisch gesehen?

Hätte nicht vor einem Jahr der Bonner Neurologe Oliver Brüstle jenen inzwischen berüchtigten Projektantrag an die Deutsche Forschungsgemeinschaft gestellt, mit dem er den Import embryonaler Stammzellen aus Israel fördern lassen will, um mit Hilfe dieser Zellen über neue Möglichkeiten zur Behandlung von Erkrankungen des Zentralnervensystems zu forschen, der Deutsche Bundestag hätte sich wahrscheinlich kaum veranlaßt gesehen, am 30. Januar 2002 über die gesetzliche Regelung der Frage zu beschließen, ob in die Bundesrepublik Zelltypen importiert werden dürfen, deren Erzeugung zu Forschungszwecken hierzulande verboten ist. Diese bevorstehende Entscheidung hat die Bundestagsfraktion und den Arbeitskreis Feministische Politik der PDS veranlaßt, auf einer Tagung zum Thema »Bioethik – Biomedizin: gesellschaftliche Folgen und Verantwortung« am 12. Januar die Meinung von Expertinnen und Experten zum Gegenstand einzuholen – und dies mit gutem Grund, wie sich rasch herausstellen sollte.

Versammelt hatten sich neben einer beachtlichen Schar von interessierten Laien nahezu ausschließlich Sachverständige, die eine äußerst kritische Position zur Forschung an beziehungsweise mit embryonalen Stammzellen bezogen. Daß diese damit offenbar die vorherrschende Meinung bei den Veranstaltern bedienten, war allerdings – wie sich im Laufe der Veranstaltung noch herausstellen sollte – nicht dazu angetan, die Entscheidungsfindung ohne weiteres auf eine rationale Grundlage zu stellen. Vielmehr war die Atmosphäre von Anfang an derart von radikaler Ablehnung der Stammzellenforschung geprägt, daß selbst leiseste Zweifel an der favorisierten Position sofort und unerbittlich (insbesondere vom Publikum) »bekämpft« wurden. Die zur Begründung ins Feld geführten Überlegungen waren zwar sehr unterschiedlicher Natur, lassen sich aber in zwei Punkten zusammenfassen: prinzipiell abgelehnt wird sowohl die »fremdnützige Forschung an nicht einwilligungsfähigen Menschen« wie auch eine pränatale Selektion von Embryonen auf der Basis von Genanalysen, insbesondere bei der Befruchtung von Eizellen außerhalb des Mutterleibs.

Aus der Sicht von Ernst Luther (Mitglied der Enquête-Kommission »Recht und Ethik der modernen Medizin«) eröffnet die Grundlagenforschung an Stammzellen eine Reihe von Perspektiven bei der Regeneration geschädigter Gewebe sowie bei der Entwicklung von neuartigen Wirkstoffen und Medikamenten. Dafür seien aber auch »adulte Stammzellen« geeignet, deren Gewinnung nicht von der Ver-



Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Redaktion von »UTOPIE kreativ«. Foto: privat

»Die kapitalistische Marktwirtschaft und die zunehmende Globalisierung befördern, dass die Patentierung von Gen-Sequenzen, der freie Markt mit gespendeten Eizellen und die Nutzung der Gen-Informationen vielfältig missbraucht werden können und zur Verletzung von Menschenrechten führen. Der Wettlauf um die Patente wurde schon zum Zugriff auf Börsengewinne.«
Ernst Luther

»Die Untersuchung der genetischen Konstitution eines Menschen darf auf keinen Fall zur Voraussetzung einer Einstellung im Betrieb werden. Genanalyse bei Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die zukünftige Erbkrankheiten und die Anfälligkeit für bestimmte Arbeitsstoffe, Strahlen- und Stressbelastungen diagnostizieren kann, ist deshalb zu verbieten.«

Eva Zinke

»Die Nutzung embryonaler Stammzellen erscheint mir nicht verfassungswidrig, nicht gegen die Menschenwürde gerichtet und nicht dem Lebensschutz des ungeborenen Lebens entgegenstehend, wenn:

- die Nutzung auf Forschung zu hochrangigen Zwecken beschränkt ist...
- ausschließlich Zellen verwandt werden, die aus einem Embryo stammen, der ursprünglich zur Erfüllung eines Kinderwunsches erzeugt wurde und wenn das Elternpaar der Verwendung zugestimmt hat...
- ... die Stammzelllinien alle registriert werden...
- die wissenschaftliche Qualität nachgewiesen ist...
- eine unabhängige und eigens dafür eingerichtete Ethikkommission das Forschungsvorhaben befürwortet hat...«

Pia Maier

nichtung menschlichen Lebens belastet sei. Die Forschung an embryonalen Stammzellen stellt für Luther einen spezifischen Fall ›fremdnütziger Forschung‹ dar, bei dem menschliche Lebewesen in einer sehr frühen Entwicklungsphase unnötigerweise dem profitgetriebenen Forschungsdrang von Biomedizinunternehmen geopfert werden. Das Ziel dieser Firmen sei nämlich vor allem die Patentierung von Forschungsergebnissen, wodurch der Zugang zu ihnen hauptsächlich eine Geldfrage würde.

Abgesehen davon, daß damit ein grundsätzliches Problem von Wissenschaft unter den Bedingungen marktwirtschaftlicher Verwertungsinteressen – nicht zuletzt auch von Michael Wunder (ebenfalls Mitglied besagter Enquête-Kommission) – angesprochen wurde, geht es bei der Forschung an embryonalen Stammzellen aber auch insbesondere um ethische Grenzen, die dem vom Machbarkeitswahn getriebenen Zeitgeist dringend gesetzt werden müssen, was nahezu zwangsläufig den Weg in eine Debatte über die politische Steuerung gesellschaftlicher Entwicklungen eröffnet (hätte). Statt dessen wandte sich die Diskussion einer wesentlich anderen, ungleich stärker emotional besetzten Facette der Debatte um die Gen-Technologie zu – der mit ihrer Hilfe möglichen Selektion menschlichen Lebens.

Einen ersten Angriffspunkt lieferte die Präimplantationsdiagnostik (PID). Hier wurden ex cathedra nahezu einhellig Vermutungen verlautbart, daß es dabei vor allem um die Auswahl von Wunschkindern gehe, die nicht nur frei von genetischen Schädigungen, sondern auch blond, blauäugig, intelligent und – je nach Gusto – männlich oder weiblich sein sollten. Jeder Frau, jedem Paar müsse das Recht (und die Pflicht), ein behindertes Kind ungewissem Geschlechts auf die Welt zu bringen, zugestanden werden. Wie weit der Verdacht auf ›unlautere Methoden‹ gehen kann, beileibe sich denn auch Ingrid Körner (Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung) zu offenbaren. Ungeachtet der großen Schwierigkeit, heute im Rahmen gängiger Vorsorgeuntersuchungen nicht erfahren zu müssen, welches Geschlecht das Ungeborene hat, ging Frau Körner stracks davon aus, daß zum Beispiel das Ehepaar Graf/Agassi durch eine Genanalyse das Geschlecht ihres Sohnes vorab hätte ermitteln lassen, was umstandslos zwar als zeitgeistnah, aber bedenklich – wenn nicht gar verwerflich – verhandelt wurde. Heidemarie Neitzel (Institut für Humangenetik an der Charité zu Berlin) blieb schließlich der freilich wenig erfolgreiche Versuch vorbehalten, PID an den Platz zu rücken, der ihr gebührt. In der erdrückenden Mehrzahl der Fälle wird PID nämlich nicht zur Zeugung von heroischen Superfrauen und -männern genutzt, sondern dient dazu, bei entsprechender Indikation schwerste genetische Schäden bei Neugeborenen auszuschließen. Und es ist eigentlich auch nicht einzusehen, warum Paare, die auf dem ›normalen‹ Weg kein Kind bekommen können oder die bereits schwer geschädigte Kinder haben, nicht die Möglichkeiten von PID nutzen sollten, um die Chance auf ein gesundes Kind zu wahren. Solchen Überlegungen verschlossen sich allerdings sowohl die Mehrzahl der Expertinnen und Experten als auch das Publikum weitgehend.

Ähnlich verlief die Debatte zum zweiten Angriffspunkt – der möglichen Selektion von Arbeitskräften mit Hilfe gentechnischer Unter-

suchungen. Hier beeilte sich Eva Zinke (IG Metall Vorstand, Abteilung Sozialpolitik), ein radikales Verbot jeglicher Form von Eignungsuntersuchung unter Anwendung gentechnischer Verfahren zu fordern. Eine produktive Wendung derartiger Verfahren im Sinne der Betroffenen – etwa zum Nachweis berufsbedingter Schädigungen – wurde rundweg abgelehnt. Was von derartig undifferenziertem Fundamentalismus allein zurückblieb, war der schale Beigeschmack von Realitätsferne und gewerkschaftlicher Unfähigkeit zu aktiver Zukunftsgestaltung (kein Wunder, daß den Gewerkschaften die Mitglieder in Scharen abhanden kommen!).

In einer solchen Atmosphäre haben es pragmatische Positionen schwer, die davon ausgehen, daß »das Leben ... nicht allein mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle (beginnt)«. Mit diesem Einstieg hat Pia Maier (MdB, PDS-Fraktion) gegen Ende der Veranstaltung versucht, für eine differenzierte Sicht zu werben, die unter strengen Voraussetzungen auch die Forschung an embryonalen Stammzellen ermöglicht. Bei der Mehrzahl der Anwesenden konnte sie dafür auf wenig Verständnis hoffen. Und das mutet für eine Partei, die einst ohne Wenn und Aber die Abschaffung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch gefordert hat, doch einigermaßen seltsam, wenn nicht gar beklemmend an.

**Die ökonomische
Abwicklung des Ostens
war erfolgreich,
die intellektuelle Abwicklung
war es nicht:**

Das Blättchen
Zweiwochenschrift für
Politik, Kunst, Wirtschaft

Kostenloses Probeheft beim
Verlag des Blättchens Jörn Schütrumpf, Schönhauser Allee 84
10439 Berlin · Telefon: 030 / 4 47 60 65 · Fax: 030 / 44 73 06 83
e-mail: Das.Blaettchen@t-online.de
internet: www.DasBlaettchen.de

DIETHER DEHM

Bourdieu contra Tuis

Diether Dehm – Jg. 1950; Dr., Medienmanager und -berater sowie Autor beziehungsweise Co-Autor diverser Rock- und Kabarett-Künstler, trat 1966 in die SPD ein und 1998 wieder aus, unter anderem wegen der SPD-Strategie, die PDS aus dem Bundestag zu drängen, seit 1999 Stellvertretender Vorsitzender der PDS.

Der 1930 in Denguin/Basses geborene Senkrechtstarter des französischen Wissenschaftsbetriebs, der seit 1981 Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie am weltbekannten »Collège de France« und dann Träger der »Medaille d'or« des »Centre nationale recherche scientifique« wurde, der höchsten Wissenschaftsauszeichnung Frankreichs, der Buchauflagen erreichte, von denen alle anderen Professoren nur träumen können, wurde zum »Enfant terrible« seiner Kaste, ein Aussteiger – auch aus dem Elfenbeinturm jener rein kontemplativen Geistesgelehrten, über die Brecht einst spottete: »Die Professoren, die mit schönen Worten / rechtfertigen, was ihr Auftraggeber macht / von Wirtschaftskrisen sprechen, statt von Morden / sie sind nicht schlimmer, als ich's mir gedacht.« (von der Billigung der Welt) Aber auch solche linksradikalen Tuis waren ihm ein Gräuelpflaster, die in die Unbeflecktheit der schlichten Negation herrschender Verhältnisse retirierten, und damit auch aus all der vielen kleinteiligen Überzeugungsarbeit geflüchtet sind. Bourdieu wurde so ein »Verräter« seiner Kaste der Gelehrten und Spezialwissen.

Die Rolle der Intellektuellen innerhalb der Linken ist seit jeher eine umstrittene. Lenin erfaßt sie im Status eines Paradoxons: »Der Kapitalismus erhöht auf allen Gebieten der Volksarbeit mit besonderer Schnelligkeit die Zahl der Angestellten, seine Nachfrage nach Angehörigen der Intelligenz wird immer größer. Dieser Letztere nimmt unter den anderen Klassen eine eigenartige Stellung ein, sie schließt sich teilweise – ihren Verbindungen, ihren Anschauungen usw. nach – der Bourgeoisie an und teilweise – in dem Maße, wie der Kapitalismus den Intellektuellen immer mehr und mehr seiner selbständigen Stellung beraubt, ihn in einen abhängigen, besoldeten Angestellten verwandelt und sein Lebensniveau zu senken droht – den Lohnarbeitern.« (Rezension über Karl Kautsky, »Bernstein und das sozialdemokratische Programm«, 1899, Lenin-Werke IV, S. 196). Es war Antonio Gramsci vorbehalten, die Schichtungen der Intellektuellen dialektisch zu erfassen, was dann in seinen »Gefängnisheften« und besonders in seiner Schrift »Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens« (1926) eine hervorgehobene Position einnimmt: »Alle Menschen sind Intellektuelle, ... aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen« (Gefängnishefte, S. 1516). Die Gelehrten achtete Gramsci in einer »nationalen Verantwortung gesellschaftlicher Nützlichkeit«: »Sie repräsentieren die gesamten kulturellen Traditionen eines Volkes, sie wollen seine ganze Geschichte zusammenfassen und zur Synthese bringen.«

(Frage des Südens, S. 214). In dieser Funktion steigen die Intellektuellen von einer Elite zu »Massenintellektuellen« (Gramsci) auf: »Es gibt keine Organisation ohne Intellektuelle, das heißt ohne Organisatoren und Führer« (Gefängnishefte, S. 1386).

Das Proletariat sieht Gramsci allerdings »arm an organisierenden Elementen, es besitzt keine eigene Schicht von Intellektuellen und kann sie sich nur sehr langsam und mühsam ... schaffen« (Frage des Südens, S. 215). Die moralischen, ästhetischen und wissenschaftlichen Anforderungen, die Gramsci an die »organischen Intellektuellen der Linken« erhebt, beschreibt gleichsam wie ein Schattenrelief, antipodisch paßgenau, eine Negativkontur zu dem, was Bertolt Brecht in seiner Karikatur der »Tuis« verhöhnte, solchen Intelligenzlern, deren Redehandwerk und Kreativität von den jeweils Herrschenden gepachtet werden, um in den unteren Klassenschichten eines Volkes für Zerstreuung und Desinformation zu sorgen. In seiner Satire »Turandot oder der Kongreß der Weißwäscher« verwandelt er den tollkühnen Ritter des klassischen Turandot-Motivs in einen demagogischen Intellektuellen, der erst dann die Hand der Königstochter bekommt, wenn ihm die rhetorische Verschleierung eines Raubzugs gelingt, den die Oberen an den Unteren unternehmen. Jene Redner allerdings, die das Volk beim Weißwaschen durchschauen konnte, wurden dem Scharfgericht überstellt. Brecht hat mit diesen »Tuis« besonders die der Frankfurter Schule um Adorno und Horkheimer gemeint (von denen er sagte, sie trieben sich nur »im Überbau herum«).

Den Streit zwischen Bertolt Brecht und Georg Lukács, ob der künstlerische Intellektuelle sich mehr den Werken der proletarischen Klasse, der Arbeiterdichtung, dem »authentischen Ausdruck revolutionären Geistes« widmen soll oder aus der Nationalkultur das Erbbare herauszuarbeiten hat, beiseite lassend: Die Linke jedenfalls kommt ohne professionelle Widerspiegler der Realität nicht aus, ob sie nun das Wissen von der Abstraktion aus zum Konkreten hocharbeiten oder in die Sinnlichkeit hinunter ihre künstlerischen Metaphern vertiefen. Eine gesellschaftliche Kraft nimmt in der Geschichte nur Raum ein, wenn sie über genügend Höhe der Wissenschaft, Tiefe der ästhetischen Empfindungen und konsensuale Breite ihrer Bündnisse verfügt.

Pierre Bourdieu war darum vielleicht in Zentraleuropa der bedeutendste Zerstörer des Apologetenchors aus affirmativen Wissenschaftlern, Künstlern und Politikern nach dem Krieg. Den Tuis, den medialen Schreibtischtätern, hat er sein Gegenfeuer verkündet, jenen mietbaren Geistesakrobaten, die für eine kleine Sprosse auf der Karriereleiter Profite als »arbeitsplatzschaffend«, Kriege als »mensenrechtssichernd« und Globalisierung als »alternativlos« beschrieben haben. Er nannte sie »Quasi-Intellektuelle«, die selbst »innerhalb des neuen Feldes der Macht eine beherrschte Fraktion bilden«, und forderte, im philosophischen Gefolge Antonio Gramscis »die Vernetzung von Intellektuellen und Spezialisten, sowohl untereinander als auch mit sozialen Bewegungen, welche die Höllenmaschine stoppen könnte«, wie es Sabine Kebir in ihrem bedeutenden Vortrag am 17. Juni 2000 in Frankfurt am Main an Bourdieus Adresse formuliert hatte. (Wenn in unserer eigenen Partei schon In-

tellektuelle zurückzucken sollten, sobald der nunmehr unipolar gewordene Monopolkapitalismus als »brutale Diktatur« bezeichnet wird, dann würden ihnen Vivienne Forrester mit ihrem Titel »Terror der Ökonomie« und Pierre Bourdieu mit seinen Begriffen »Höllmaschine und Tyrannei der Profitraten« bald kaum mehr goutierbar.)

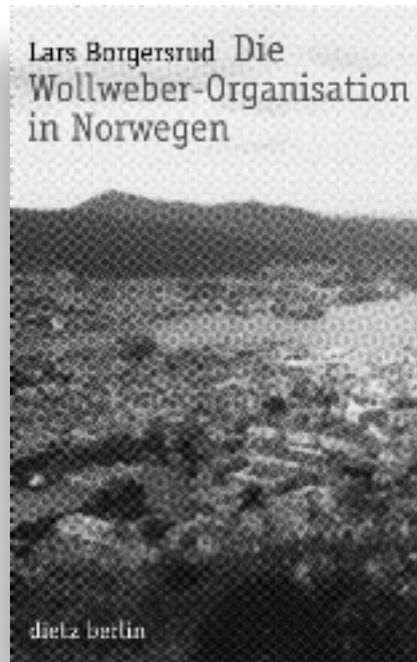
Erst im Laufe der letzten Jahre baute sich Bourdieus Skepsis gegen den Parlamentarismus so richtig auf. Schließlich sah er in Parlamenten weniger die »Tribüne des Klassenkampfes« als einen hochdotierten Zerstreungsapparat, der Bedenken, Ängste und Zorn in der Bevölkerung durch gemietete Intellektuelle zu zerstreuen trachtet, wofür im Kaiserreich vorwiegend noch Soldateska zuständig war. Aber trotz des Argwohns gegen Parteien und Parlamente, den er auch mich als PDSler spüren ließ, ging es Bourdieu überall um Praxis, um Bewegung, um »wahre Begeisterung als Begeisterung am Wahren« (Hegel) – selbst in Parteien.

Diesbezüglich wurde Marx's 11. Feuerbach-These oft mißverstanden. Als ginge es primär darum, die Welt zu verändern, und die Interpretation darüber zu vernachlässigen. In Wirklichkeit aber ist die wissenschaftliche Interpretation für Marx durch die Veränderungsarbeit nur handhabbarer und darum auch präziser. Der Blumenpflücker erfährt anderes über die Wiese als der vom Feldherrnhügel schweifende Blick. Für Pierre Bourdieu entstand kein Gegensatz zwischen Interpretation und Verändern, sondern eine intellektuell zu organisierende dialektische Einheit daraus. Und so hat er seine Bewegung »Raison d'agir« gegründet, eben als »Gründe zu handeln« und die Wissenschaft somit auf ihr höheres Niveau der Konkretion zu befördern. Und er formulierte in seinem Referat für unsere Konferenz in Frankfurt/Main am 17. Juni 2000 darum den hohen Anspruch an die Intellektuellen, zu verändern und zu interpretieren »aus einem echten Interesse an der Uneigennützigkeit, einer Leidenschaft für die Vernunft und einer Liebe zur Wahrheit, indifferent gegenüber materiellen Gratifikationen«. Seine Theorie war für die Marktplätze und seine Praxis für die Hörsäle. Kunst und Wissenschaft wollte er zum Denken und Handeln gegen den Neoliberalismus ermutigen, gute Gründe (»Raisons d'agir«) zum demokratischen Aufstand liefern, nebst seinem Traum von einer »Welt der Gelehrten als eine Art Wirklichkeit gewordener Utopie«.

Lars Borgersrud

Die Wollweber-Organisation in Norwegen

312 Seiten
gebunden mit
Schutzumschlag
14,90 €
ISBN 3-320-01993-7



1936, als Nazi-Deutschland offen zum Krieg rüstete, begannen kommunistische Seeleute auf Initiative des sowjetischen Geheimdienstes mit der Errichtung einer internationalen Organisation, deren Aufgabe es war, die Kriegsvorbereitungen, soweit durch Anschläge auf den Schiffsverkehr möglich, zu sabotieren. An der Spitze dieser illegalen Sabotageorganisation stand der Deutsche Ernst Wollweber, der sich vor allem auf den Niederländer Josef Schaap, den Norweger Martin Hjelman und den Letten Ernst Lambert stützte. Die Wollweber-Organisation hatte Gruppen in vielen nordeuropäischen Hafenstädten, ihr Haupt-

quartier befand sich in Oslo. Bis 1940 verübte sie Brand- und Sprengstoffanschläge auf über zwanzig deutsche, italienische und japanische Schiffe.

Bei der Verfolgung der etwa 200 Angehörigen der Wollweber-Organisation suchte die Gestapo die Zusammenarbeit mit der Polizei anderer Staaten, darunter Dänemarks, Schwedens und Norwegens.

Dadurch gerieten viele in die Hände der Gestapo, auch Wollwebers Frau Ragnhild Wiik. Doch trotz zahlreicher Opfer konnte sich die Organisation in Norwegen halten.

Als »Gruppe Oswald« unternahm sie bis Herbst 1944 über 110 Anschläge unter-

schiedlichster Art gegen die Okkupationsmacht, wobei sie mit anderen Widerstandsgruppen zusammenarbeitete und dem aktiven Widerstandskampf zum Durchbruch verhalf.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau



Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg.
1937, Journalist und Autor,
Berlin.

Deutschland wahlkämpft. Und die sogenannten Sonntagsfragen (zum Beispiel das ZDF-Politbarometer) werden aufmerksamer verfolgt. Die letzten Messungen zeigten die CDU knapp vor der SPD, die FDP des deutschen Krawattenkönigs Westerwelle kam – hört, hört! Totgesagte leben länger ...! – an die acht Prozent heran, die PDS lag bei sechsen. Ach, ja, die Grünen. Die sahen sich dort, wo sie hingehören: bei vier Prozent. Es gibt doch einen gerechten Gott.

Doch trotz ihrer ziemlich zeitigen Einstimmung auf die Herbstwahl sind Teile der Presse immer noch damit beschäftigt, sich mit den Berliner Konstellationen zu beschäftigen. Anstatt darüber froh zu sein, daß die Demokratischen Sozialisten in ihrer bodenlosen Güte und ihrem unerschütterlichen Willen mitzuregieren, sich dazu hergeben, im Berliner Sumpf herumzuwaten, sind etliche Organe immer noch damit beschäftigt, gegen die SPD-PDS-Koalition anzuschreiben. Darüber muß sich nicht unbedingt gewundert werden, aber daß in Ermangelung neuer Erkenntnisse alte Kamellen aufpoliert werden, ist denn doch erstaunlich. Jedenfalls für Zeitungen, die auf sich halten, wie zum Beispiel der »Tagesspiegel«. Der brachte es immerhin fertig, kurz hintereinander zwei Ganzseiter zum Thema SED/PDS-Finzen 1990 zu drucken (von dem renommierten Jürgen Schreiber und von Benedict Maria Müller, der – so die »google.de«-Auskunft verlässlich ist – gemeinhin zwischen »Welt« und FAZ und MDR siedelt).

Nein, nein, es gibt keinerlei Grund, sich darob lässig zurückzulehnen. Zugegeben: Die PDS profitiert immer noch – ob ihr das recht ist oder nicht – von der SED-Religiosität eines Teiles ihrer Mitglieder, die Partei als Jungfrau Maria, sozusagen, die lassen wir uns nicht von Ungläubigen beschmutzen. Und die werden natürlich auch solche Ar-

tikel entweder gar nicht lesen oder sie von vornherein als Teufelswerk des Klassenfeindes abtun. (Was ja nicht unbedingt von der Hand zu weisen ist, auch wenn sich die PDS schwer tut, die Wörter »Klasse« oder gar »Kassenfeind« in den Mund zu nehmen ...) Doch die beiden »Tagesspiegel«-Riemen sind auch medienpolitisch interessant: Sie enthalten nämlich fast nicht eine einzige neue Information über die 1990er Finanzoperationen. Es stand alles irgendwann schon einmal geschrieben. Was eigentlich nur den Umkehrschluß zuläßt, daß es gar nicht darum ging, ob die Artikel-Behauptungen stimmen oder an den Haaren herbeigezogen oder gar ausgesprochene Fakes sind, sondern nur darum, gegen die Berliner Koalition und insbesondere Gregor Gysi anzustinken. Und das möchte ja wohl sein – wenn man »Tagesspiegel« heißt! Doch wie gesagt: Eigentlich könnten sie doch froh sein, daß sich die PDS für die Dreckarbeit nicht zu schade ist.

Ich bin mir sicher, die PDS wird noch bittere Regierungs-Stunden durchleben. Aber sie wird auch die überleben. Dank ihrer Mitglieder, die vieles gewöhnt sind. Ich unke? Mag sein. Aber ich unke nicht allein. Das macht es nicht besser, aber leichter. Auf eine bizarre Komponente der Berliner Koalition machte Ulrike Steglich im »Blättchen« 4/02 aufmerksam. In einem Beitrag »CDU-Kommunismus« schreibt sie unter anderem: »Doch das Problem hat auch psychologische Konsequenzen. Denn wenn an den großen Posten, die das meiste Geld verschlingen, nicht gespart werden kann, trifft es wieder: Schulen, Bäder, Sozialhilfeempfänger (darunter auch sehr viele Kinder oder alleinerziehende Mütter), Kitas. Das ist nicht die Schuld der neuen Koalition – jedenfalls nicht der neuen roten Hälfte. Nur ist es kaum mehr zu vermitteln, wie mühsam hier und da an Sümmchen weiter zusammengekürzt wird, angesichts dieser monströsen Zahlen. Und es wird noch weniger moralisch zu vermitteln sein, daß – mit Verlaub – der scheinnormale Steuerzahler, der seine Kinder zu redlichen Bürgern (und Steuerzahlern) zu erziehen versucht, diesen irgendwann einmal erklären muß, daß sie die Zeche für frühere politische Hütchenspieler zu zahlen haben, die noch dazu saftige Abfindungen kassierten oder auch einen gutdotierten Platz im Bundestag. Wenn das das Ergebnis ist nach zehn Jahren Großer Koalition mit all ihren Marktwirtschaftsexperten – und das ist das Ergebnis –, was soll da mit den Kommunisten eigentlich noch schlimmer kommen können?«

Schlimmer nicht, aber besser?

Kommen wir zum »Vermischten«. Alice Schwarzer hin, Alice Schwarzer her: Die »Welt am Sonntag« berichtete neulich über eine Studie, die die Universität Mainz im Auftrage des Bundesfamilienministeriums anfertigte. Darin werde nachgewiesen, daß »in Zweierbeziehungen genauso viele Männer von Frauen geschlagen werden wie umgekehrt«. Und ein Bremer Soziologe setzte noch einen drauf: Vor Trennungen gingen in jedem vierten Fall die Handgreiflichkeiten von Männern, zu 58 Prozent jedoch von Frauen aus. Wahrscheinlich können wir davon ausgehen, daß diese traurigen Zahlen Hand und Fuß haben, aber sicher dürfen wir sein, daß Alice im Frauenland diese Zahlen bei nächstbesther Gelegenheit vehement bestreiten wird. Und wenn das nicht hilft, wird sie behaupten, an diesen Zahlen seien auch die Kerle schuld. Warum, ist zu fragen, sitzt Alice Schwarzer eigentlich nicht im Bundestag?

Margit Stolzenburg (Hrsg.):
 Biografien des 20. Jahrhunderts.
 Elf europäische Frauen im
 Interview, Band 12 der Schriften-
 reihe »Auf der Suche nach der
 verlorenen Zukunft«,
 trafo-Verlag Berlin 2001, 312 S.
 (34,80 DM)

*»Frauenemanzipation
 ist ohne genaue Kenntnis
 der Frauengeschichte nicht möglich.«
 Gerda Lerner*

Das historische Umfeld der elf im vorliegenden Band interviewten Frauen ist das 20. Jahrhundert. Sie leben in Frankreich, Ungarn, Finnland, Rußland, England, Kroatien, West- und Ostdeutschland, Portugal, Holland und zwischen Japan und Westberlin. Ihre Eltern sind geprägt durch den Ersten Weltkrieg, sie selbst durch den Zweiten Weltkrieg. Die Erinnerung an die Kriegszeit ist verbunden mit tiefgehenden Erlebnissen: Unsicherheit, Bombennächten, Todesangst, Flucht, Emigration, Verlust des Vaters, Überlebenskampf und meist eine Mutter, die dieses Überleben organisierte und den Lebensalltag emotional trug. Die befragten Frauen wuchsen mehrheitlich eher in armen Verhältnissen auf. Trotzdem haben sich alle, manchmal gegen den Widerstand ihres Umfelds und unter großen Mühen eine gute Ausbildung geschaffen, sind alle erwerbstätig gewesen und einige in einflußreichen Positionen. Alle empfinden sich, schreibt *Stolzenburg*, »als verantwortliche Mitgestalterinnen ihrer Zeit« (S. 11).

Es ist ausgesprochen spannend zu lesen, wie die einzelnen Frauen, die heute zwischen 65 und 83 Jahre alt sind, ihr Leben gestaltet haben, wie sie die Zeit des Nationalsozialismus, wie sie die letzte Phase des Kriegs erlebten, wie die konservativen fünfziger Jahre auf sie gewirkt haben, ob der gesellschaftliche Aufbruch der 68er Zeit oder der Zusammenbruch des realen Sozialismus Ende der achtziger Jahre für sie ebenfalls einen Einschnitt bedeutete, oder welche anderen Ereignisse in ihrem Leben Anlaß waren, neue, eigenständigere Existenz- und Gestaltungsmöglichkeiten zu suchen, sich aus der Dominanz typischer

Frauen-Fürsorge und der damit verbundenen personellen Abhängigkeiten ein Stück zu lösen. »An irgendeinem Punkt ihrer Geschichte begehrt sie auf, weigerten sie sich, dem für sie in ihrer Gesellschaft vorgesehenen Rollenbild zu entsprechen« (S. 7), schreibt *Hanna Behrend*, Herausgeberin der Schriftenreihe.

Wendepunkte im Lebenslauf registriert und interpretiert jemand meist erst im Nachhinein. Eine solche ›Erinnerungsarbeit‹ erlaubt es einem auch, sich selbst und die Ereignisse mit einem gewissen Abstand zu sehen und zu bewerten, nicht nur Erfolgreiches, sondern auch Mißglücktes und Falsches zu akzeptieren und also darüber zu berichten: keine objektive Wahrheit, die es eh nicht gibt, sondern eine interpretierte Wahrheit.

Anders ist es mit den Zukunftskonzepten der Frauen. Hier verbinden sich Wünsche mit gemachten Erfahrungen. Im Vordergrund steht der Wunsch nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit. Politischer Ort des Handelns ist für sie vorzugsweise die basisdemokratisch strukturierte Kleingruppe. Mit Parteien und Gewerkschaften haben sie weniger gute Erfahrungen gemacht, wenn es um die Interessen von Frauen geht. Sie wissen, daß sich Frauenbefreiung nur dann weiter entwickelt, wenn die Reproduktionsarbeit neu gestaltet wird, wenn wir darüber hinaus unsere Abhängigkeiten vom Geld und dem neoliberalen Markt minimieren und den Austausch im lokalen Umfeld stärken.

Es ist der relativ offenen Form zu verdanken, mit der die fünf Interviewerinnen die Gespräche und Reflexionen stimulierten, die die meisten Berichte so lebendig und unterschiedlich werden ließen. Es gibt Frage-Antwort-Interviews oder Gespräche entlang bestimmter Themenfelder: Kindheit, Jugend, Ausbildung, Erwerbsleben, Einstellung zu Emanzipation, Frauenbewegung, Feminismus, Partnerschaft und Familie und Überlegungen zu Zukunftskonzepten. Die Gespräche wurden meist auf Tonband mitgeschnitten und die überarbeitete Fassung dann den Frauen zu geschickt. Einige Frauen haben den Text noch mal überarbeitet, in einem Fall (im 7. Interview) ist sogar ein ganz neuer Text entstanden. Alle Texte sind von den Interviewten autorisiert. Die fünf Frauen, die sich dieses Buchprojekt vorgenommen hatten, bildeten über zwei Jahre hin

eine Arbeitsgruppe innerhalb des »Frauenforums Ökonomie & Arbeit«, ein seit 12 Jahren bestehendes Netzwerk feministischer Ökonominnen und Gesellschaftspolitikerinnen. Auf den regelmäßigen internationalen Seminaren des Forums ergaben sich die meisten Kontakte zu den jetzt befragten Frauen. Aus ihrer unbezahlten Arbeit ist ein interessantes und gut lesbares Buch geworden.

CAROLA MÖLLER

**Peter Auer/Heiko Hausendorf
(Hrsg.):
Kommunikation in gesellschaftlichen Umbruchsituationen.
Mikroanalytische Aspekte des sprachlichen und gesellschaftlichen Wandels in den Neuen Bundesländern,
Max Niemeyer Verlag, Tübingen
2000. 325 S. (86 €/172,00 DM)**

In der Art, wie Menschen ›ihre‹ Sprache gebrauchen, kann sich vielerlei ausdrücken: regionale und soziale Herkunft, Erziehung, Bildung, Beruf, ihr Gemütszustand und manches andere. Sind solche Eigenheiten einigermaßen verbreitet und konstant, mag man sogar von verschiedenen Sprachen sprechen. Doch das ist ein weites Feld. Jedenfalls gab es seit Jahrzehnten Beobachtungen und entsprechende Erörterungen, ob und wie sich Ost- und Westdeutsche auch sprachlich voneinander unterscheiden – oder eben mehr oder weniger ähnlich sind. Nach 1990 wurde dies verständlicherweise noch interessanter, zumal man nun auch glaubte, unbefangener über mögliche Ursachen divergenten Verhaltens spekulieren zu können. In einer kaum noch überschaubaren Zahl von Untersuchungen und Projekten wurden öffentliche Gelder und Fördermittel dem Ziel gewidmet herauszufinden, wie und warum die Ostdeutschen anders sprechen als die Westdeutschen. Wenn nun den zahlreichen Publikationen eine weitere hinzugefügt worden ist – die neun Untersuchungsberichte vereint, die bereits 1998 auf einer Tagung vorgelesen wurden, so daß sie sich naturgemäß auf

ein Material beziehen, das meist noch ein paar Jahre älter ist –, dann muß sie ihre Berechtigung aus den Defiziten anderer Publikationen ableiten. In der Tat standen Wortschatzunterschiede bisher etwas einseitig im Vordergrund, während Textanalysen weithin fehlten. Die gesprochene Sprache fand geringere Beachtung. Und auch nach inzwischen eingetretenen Veränderungen »innerhalb der ostdeutschen Kommunikationsgemeinschaft« (S.7; gibt es die denn noch?) wurde kaum gefragt. Diese Lücke soll der vorgelegte Band nach dem Wunsch seiner Herausgeber schließen helfen. Vermag er das wirklich?

Der erste Beitrag (Gerd Antos/Jörg Palm/Stefan Richter: Die diskursive Organisation von Beratungsgesprächen. Zur unterschiedlichen Distribution von sprachlichen Handlungsmustern bei ost- und westdeutschen Sprechern) befaßt sich mit dem Wissenstransfer, der nach der Übernahme westdeutscher Institutionen im Beitrittsgebiet erforderlich wurde. In dem Projekt wurden telefonisch geführte – von einer Tageszeitung in Halle organisierte – Beratungsgespräche zu Möglichkeiten der Finanzierung eines Hausbaues beziehungsweise einer Geschäftseröffnung analysiert. Ratgeber waren teils Westdeutsche, teils Ostdeutsche, Ratsuchende vornehmlich Ostdeutsche. Ausgangspunkt war die ›These‹, daß sich Ost- und Westdeutsche in ähnlichen Situationen an verschiedenen Handlungsmustern orientieren würden, woraus sich Divergenzen in der Diskursorganisation ergäben, was zu »kommunikativen Verunsicherungen und Verständigungsproblemen« führen könne, »in deren Folge es zur Bestätigung soziopolitisch begründeter Stereotype und damit zu Belastungen der Kommunikation zwischen Ost und West kommt« (S. 22).

Die Analyse der Gespräche ergab, daß die West-Berater dazu tendierten, die Anrufer ausführlich zu Wort kommen zu lassen, andererseits aber eine Fülle von Informationen vor ihnen auszubreiten, die die Anrufer mit ihren Erwartungen eher allein läßt, den Beratern aber die Möglichkeit gibt, sich als kompetente Experten darzustellen. Ost-Berater dagegen faßten sich kürzer, sie bewerteten stärker, und sie rieten den Anrufern schnell und mit einfühlendem Verständnis, welche Problemlösung diese wählen oder nicht wählen sollten. Das

mag für die untersuchten Gespräche und ihre besonderen Bedingungen (Vermittlung einer Handlungs- oder Entscheidungsorientierung in einem zeitlich und diskursiv recht eingeschränkten Telefongespräch zu einem Thema mit lebenswichtigen Konsequenzen) so zutreffen. Antos/Palm/Richter sehen darin die bevorzugte Verwendung verschiedener kommunikativer Muster: Die westdeutschen Ratgeber würden sich am Muster Beratung orientieren, die ostdeutschen dagegen am Muster Auskunft. Und warum das so ist, glauben die Untersuchenden auch zu wissen. Natürlich habe es das Muster Beratung auch in der DDR gegeben, und die Menschen, die dort lebten, hätten es verinnerlicht. Es habe aber eigentlich nichts oder nur wenig zum Beraten gegeben, jedenfalls nicht im öffentlichen Bereich, weil hier alles durch staatliche und institutionelle Vorgaben vorentschieden war, so daß darüber nur noch Auskunft zu erteilen war. Da es aber im privaten Bereich noch Beratung gab, würden nun die Ostdeutschen und vor allem die ostdeutschen Ratgeber – anders als ihre Westkollegen – das eingerichtete Telefongespräch für etwas Offizielles halten und sich entsprechend ihrer DDR-Erfahrung verhalten, also den Ratsuchenden nur ganz kurze und vor allem bewertete Hinweise geben (vgl. S. 38 f.).

Wenn man einmal von der etwas merkwürdig gewundenen Argumentation absieht (warum zum Beispiel sollte die Unterscheidung von öffentlich und privat so ausschließend sein und so tief sitzen?), ergeben sich mehrere Fragen. Angenommen, das ostdeutsche Verhalten ist tatsächlich einem Mangel geschuldet, dann ist noch lange nicht ausgemacht, daß es für die Bedienung anderer Situationen von vornherein ungeeignet ist. Das wäre erst noch zu zeigen. Vielleicht wird es dem häufigen Wunsch von Ratsuchenden, über Wesentliches, Nahliegendes unterrichtet zu werden, sogar besser gerecht. Man muß das Verwenden der ›einfacheren‹ Struktur der Auskunft gegenüber der ›komplexeren‹ der Beratung also nicht notwendig als Defizit verstehen. Ganz abgesehen davon, daß es offensichtlich auch in den alten Bundesländern Beratungen gab und gibt, die zur Auskunft tendieren und daß ihnen auch eine solidarische Note keineswegs fremd sein muß, also das Vorschlagen einer vom Berater selbst präferierten Lösung.

Und weiter: Beraten ist eine bestimmte Kategorisierung kommunikativer Handlungen, die mit einem Wort aus der Alltagssprache, eben ›Beraten‹, benannt wird. ›Beraten‹ hat im Deutschen – unabhängig von Ost und West – mindestens zwei Bedeutungen: 1. gemeinsam etwas besprechen, beratschlagen; 2. einen Rat-schlag erteilen. In der Kommunikationspraxis der Ostdeutschen hatte ›beraten1‹ eine ziemlich zentrale Stellung. Man könnte nun annehmen, daß nicht nur die im Muster geronnenen Erfahrungen divergieren, sondern auch die mit der wissensmäßigen Kondensierung einhergehenden Kategorisierungen. Dies könnte die solidarische, auf unmittelbare praktische Hilfe bedachte Note im Verständnis mancher oder vieler Ostdeutscher erklären. Ich will nicht – schon wegen des Fehlens entsprechender Untersuchungen – sagen, daß es so gewesen sein muß. Es wäre aber eine plausiblere Annahme als die, daß die Ostdeutschen sich von einer anderen Unterscheidung zwischen öffentlich und privat leiten ließen oder daß das Solidarische Ausdruck einer nur oktroyierten Kollektivität gewesen wäre.

Karin Birkner und Friederike Kern (Ost- und Westdeutsche in Bewerbungsgesprächen) haben im Rahmen eines größeren, früher in Hamburg angesiedelten Projekts unterschiedliches Verhalten untersucht. Ihre Hauptthese ist, daß das entsprechende Verhalten von einem bestimmten Wissen um Bewerbungen, einem ›Gattungswissen‹, gesteuert wird, das die Ostdeutschen natürlich nicht oder in ganz anderem Umfang besitzen (oder zum Zeitpunkt der Untersuchung besaßen). Deshalb würden sie sich von den Westdeutschen beispielsweise darin unterscheiden, daß sie DDR-Wörter erklären, um mögliche Wissensdefizite der westlichen Interviewer zu beseitigen, daß sie zurückhaltender auftreten, konsensorientierter sind (und deshalb weniger konfliktfähig sind!) oder daß sie Spaß und andere Topoi anders verstehen. Entsprechend der Ausgangsthese soll dies belegen, daß sich die Ostdeutschen mit Bewerbungsgesprächen noch nicht so richtig auskennen oder auskannten. Vielleicht haben sich die Ostdeutschen aber auch nur so verhalten, wie sie glaubten, daß es von ihnen erwartet wurde. Und das wäre keine spezifisch ostdeutsche Eigenschaft. Die noch interessantere Frage, ob im Verhalten der Ost-

deutschen (etwa in den ›abweichenden‹ Strategien der Selbstdarstellung) nicht auch das Potential für eine Herausforderung überlieferten westlichen Gattungswissens gelegen haben könnte, wird leider gar nicht erst gestellt.

In zwei weiteren Beiträgen wird nicht nach Unterschieden im Sprachgebrauch gefragt, sondern nach bestimmten prägenden kommunikativen Praktiken. Heiko Hausendorf (Ost- und Westzugehörigkeit als soziale Kategorien im wiedervereinigten Deutschland) hat untersucht, wie Ost- und Westdeutsche über ihre Zugehörigkeit reden und wie sie diese bewerten, wie also soziale Kategorisierungen kommunikativ durchgeführt werden. Er verweist darauf, daß dabei Machtverhältnisse zwischen Gruppen aktualisiert werden. In der Explizierung von Ost- und Westzugehörigkeit zeigt sich deshalb ein asymmetrisches Macht- und Achtungsgefälle. Der Wunsch, sich als einer der beiden Gruppen zugehörig darzustellen, gründet sich auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Interessen dieser Gruppen. Besonders in Zeiten, in denen Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung einer Gruppe problematisch geworden sind, gewinnen die Erzeugung eines Wir-Gefühls sowie moralisierende Solidarisierungen und Abgrenzungen an Bedeutung. Ein insgesamt sehr lesenswerter Beitrag.

Das gilt auch für den Beitrag von Ingwer Paul (Gerahmte Kommunikation. Die Inszenierung ost-westdeutscher Kommunikationserfahrungen im Mediendiskurs). Er analysiert einen Fall gescheiterter Ost-West-Kommunikation, wie er für Talk-Runden nicht untypisch ist. Medienkommunikation ist im Unterschied zur Alltagskommunikation mehr oder weniger inszeniert. Damit sind Vorgaben, eben ein Rahmen, verbunden. Moderatoren und Teilnehmer haben sich rahmengenäß zu verhalten, Zuschauer und Zuhörer bauen entsprechende Erwartungen auf. Wenn nun einer Teilnehmer – in der untersuchten Runde ein Ostdeutscher – ›aus dem Rahmen fällt‹, entsteht ein Kommunikationsproblem, aber nicht auf Grund subjektiven Unvermögens dieses Teilnehmers oder weil er vielleicht ›anders‹ denkt, sondern weil die Inszenierung ihn unausweichlich in einen Perspektiven-Konflikt geführt hat. Hier war es die stillschweigend vorausgesetzte Hegemonie der westdeutschen Perspektive, daß nämlich das behandelte ostdeutsche Problem

›nur auf der Grundlage westdeutschen Expertentums gelöst werden‹ könnte (S.119).

Die übrigen Beiträge befassen sich mit der Frage, was sich in der ›ostdeutschen Kommunikationsgemeinschaft‹ seit 1990 verändert hat. Peter Auer (Was sich ändert und was bleibt: Vorläufiges zu stilistischen Konvergenzen Ost-West am Beispiel von Interviews) vergleicht drei Aufzeichnungen der Sprache Ostdeutscher, die aus mehreren Gründen eigentlich nicht vergleichbar sind: journalistische Interviews aus den siebziger Jahren, Rollenspiele von Teilnehmern an einem Kurs über Bewerbungsgespräche von 1992, authentische Bewerbungsgespräche aus den Jahren 94/95. Diese etwas merkwürdige Auswahl zu vergleichender Sprachproben wird unter anderem damit begründet, daß angemessene Korpora aus der DDR nicht verfügbar sind. Tatsächlich gab es dort aber recht umfangreiche und vielseitige Erhebungen gesprochener Sprache. Das wußten auch die westdeutschen Kollegen. Nach der Abwicklung von Instituten und der Verdrängung von Personen war es aber wohl einfacher, diese Korpora zu vergessen. Sie standen eben nicht mehr ›zur Verfügung‹. Auers Befunde – auf sie im einzelnen einzugehen, ist hier nicht möglich – sind denn auch nicht gerade überraschend, ganz abgesehen davon, daß sein Material im Grunde gar keine Verallgemeinerungen zuließe. Einerseits meint er feststellen zu können, ›dass der abrupte politische Wechsel der Jahre 1989/1990 keineswegs zu einem ebenso abrupten Wechsel der sprachlichen Stilmuster geführt hat‹ (S. 173). Andererseits stellt er für die Zeit nach 1992 eine allmähliche Konvergenz fest, das Ablegen ›vieler ostdeutscher Stilmerkmale‹.

Ursula Bredel (Erzählen vom Umbruch. Zu einer Form narrativer Konversion) stellt in Auswertung von Interviews über Wende-Erlebnisse fest, daß sich Erzählstrukturen in Umbruchzeiten umkehren können: Einbettungen in Zeitabläufe, Bewertungen, Rückgriffe auf kollektives Wissen und auf Routinen verändern sich. Das hat sicher etwas mit dem Gewicht des Erzählten für Biographien zu tun, ist aber kaum typisch allein für Ostdeutsche und dürfte auch deren Erzählverhalten nicht dauerhaft verändert haben.

Norbert Dittmar (Sozialer Umbruch und Sprachwandel am Beispiel der Modalpartikeln

›halt‹ und ›eben‹ in der Berliner Kommunikationsgemeinschaft nach der ›Wende‹) hat längere Zeit versucht, sprachliche Indikatoren für das ›Ankommen‹ der Ostdeutschen in der neuen Gesellschaft zu finden. Ein solcher Indikator ist für ihn der zunehmende Gebrauch von halt neben oder statt eben. Ursprünglich war halt eher süddeutsch, dringt seit mehreren Generationen aber immer mehr in den Norden vor. Politische Grenzen und eine andere Bevölkerungsstruktur bewirkten, daß es in Westberlin lange Zeit häufiger war als in Ostberlin. Das beginnt sich seit 1990 offenbar zu ändern. So weit die Fakten. Für Dittmar aber besitzt halt einen kommunikativen Mehrwert, es ist freundlicher, ist Voraussetzung für sozialen Erfolg. In der DDR dagegen sei »elaborierte sprachliche Performanz« kein gesellschaftliches Selektionskriterium gewesen, es habe vor dem »Umbruch« keine Notwendigkeit für ein »freundlicheres« Sprechen gegeben. Das sei nun anders, und deshalb könne man eine »Blitzverbreitung« von halt feststellen.

Die beiden letzten Beiträge untersuchen den »Wandel in der Ritualität«. Gregor Hoffmann (Rituelle Kommunikation in den Texten zum 1. Mai) kommt zu dem – wohl kaum überraschenden – Ergebnis, daß diese Texte heute anders sind. Aber auch in den vier Jahrzehnten DDR und der Zeit davor habe es schon Veränderungen gegeben. Ob es allerdings ausreicht, die sprachliche Analyse der Texte (Vielfalt der Lexik, Stilmalereien) von zeit- und textgeschichtlichen Bezügen weitgehend zu trennen, möchte ich bezweifeln, ganz abgesehen davon, daß der Verfasser des Analysetextes 1, der erste Nachkriegsrektor der Humboldt-Universität, sicher nicht als Repräsentant einer SED-Ideologie gelten kann. Wilma Kauke (Jugendweihe in Ostdeutschland. Ein Ritual im Umbruch) befaßt sich in einem ansonsten lesenswerten Aufsatz mit einer Institution, die für »umstrittener als je zuvor« gehalten wird, obwohl oder gerade weil sie »fröhliche Auferstehung« erlebt (S. 271). Ein Grundmuster des Rituals ist geblieben, Gelöbnis und Anbindung an den Staat gibt es jedoch nicht mehr, auch weil heute »kaum gruppenverbindende Zukunftsaussichten zur Verfügung« stehen (S. 285). War nicht auch das zu erwarten?

Der Band enthält noch ein echtes ›Highlight‹: fünf Schlußworte renommierter Teilneh-

merinnen und Teilnehmer an der Tagung von 1998 (Uta Quasthoff, John Gumperz, Walther Dieckmann, Carl Friedrich Graumann, Thomas Luckmann). Ziemlich einhellig verweisen sie auf die die vorgetragenen Untersuchungsergebnisse teilweise kennzeichnende, aber kaum bewußt gemachte Perspektivität der Untersuchenden. So könnte herausgefunden worden sein, was man immer schon geglaubt hat; es könnten Interpretationsschemata ziemlich willkürlich auf Daten rückbezogen werden; es könnte auch eine Konflikträchtigkeit suggeriert werden, die es so gar nicht gibt, oder etwas als Ost-West-Problem gesehen werden, das viel allgemeiner ist. In fast allen Schlußworten wird auch ange-mahnt, daß solche Untersuchungen von Ost- und Westdeutschen gemeinsam durchgeführt werden sollten – was bisher nur gelegentlich und kaum gleichberechtigt der Fall ist. Daß die Herkunft allerdings nicht mit einengender Perspektivität gleichzusetzen ist, zeigen einige Beiträge des Bandes ebenfalls. Wenn jedoch vom ›RDG-Feriedienst‹ die Rede ist (Auer) oder Einigungs- und Grundlagenvertrag verwechselt werden (Dittmar), scheint es mit der für die Darstellung ostdeutscher Verhältnisse eigentlich wünschenswerten Kompetenz nicht allzu gut bestellt zu sein.

Die Herausgeber meinen in ihrer Einführung, daß frühere Untersuchungen die ›ideologische‹ Dimension des Wandels nicht erfaßt hätten. Sie haben mit ihrem Band – vielleicht nicht ganz freiwillig – auch dazu beigetragen, daß die ideologische Dimension der Wahrnehmung dieses Wandels deutlich wird.

WOLFDIETRICH HARTUNG

Helmut Thielen:
Die Wüste lebt.
Jenseits von Kapital und Staat,
Verlag Graswurzelrevolution
Heidelberg 2001,
363 S. (39,80 DM)

Das neueste Buch von *Helmut Thielen* ordnet sich in eine ganze Reihe von Publikationen der letzten Jahre ein, die sich alle mit der Thematik Alternativen zum bestehenden weltkapitalistischen System in Verbindung mit der christlichen Religion befassen.

Thielen kommt aus der Tradition der Kritischen Theorie, hat in Marburg und Frankfurt/M. Sozialwissenschaften und Philosophie studiert. Seit 1994 in Brasilien lebend und lehrend, hat er sich intensiv und kritisch mit linken Theorien und der Theologie der Befreiung beschäftigt. Dabei verwirklicht er sein großangelegtes Projekt der sozialphilosophischen Forschung für eine eingreifende Publizistik zum Thema »Beiträge zur interdisziplinären Konstruktion einer kritischen und solidarischen Theorie der befreienden Praxis«. Der vorliegende Band bildet einen Bestandteil dieses Projektes und setzt sich aus zwei eng miteinander verbundenen, sich immer wieder durchdringenden Strängen zusammen. Da ist einmal der theoretische Strang, die Begründung dafür, warum eine humane Gesellschaft jenseits von Kapital und Staat möglich und nötig ist und da ist zweitens die Darstellung der Praxis, welche Projekte heute bereits als praktische Utopie existieren.

Freiheit, Sozialismus, Demokratie und Gerechtigkeit bilden für *Thielen* eine Einheit, sie sind so fest miteinander verbunden, daß ein Element ohne das andere nicht existieren kann. Konsequenterweise zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch die These, daß es zu einer kreativen Synthese von Sozialismus und Anarchismus kommen sollte. Er plädiert für das Modell der Rätedemokratie, das ökonomische und politische Demokratie integriert. Denn »Demokratie in der Politik ist letzten Endes unmöglich ohne demokratische Institutionen und Prozesse als das zentrale Ordnungs- und Koordinierungsschema für die Ökonomie« (S. 126). In diesem Zusammenhang steht auch seine Kritik am realen Sozialismus, der durch einen starken Staat charakterisiert war und in dem die oben beschriebene Einheit nicht realisiert wurde. Bei aller Modellhaftigkeit zeigt *Thielen*, daß es eine ganze Reihe von Beispielen gibt, die in Richtung dieser praktischen Utopie weisen. Da ist zum Beispiel die Bewegung der Landlosen in Brasilien MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra). Entstanden 1984, ist sie eine noch recht junge Bewegung, die jedoch bewußt an die lange Tradition ländlicher Befreiungsbewegungen anknüpft. Heute bilden ca. 4,8 Millionen Familien die soziale Klasse der Landlosen in Brasilien, von denen ein

wachsender Teil am MST teilnimmt. Das MST versteht sich als alternatives Modell ländlichen Arbeitens und Lebens und hält eine umfassende Agrarreform für nötig. Seine Mittel reichen von vorübergehenden Besetzungen, *ocupações*, bis zu langandauernden Besetzungen, *acampamentos*, die durch die Lösung »Besetzen – Widerstehen – Produzieren« charakterisiert werden. Sie zeichnen sich durch basisdemokratische Verwaltung und egalitäres, solidarisches Miteinander aus. Oft werden diese Besetzergemeinschaften vertrieben, es kommt jedoch auch vor, daß sie staatlich legalisiert werden und dann geht das *acampamento* in ein *assentamento*, eine Siedlung der Agrarreform mit genossenschaftlicher Organisation über. Doch diese Genossenschaften weisen nicht automatisch in Richtung Sozialismus. »Die Mehrzahl der sich stabilisierenden und legalisierten *acampamentos* geht bisher über in Dienstleistungsgenossenschaften oder in rein private familienbäuerliche Betriebe. Eine Minderheit hält an der vollgenossenschaftlichen Wirtschaftsweise fest. Die Mehrheit repräsentiert also eine Veränderung und Modernisierung *innerhalb* der kapitalistischen Marktwirtschaft. Eine Minderheit der Produktivgenossenschaften hingegen kann als Zellen einer freien *sozialistischen* Gesellschaft angesehen werden, über deren Entwicklung die Zukunft entscheiden wird« (S. 218). Die weitere Entwicklung des MST hängt auch von seinem Zusammenwirken mit anderen sozialen Bewegungen ab.

Eine andere Form sozialistischer Keime sind in dem Modell »Partizipatorische Haushaltspolitik«, wie es in Porto Alegre praktiziert wird, vorhanden. Dieses Modell direkter Demokratie wurde vor 12 Jahren von den die Stadt regierenden Präfekten der *Partido dos Trabalhadores* (PT), der Arbeiterpartei, *Olívio Dutra*, *Tarso Genro* und *Raúl Pont* eingeführt und bis heute mit großem Erfolg praktiziert. Sie ist geprägt durch den für die Bürger erfahrbaren Zusammenhang von mitgetragenen Beschlüssen und praktisch erwünschten Veränderungen durch eine Haushaltspolitik als Basis der kommunalen Planung und Realisierung, die sich vor allem in für alle erlebbaren Veränderungen wie Schulbauten, Straßen und Erholungsparks, aber auch Demokratisierung der Repräsentativdemokratie niederschlägt.

Als drittes Beispiel beschreibt *Thielen* die Zapatistische Bewegung mit ihrer weltweiten Bedeutung im Kampf gegen den Neoliberalismus. Kritisch vermerkt er jedoch, daß diese Bewegung noch keine revolutionäre gesellschaftliche Alternative hervorgebracht hat.

Der Autor ist sich sehr wohl bewußt, daß vieles von dem, was er beschreibt, mit großen Schwierigkeiten bei einer möglichen Umsetzung im größeren Maßstab behaftet ist. Er möchte jedoch mit seinem Buch die Aufgabe eines Neubeginns sichtbar machen, seine Notwendigkeit ebenso wie seine Möglichkeit. Besonders durch die Einbeziehung der lateinamerikanischen theoretischen und praktischen Elemente leistet *Thielen* einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um sozialistische Alternativen und mögliche Widerstandspotenziale zur neoliberalen Globalisierung.

Im Anhang befinden sich die Wiedergabe eines Gesprächs mit *Sartre* aus dem Jahre 1997 zu Anarchie und Moral und ein Text über die Konzeptionen der brasilianischen Linken *Leonardo Boff* und *Tarso Genro*. Besonders *Genro*, der Bürgermeister von Porto Alegre ist, zeichnet sich durch seine Überlegungen über ein neues historisches Subjekt aus.

HELLA HERTZFELDT

**Norman Paech/Gerhard Stuby:
Völkerrecht und Machtpolitik
in den internationalen Beziehungen,
VSA-Verlag Hamburg 2001.
982 S. (98 DM)**

Dem fast 1000seitigen Kompendium – weitgehend neu gestalteter Nachfolger des Buchs der beiden Verfasser aus dem Jahr 1994 – gehört ein Platz in der Bibliothek eines jeden, der sich näher für internationale Politik und Völkerrecht interessiert und einen wissenschaftlich begründeten linken Standpunkt dazu kennen lernen will. Eigentlich handelt es sich um zwei Bücher in einem.

Teil A – »Epochen des Völkerrechts« (300 Seiten) – bietet einen lebendig geschriebenen Abriss der Geschichte des Völkerrechts, eingeordnet in die jeweiligen Machtverhältnisse. Die Verfasser setzen den Anfang von (europäischem) Völkerrecht als System auf die Ent-

stehung des ökonomischen Weltsystems an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert, also mit der Entdeckung, »Landnahme« und Kolonisierung der außereuropäischen Welt. Und sie führen diesen Abriss bis in den Epochen-einschnitt der Auflösung des sozialistischen Lagers, die keineswegs eine Blüte des Völkerrechts nach sich zog, und der Proklamation und Realisation einer »Neuen Weltordnung« der USA und der NATO, die nur insofern neu ist, als sie unipolar-imperialistisch organisiert wird. Die Völkerrechtsdoktrinen in ihren historischen Zusammenhängen, aber auch korrespondierende politologisch-philosophische Auffassungen finden gebührende Aufmerksamkeit. Sehr aufschlußreich sind zum Beispiel die Ausführungen über die apologetische deutsche Völkerrechtslehre im Faschismus.

Teil B – »Die Hauptelemente der neuen Völkerrechtsordnung« (450 Seiten) – entspricht allen Erwartungen, die man an ein honoriges Lehrbuch für Juristen und Politologen stellt, aber es ist ein verständlicher Text für alle Interessierten. Behandelt werden: die (wichtigsten) Akteure des internationalen Systems, nämlich die Staaten; die Quellen des Völkerrechts und dabei die Frage, ob Völkerrecht angesichts seiner »Schwäche« überhaupt Recht ist; das System der UNO und die kollektive Friedenssicherung vom Verzicht auf das jus ad bellum bis zum Gewalt- und Aggressionsverbot der Charta, einschließlich des humanitären jus in bello; und sehr ausführlich die Menschenrechte und ihr internationaler Schutz, und – mehr als in vergleichbaren Darstellungen üblich – die Themen »Weltwirtschaftsordnung und Völkerrecht« und »Wirtschaftliche Nutzung globaler Ressourcen: Meer, Weltraum, Umwelt«.

Dabei liefern die Verfasser nicht nur eine präzise Analyse des geltenden Normengefüges. Sie kommen immer wieder auf Überlegungen zur Theorie von Völkerrecht und Politik, zu historischen, politischen und ökonomischen Zusammenhängen der Entstehung, Weiterentwicklung und Durchsetzung, Mißachtung und brutalem Bruch völkerrechtlicher Normen zurück. Man muß nicht mit allem einverstanden sein, aber das an Marx geschulte Herangehen und die Unvoreingenommenheit gegenüber sozialistischen Beiträgen zur Entwicklung und Theorie des Völkerrechts sind schon beachtenswert, weil selten zu finden. Wie hi-

storisch gerecht und politisch aktuell, in einem rechtswissenschaftlichen Text auf Lenins Dekret über den Frieden zu stoßen!

Wer weiter in die Darstellung der Dialektik von Rechts-, Macht- und ökonomischen Verhältnissen im systematischen Teil vordringt, dem wird bewußt, daß es sich doch um ein geschlossenes Werk und nicht um zwei Bücher handelt. Der systematische Teil B wird durch den historischen Teil A nicht einfach eingeleitet, sondern erhält von ihm seine Grundlegung. Dadurch unterscheidet sich das Werk von Paech und Stuby wohlthuend von den gängigen Lehrbüchern, in denen Geschichtliches kaum noch vorkommt.

Hervorzuheben ist der Materialreichtum des Werks. Man findet eine Fülle kurzer und prägnanter Analysen internationaler Ereignisse und Vorgänge unter völkerrechtlicher Sicht. Zu verweisen ist zum Beispiel auf die Erörterungen militärischer Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, einschließlich der Rolle der UNO und ihres Sicherheitsrats dabei, vom Korea-Krieg, einer »Fundgrube völkerrechtlicher Merkwürdigkeiten« (S. 575), über die Suez- und Kongokrise bis zu den völkerrechtlich äußerst fragwürdigen bis schlichtweg völkerrechtswidrigen militärischen, als »humanitär« deklarierten Interventionen im Irak, in Somalia, in Haiti und in Bosnien-Herzegowina.

Wer wohlbegründete Argumente zu so aktuellen internationalen Fragen wie Afghanistan sucht, wird fündig: zum Interventions- und Gewaltverbot (vgl. S. 543 ff.), zum Selbstverteidigungsrecht gegen einen bewaffneten Angriff (vgl. S. 560 ff.), zu möglichen nicht-militärischen und militärischen Zwangsmaßnahmen des Sicherheitsrats nach Kapitel VII der Charta (vgl. S. 591 ff.), zum humanitären Kriegsvölkerrecht (vgl. S. 599 ff.), zum Terrorismus und seiner Abgrenzung von Befreiungsbewegungen (vgl. S. 503 ff.) und zur internationalen Strafgerichtsbarkeit (vgl. S. 411 ff.).

Berechtigterweise schenken Paech und Stuby völkerrechtlichen Fragen der Kolonisation und Dekolonisation sowie der Stellung der aus dem imperialistischen Kolonialsystem hervorgegangenen neuen Staaten große Aufmerksamkeit, jedenfalls im Vergleich zu gängigen Lehrbüchern. Aufschlußreich sind die Ausführungen über die Auflösung der Kolonialreiche mit friedlichen und – wenn nicht

vermeidbar – völkerrechtlich zulässigen und von der UNO gebilligten gewaltsamen Mitteln. Das bisherige Scheitern einer neuen demokratischen Weltwirtschaftsordnung, die eine gleichberechtigte und nachhaltige Entwicklung der Länder der »Dritten Welt« gewährleisten könnte, wird nüchtern analysiert.

Die Verfasser haben keine Illusionen über die Möglichkeiten des Völkerrechts in den kapitaldominierten internationalen und innerstaatlichen Machtverhältnissen. Sie bleiben stets Realisten. Die Grenzen des Völkerrechts suchen sie aber nicht in dessen immanenter »Durchsetzungsschwäche und dem fehlenden Sanktionspotential«, sondern in eben diesen Machtverhältnissen. Dabei warnen sie vor der Vernachlässigung des Aspekts der Souveränität der Staaten und vor sowohl der Überbewertung wie auch Unterschätzung des Einflusses der Globalisierung auf das Völkerrecht und seine Chancen und Verletzungen.

Das Credo der Verfasser lautet: »Das Völkerrecht wird als Kooperationsrecht gleichberechtigter Subjekte und als konsensgebundene Rechtsordnung einer demokratisch gestalteten und nicht hegemonial dominierten Staaten- und Konfliktordnung stets eine unsichere Zukunft haben. Der Inhalt dieser Ordnung, der Fortschritt und die Effektivität ihrer auf Frieden und soziale Gerechtigkeit ausgerichteten Rechtsprinzipien werden weitgehend davon abhängen, inwieweit es wirklich gelingt, die Gewalt- und Herrschaftsstrukturen in den internationalen Beziehungen zu nivellieren, das heißt zu demokratisieren. Entscheidend für diesen Prozess ist der innere Zustand der Demokratisierung in den Staaten des »Nordens«. ... Es hat keinen Sinn, das gegenwärtige Demokratiedefizit in den internationalen Beziehungen durch universalistische Vorstellungen von Weltökonomie, Weltstaat, Weltbürgerrecht und Weltinnenpolitik oder mit Forderungen nach Überwindung der staatlichen Souveränität hinweginterpretieren zu wollen. Die nach wie vor tiefe Spaltung der Weltgesellschaft in Nord und Süd, Zentrum und Peripherie ist auch nach Auflösung des Ost-West-Antagonismus und der Differenzierung unter den Staaten, die als Dritte Welt bezeichnet werden, der Grundtatbestand der internationalen Beziehungen und des Völkerrechts« (S. 871).

GREGOR SCHIRMER

HARALD WERNER

Social Reality and Neo-liberal Consciousness

In his essay Harald Werner describes the triumphant advance of neo-liberal economic thought in the society as a sort of self-fulfilling prophesy. The ›holy spirit‹, competition, has been freed from the narrow sphere of economics and has spread to the entire society. But the notion of an intensified, generalised competition in social reality remains rooted in economic relations. And it is in the arena of the real production process where workers are being told that the performance of the firm in competition on the world market depends heavily on their personal commitment. This aspect combined with rapid technological changes, particularly the intensification of the work process, leads to a growing social chasm. On the one hand, there are more and more overworked, super-exploited employees while on the other side a growing number of women and men is entirely excluded from the process of production. Moreover neo-liberal ideas create the impression in the populace that the jobless are simply lazy and live at the expense of those hard workers plagued with more and more overtime. To overcome this madness of ›saint competition‹ Harald Werner argues that it is first of all necessary to break the hegemony of neo-liberal thinking in the political arena.

ANDRÉ BRIE

On the Future of Work – An Alternative Agenda for Full Employment

Not long ago, both the left and conservatives shared the idea that modern capitalist societies were confronted with ›the end of work‹, i.e. the continuing and accelerating process of technological change would inevitably simply render a growing number of persons unnecessary for the production of sufficient goods and services. In his article, André Brie, who is member of the European Parliament for the (German) Party of Democratic Socialism, argues that this perception (dating from the 1980s and 1990s) of the future of work is no longer valid. He argues that, if economic and labour policies are reshaped, a ›new kind of full employment‹ is possible in the form of a ›new policy of distribution‹ inspired by an ›enlarged understanding of social justice‹. Cornerstones of this policy are seen to be that (full) employment can no longer be based either on an (accelerated) economic growth nor on the patriarchal model of the male breadwinner. Rather than an augmentation of overtime and a rising number of unemployed, a general reduction of work hours combined with the higher valorisation of social services (to be financed through living wages) appears to be not only a necessity but also a possibility.

JÜRGEN STAHL

Private Housing and the Left

Very much in contrast to common left positions stigmatising private housing as a petit bourgeois idyllic refuge, this article sets out to develop a rational left position on the issue. The promotion of different types of housing – taking into consideration economic, social, ecological, cultural, and demographic factors – has long become a challenge confronting all political movements. From this perspective, the promotion of private housing owned by the residents – as opposed to ownership by capital investors – is seen as a sustainable means to improve the living standard. It includes elements of both responsibility for one's own housing and decision making in residential areas at the grass roots level. In addition, the question is raised of whether private housing, owned by residents, would make a significant contribution to socialisation of property and, thus, constitute a step beyond existing social orders. In this context, the author undertakes a critical analyses of Engels' paper ›The Housing Question‹.

WOLF GÖHRING:

E-Commerce and Information Society

Design, production and commerce of goods are reflected in integrated and world-wide extending data bases. He outlines the political economy of this development and projects it – based on MARX' analysis of merchandise – into the future: The technical networking renders that exchange in products and exchange value obsolete. Individuals will have their common social productivity subsumed into their common capacity to weave their labour into a net of agreements.

HELGE MEVES:

Steam engine capitalism and internet

This essay debates the three new drafts of a party program for the German Party of Democratic Socialism (PDS) in relationship to their treatment of information technologies and internet. To demonstrate the points in this interesting debate, Helge Meves describes the Toyota management model and the Cluetrain manifesto, amazon.com and Quelle mail-order group, Microsoft and Basmati rice monopolies. The points of interest are the new tasks within the networks and the potentials of the two-way-mass-communication internet. Both traditional capitalist and socialist versions of enterprises have always been based on the assumption that centralised control of economic activity is desirable and necessary, which is why an excursion is made in the discussion to the important debate in the socialist movement since 19th century about the value of the centralist organisation of steam engine capitalism leading to the current western information capitalism. To the benefit of a current left socialist program, the essay sets out to highlight the potentials of information technology and names dead ends in the criticisms.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT:

Women's Self-Determination and Genetic Engineering

Genetic engineering offers a range of potentially new solutions that have strongly re-emphasized the question of whether humankind should be allowed to do everything that it potentially could do. Ethical answers to challenges provoked by new methods for human reproduction strongly stress concepts such as self-determination (of women and couples) and responsibility. This article considers the history of both concepts and analyses their different current interpretations. It shows that their understanding has always been influenced by social contexts as well as by prevailing conceptions of humankind and social values. The use of the latest medical technologies does not at all imply a straightforward development of human freedom and civil rights but requires careful decisions, particularly in market-driven societies.

Ilja Seifert:

The Dignity of Human Life and Human Genome Research

January 30, 2002 the German Federal Parliament (Bundestag) took a decision to import - for purposes of research in Germany - human embryonic stem cells. In his essay, Ilja Seifert, member of the Federal Parliament for the Party of Democratic Socialism, discusses ethical, medical, economic, scientific, and political pros and cons of that decision to proceed with genome research in Germany. In weighing different views and arguments, he arrives at the conclusion that any research on the human genome should be banned. It would be much better to use the financial and the material resources devoted to genome research to promote projects aimed at improving the living conditions of the ill and handicapped. In view of the enormous potential of modern medicine Seifert pleads for legal regulations to insure that no one would be discriminated against because of his genome disposition.

Redaktion:
Arndt Hopfmann,
Jörg Schultz

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können sowohl auf Diskette (dann stets zusammen mit einem Ausdruck) als auch per eMail (als Attachment) vorzugsweise im »rtf«-Format eingesandt werden. Sofern in den Text Graphiken eingebunden sind, bitten wir darum, diese als gesonderte Datei beizufügen. Da wir bemüht sind, in den jeweiligen Ausgaben eine Vielzahl von Themen zu berücksichtigen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von 25 000

Zeichen (entspricht zirka 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Am Ende des Beitrages bitten wir folgende Angaben unmittelbar anzufügen: Informationen zur Autorin, zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung/Tätigkeit, Publikationen etc.), Marginalien (zirka im Verhältnis 5 : 1 zum Umfang des Beitrages; das heißt auf 25 000 Zeichen kommen zirka 5 000 Zeichen Marginalien) sowie eine deutsche und eine englische Zusammenfassung/Summary (zirka 300 bis 500 Zeichen). Autor/innen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto einzusenden. Der Kopf von Rezensionen/Annotationen muß folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten: Vorname, Name der Autor/innen oder Herausgeber/innen: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). Der Umfang des Textes sollte zirka 7 000 Zeichen nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung von Manuskripten erfolgt nicht. Nach Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 ₺ (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 85/86:	je	1 €
Heft 87 bis 121/122	je	2,50 €

